G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Dr. Eckart Heimendahl
Zum Atomwaffen-Sperrvertrag

Johannes Weidenheim
Wehners „gesamtdeutscher" Wirbel

Karsten D. Voigt
Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin
Der Strukturwandel innerhalb der CDU

Dr. Stanislaw Schimitzek, Warschau
Zum Thema der sogenannten Vertreibungsverluste

Was kosten die Notstandsgesetze?
Kostentabelle für Gemeindegrößen ab 5000 Einwohner

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

März 3 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Februar 1967 209

Kommentare und Berichte

Die Domino-Theorie (Prof. Dr. Francis D. Wormuth, Salt Lake City) 212

Schulbuch-Konferenz (Edgar Weick) 213

Dr. Eckart Heimendahl, Zum Atomwaffen-Sperrvertrag 219

Horst Heiden, Was stört Bonn am Sperrvertrag? 226

Johannes Weidenheim, Wehners „gesamtdeutscher" Wirbel 234

Karsten D. Voigt, Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland — Vorstellungswelt, Ursachen seines Erfolges, Konsequenzen 243

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin, Bürgerliche Mitte oder konservative Rechtspartei? — Der Strukturwandel innerhalb der Christlich-Demokratischen Union 252

Dr. Stanislaw Schimitzek (Warschau), Zum Thema der sogenannten Vertreibungsverluste 258

Was kosten die Notstandsgesetze? — Kostentabelle für Gemeindegrößen ab 5000 Einwohner 266

Fernseh-Spalte

Reichstagsbrandprozeß (E. H. Wahl) 293

Die politische Satire

Von einem, der auszog ... (Dietrich Kittner) 294

Bücher

Walter Grab, Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten Französischen Republik (Ursula Margetts, M. A., Greasby/Großbritannien) 295

Sammelrezension von Büchern über Wirtschaftsprojektion (Walther Müller-Jentsch) 296

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 298

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen 300

Dokumente zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien (Kommuniqué über den Besuch des rumänischen Außenministers Manescu in Bonn; Erklärung Bundeskanzler Kiesingers vor dem Deutschen Bundestag am 1. Februar 1967; Erklärung der rumänischen Regierung vom 2. Februar 1967) 301

Erklärung des Arbeitsausschusses „Notstand der Demokratie" zum Stand der Notstandsdiskussion 304

Stellungnahmen von Professoren zur Affäre Lübke/Faßbinder 305

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | März 1967 | Heft 3

Chronik des Monats Februar 1967

1. 2. — Bundesrepublik/Rumänien. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien stellt Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag fest, dieser Beschluß bedeute „keine Änderung des deutschen Rechtsstandpunktes, daß die Bundesregierung allein berechtigt und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen". — Am 2. 2. heißt es in einer autorisierten Erklärung der amtlichen Nachrichtenagentur Agerpres, die rumänische Regierung erachte es im Zusammenhang mit der Feststellung des Bundeskanzlers für notwendig, „erneut ihre wohlbekannte Position" darzulegen, daß „eine der fundamentalsten Realitäten" in Europa „die Existenz der beiden deutschen Staaten" sei: „Die Anerkennung dieser Realität ist eine der Voraussetzungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern und der Verbesserung der politischen Atmosphäre auf unserem Kontinent". — Am 3. 2. bezeichnet das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" die Zustimmung Rumäniens zur Aufnahme der Beziehungen „unter den Bedingungen der Alleinvertretungsanmaßung und anderer revanchistischer Forderungen" als bedauerlich. — Am 4. 2. weist das Parteiorgan „Scinteia" die Kritik des „Neuen Deutschland" zurück und verteidigt die rumänische Haltung.

2. 2. — DDR. Staatssekretär Joachim Herrmann äußert sich kritisch zur gegenwärtigen Politik der „Regierung Kiesinger/Strauß", die einen Kurs verfestige, der den europäischen Frieden gefährde und die deutsche Spaltung vertiefe. In dieser Situation seien „durch die Schuld des westdeutschen Monopolkapitals und seiner Bonner Regierung einschließlich der sozialdemokratischen Minister" Begriffe wie „gesamtdeutsch" ihres Inhalts entleert „und gegenstandslos geworden". Aus diesem Grunde habe die Regierung der DDR beschlossen, dem bisherigen „Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen" den Namen „Staatssekretariat für westdeutsche Fragen" zu geben. — Am 20. 2. verabschiedet die Volkskammer ein „Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR", das die bisher gültigen Bestimmungen des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1913 ablöst.

6. 2. — Vietnam. Der einflußreiche demokratische Senator des US-Bundesstaates Missouri James Fulbright fordert in

einer Rede seine Regierung auf, den in Vietnam begangenen Irrtum wieder gutzumachen. Immer mehr Amerikaner fragten sich, ob die Kriegführung nicht „des demokratischen Erbes der Vereinigten Staaten unwürdig" sei. — Am 13. 2. nehmen die US-Streitkräfte nach einer Kampfpause während des buddhistischen Neujahrsfestes die Bombardierung von Zielen in Vietnam wieder auf. Zahlreiche Persönlichkeiten, darunter Papst Paul VI. und UN-Generalsekretär U Thant, hatten an Präsident Johnson appelliert, die Bombardierungspause auszudehnen, um Verhandlungen zu ermöglichen. — Am 26. 2. greift auch die 7. Flotte in die Kampfhandlungen ein und beschießt von See aus nordvietnamesische Hafen- und Industrieanlagen. Zusätzlich ordnet die Armee den Abwurf von Minen auf die Mündungsgebiete nordvietnamesischer Flüsse und Kanäle an.

6.—13. 2. — Großbritannien / Sowjetunion. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin besucht auf Einladung von Premierminister Harold Wilson die britische Hauptstadt. Im Mittelpunkt des politischen Meinungsaustausches stehen der Krieg in Vietnam, der Abschluß eines Kernwaffensperrvertrages und Probleme der europäischen Sicherheit. In einer Rede vor beiden Häusern des Parlaments regt Kossygin am 9. 2. die Ausarbeitung eines britisch-sowjetischen „Vertrages über Freundschaft, friedliche Zusammenarbeit und Nichtangriff" an. Am gleichen Tag kommentiert der Ministerpräsident vor der Presse die gegenwärtigen Vorgänge in der Volksrepublik China. Es handele sich um einen inneren Machtkampf, der auf Rückschläge in der Außen- und Innenpolitik zurückgehe. Die Sowjetunion tue alles, um einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Peking zu vermeiden. Zum Abschluß des Besuches wird vereinbart, einen „heißen Draht", wie er Moskau—Washington und Moskau—Paris bereits verbindet, auch zwischen den Regierungen in Moskau und London zu installieren. Premierminister Wilson und Außenminister Brown akzeptieren die Einladung zu einer Reise in die Sowjetunion.

8.—10. 2. — Warschauer Pakt. Die Außenminister der Organisation treffen in Warschau zusammen. Ein gemeinsames Kommuniqué nennt als Themen der Beratung die Festigung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Meinungsaustausch habe „in einer Atmosphäre kollegialer Zusammenarbeit und vollen gegenseitigen Verständnisses" stattgefunden.

11. 2. — VAR. Die Regierung erläßt ein Verbot für amerikanische Flugzeuge, mit militärischer Ausrüstung das Hoheitsgebiet der Vereinigten Arabischen Republik auf dem Wege nach Jordanien zu überfliegen.

12. 2. — Lateinamerika. Die Vertreter von 21 Staaten einigen sich in Mexiko auf einen „Vertrag für das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika". Das Abkommen untersagt militärische Nuklearexplosionen jeder Art sowie die Herstellung, den Erwerb und die Lagerung atomarer Waffen im ganzen südlich des 35. Breitengrades gelegenen Teil der westlichen Hemisphäre (mit Ausnahme der unter der Verwaltung der Vereinigten Staaten stehenden Gewässer). Die USA hatten sich geweigert, der Einbeziehung Puerto Ricos und der Virgin Islands in die kernwaffenfreie Zone zuzustimmen; Frankreich beharrt auf seiner Souveränität über Martinique und Guadeloupe. Der Vertrag, der lediglich Tests für friedliche Zwecke erlaubt, soll nach der Ratifizierung durch 11 Staaten für die Signatarmächte in Kraft treten. Die vorgesehene Kontrollorganisation wird ihren Sitz in Mexiko-City haben. UN-Generalsekretär U Thant bezeichnet das Vertragswerk als einen „wichtigen Meilenstein auf dem langen und schwierigen Weg zur allgemeinen Abrüstung".

13. 2. — Oder-Neiße-Grenze. Der britische Außenminister Brown antwortet auf die Frage eines Pressevertreters, ob die in dem Kommuniqué über die Gespräche zwischen Ministerpräsident Kossygin und Premierminister Wilson enthaltene Forderung nach einer „Zusammenarbeit zwischen allen Ländern Ost- und Westeuropas auf der Basis der Respektierung ihrer souveränen Gleichberechtigung und territorialen Integrität" als ein Schritt in Richtung auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu verstehen sei: „Ja, in einem gewissen Sinne".

14. 2. — Vatikan. Der Sondergesandte des Papstes für die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, Msgr. Agostino Casaroli, trifft zu einem mehrwöchigen Be-

such in Polen ein. Schon am nächsten Tag findet unter Vorsitz von Kardinal Wyszynski eine Vollsitzung des Episkopats statt. Casaroli, der im vergangenen Jahr die Verhandlungen über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat mit Ungarn und Jugoslawien eingeleitet hatte, wird während seines Aufenthalts auch Diözesen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten besuchen.

16. 2. — Ostpolitik. Der jugoslawische Außenminister Nikezić, der sich mit Staatspräsident Tito zu einem Besuch in Wien aufhält, deutet in einem Interview mit der Zeitung „Die Presse" die Bereitschaft Jugoslawiens zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik an, unter der Voraussetzung, daß Bonn mit seiner „neuen Ostpolitik" auch tatsächlich „meint, was es sagt". — Am 22. 2. fordern der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny und der ungarische Parteisekretär Janos Kadar einen Verzicht der Bundesrepublik auf den „Alleinvertretungsanspruch". Novotny erklärt, alle Verhandlungen müßten von der nach dem Weltkrieg geschaffenen Lage und von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen. Bundeskanzler Kiesinger sei nicht befugt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Das unter der Androhung von Gewalt entstandene Münchener Abkommen müsse als „von Anfang an null und nichtig" betrachtet werden. — Am 27. 2. nennt der polnische Außenminister Rapacki auf einer Pressekonferenz zum Abschluß seines einwöchigen Besuches in London die Weigerung der Bundesrepublik, eindeutig auf Kernwaffen zu verzichten, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und auf das Vertretungsrecht für die Bevölkerung der DDR zu verzichten, als Hindernisse für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau.

17. 2. — Kernwaffen. Im Deutschen Fernsehen wiederholt Bundeskanzler Kiesinger noch einmal, die Bundesregierung werde das geplante Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen erst dann unterzeichnen, wenn sie der von ihr gewünschten Auslegung des Vertragstextes zustimmen könne. Nach einem Bericht der Hamburger Zeitung „Die Welt" hatte Botschafter Grewe schon am 1. 2. im Ständigen NATO-Rat zahlreiche Einwände gegen den vorliegenden Textentwurf vorgebracht und u. a. gefragt, ob ein Atomsperrvertrag die „Bildung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht" verhindern werde. Bundesaußenminister Brandt hatte sich am gleichen Tag in der Fragestunde des Bundestages gegen eine „Diskriminierung" der Bundesrepublik gewandt.

21. 2. — Abrüstung. In Genf beginnt eine neue Verhandlungsrunde des Achtzehn-Staaten-Abrüstungsausschusses. Frankreich bleibt den Beratungen wie bisher fern. Den 17 Delegationen liegen Entschließungen der 21. UN-Vollversammlung als Arbeitsrichtlinien vor. — Am 22. 2. halten die Vertreter der acht bündnisfreien Länder eine Konsultation ab, um gemeinsame Stellungnahmen zu den anstehenden Problemen auszuarbeiten.

— Indien. Die einwöchigen Parlamentswahlen enden mit hohen Verlusten für die von Ministerpräsident Frau Indira Gandhi geführte Kongreßpartei. Die Partei stellt im Zentralparlament mit 261 von 520 Sitzen immer noch die Mehrheit, büßt aber fast 100 Mandate ein.

22. 2. — Indonesien. Der noch amtierende Staatspräsident Sukarno übergibt unter dem Druck der regierenden Militärs den größten Teil seiner Vollmachten an General Suharto. Sukarno bleibt nominelles Staatsoberhaupt.

25. 2. — OAS. Die Organisation Amerikanischer Staaten lädt zu einem Treffen der Staatsoberhäupter Lateinamerikas vom 12. bis 14. April nach Punta del Este (Uruguay) ein. Auf der geplanten Konferenz, an der auch Präsident Johnson teilnehmen wird, sollen Wirtschaftsprobleme und eine Beschränkung der Rüstungsaufwendungen auf dem Kontinent zur Diskussion stehen.

26. 2. — EWG. Premierminister Wilson und Außenminister Brown setzen in Den Haag ihre Sondierungen über Bedingungen eines möglichen Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fort. Wilson und Brown haben schon früher in der gleichen Absicht Rom, Paris, Brüssel und Bonn besucht.

27. 2. — Bundesrepublik/Jordanien. In Bonn und Amman wird gleichzeitig die Wiederaufnahme der im Jahre 1965 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jordanien bekannt gegeben.

Die Domino-Theorie

John Foster Dulles war der Urheber der Domino-Theorie, die besagt, daß Anfang und Ende der Verteidigung Amerikas vom Umfang des amerikanischen Einflußbereichs abhängen. Wenn irgendein Vorposten fällt — MacArthur nannte Südkorea, Dulles Indochina, Eisenhower Formosa —, können sich die Vereinigten Staaten selbst an nähergelegenen Plätzen nicht mehr wirksam verteidigen: Der erste Dominostein läßt auch den letzten stürzen. Das Schicksal des Pentagon und des Weißen Hauses hängt ab vom Überleben der Regime eines Syngman Rhee, eines Tschiang-Kai-Schek, eines Ky.

Eine logische Folge der Domino-Theorie ist das Balancieren am Rande des Abgrunds. Ist die Beherrschung der Sandbänke von Quemoy und Matsu Voraussetzung der nationalen Existenz, so muß die ganze Nation aufs Spiel gesetzt werden, um die Herrschaft über diese Gebiete zu behalten.

Falls das stimmt, möchte man wünschen, die USA besäßen nicht so viele Dominosteine; es käme ihnen zugute, wenn sie deren Anzahl reduzierten. Sie haben ihre nationale Existenz auf Dutzende schwankender Dominosteine gebaut, die sie sich in aller Welt errichtet haben, und jeder einzelne Stein kann sie ruinieren.

Die Domino-Theorie widerspricht jedoch der Konzeption von den „zentralen Interessen", die bislang Richtschnur der Politik der Völker war. Die Kosten einer gewaltsamen Entscheidung peripherer Macht- und Interessenkämpfe können den Wert des Streitobjekts übersteigen; wenn die Rechnung eindeutig so aussieht, geben Nationen derartige periphere Interessen auf. Frankreich etwa kämpfte nicht bis zum letzten Atemzug gegen Großbritannien; England focht nicht bis zum letzten Mann, um den Indern das Land vorzuenthalten. Im allgemeinen setzen Nationen ihr Zentrum nur für zentrale Interessen aufs Spiel.

Das primäre zentrale Interesse einer Nation ist die Souveränität auf dem eigenen Territorium. Nicht nur die Entschlossenheit, auch die Stärke der Nation wächst, wenn ein Feind sich diesem Zentrum nähert. Ein entfernter Krieg um periphere Interessen erfordert hohe Ausgaben für das Transport- und Nachrichtenwesen und läßt den Einsatz der Hilfsmittel unbeweglich werden. Gegen die unterentwickelte Nation der 35 Millionen Vietnamesen haben die Vereinigten Staaten Kräfte eingesetzt, die mit denen vergleichbar sind, die sie gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg aufbrachten: die Vietnamesen, die ein zentrales Interesse verteidigen, haben kaum einen Fußbreit Boden verloren.

Und doch ist etwas Wahres an der Domino-Theorie, wenn sie realistisch interpretiert wird. Vietnam könnte andere Dominosteine zu Fall bringen. Wenn Vietnam den Vereinigten Staaten erfolgreich trotzt, werden die Rebellen gegen Amerikas Marionettenregierungen in Venezuela, Kolumbien, Brasilien und überall in der Welt Mut fassen; und die Amerikaner können sie nicht alle unterdrücken. Die fortgesetzte Ausbeutung von Öl und anderen Bodenschätzen, die Dominierung der Volkswirtschaften dieser Länder durch amerikanische Unternehmen geriete in Gefahr. Die USA werfen Bomben und Napalm auf die Vietnamesen, um an ihnen ein Exempel zu statuieren.

Die Vereinigten Staaten haben in Vietnam politisch nichts zu gewinnen. Man

sagt den Amerikanern, sie erteilten China und der Sowjetunion eine Lehre. Wenn diese Staaten die Gegner sind, so ist jeder Tag, den der Krieg andauert, ein Sieg für sie. Die USA haben, wie sie eingestehen, 45 000 Mann verloren, China und die UdSSR keinen. Der Krieg kostet die Vereinigten Staaten jährlich 60 Milliarden Dollar; was immer die Sowjetunion und China den Vietnamesen liefern mögen — es kann nicht zwei Prozent dieser Summe ausmachen. Außerdem schreckt Amerika Moskau und Peking nicht etwa davon ab, ähnliche Kriege in Laos, Thailand und Indien zu beginnen. Wenn sie dazu heute die Macht und den Willen haben, werden die USA im selben Augenblick in Vietnam vernichtend geschlagen.

Amerika zerstört keinen eigenen Besitz in Vietnam. Die Plantagen, die es vernichtet, gehören nicht US-Bürgern. Von diesem Standpunkt aus allerdings ist die Domino-Theorie ideal. Kein Hindernis steht der Zerstörung des ganzen Landes im Weg. Und Zerstörung heißt die Parole. Die Vereinigten Staaten werfen Napalm auf die Dorfbewohner. Sie vernichten die Ernten in Südvietnam und die Industrieanlagen in Nordvietnam. Sie begehen Völkermord auf Raten. Man kann nicht erwarten, den Vietkong auf diese Weise zu „bekehren"; aber zweifellos macht es großen Eindruck auf Chile und Peru.

In Wirklichkeit geht es in diesem Krieg nicht um Vietnam; wie den Amerikanern oft beteuert wird, ist es ein Krieg um die „Herzen der Menschen". Als sich die Nazis diese Art, die „Herzen der Menschen" zu erobern, zu eigen machten, nannten sie das „Schrecken". Amerika nennt es „Befriedung". Vietnam wird „befriedet" sein, wenn das ganze Land ein rauchender Trümmerhaufen ist. Das steht in der Macht der USA. Es liegt nahe, daß Dulles, der in den dreißiger Jahren die Nazis verteidigte, die Domino-Theorie geschaffen haben soll. Und in gewissem Sinn ist die Domino-Theorie richtig. Zentrale Interessen stehen auf dem Spiel. Aber das sind die Interessen der amerikanischen Unternehmen, deren Konzessionen und Investitionen im Ausland von Militärdiktaturen, die sich von den USA aushalten lassen, geschützt werden. Es sind nicht die Interessen der amerikanischen Soldaten und Steuerzahler; sie bezahlen nur die Zeche.

Prof. Dr. Francis D. Wormuth,
Salt Lake City

Schulbuch-Konferenz

Vom 17. bis 19. Februar 1967 fand in Frankfurt/Main eine Konferenz statt, die sich mit den „Problemen des Widerstandes und der Verfolgung im Dritten Reich im Spiegel der Schulbücher und des Unterrichts" beschäftigte. Träger der Veranstaltung war ein Einberuferkreis, dem namhafte Pädagogen, Wissenschaftler, Vertreter der politischen Bildung sowie ehemalige Widerstandskämpfer und Opfer der Nazi-Diktatur angehören.

Die rund 70 Teilnehmer setzen sich zu je einem Drittel aus Schulbuch-Verlegern und -Autoren, aus Mitgliedern der Verfolgtenverbände sowie aus Pädagogen, Historikern und Vertretern der politischen Bildung zusammen. Der Tagung gingen von namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Begrüßungen zu, so u. a. von dem hessischen Kultusminister Dr. Schütte, dem Kultusministerium von Baden-Württemberg, dem Leiter des Braunschweiger Schulbuchinstituts, Dr. Georg Eckert, dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Bonn, dem Bundestagsabgeordneten Martin Hirsch und vielen anderen.

In der Eröffnungsansprache skizzierte Professor H. J. Heydorn von der Universität Frankfurt/Main die Bedeutung einer wahrheitsgetreuen Unterrichtung der Schuljugend über das Geschehen des Widerstandskampfes. Das Unbehagen über gewisse politische Strömungen unserer Tage könne zwar nicht durch eine Kritik der Schulbücher und des Unterrichts über die jüngste Vergangenheit ersetzt werden, jedoch sei eine umfassende Darstellung des Widerstandes in den Schulbüchern ein wertvoller Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung der Jugend.

Dr. J. C. Rossaint, 1936 Hauptangeklagter im sogenannten Katholiken-Prozeß und heute Verleger in Dortmund, verwies auf den hohen humanistischen Gehalt des Widerstandskampfes gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat.

Dr. Immanuel Geiß, Bonn, untersuchte in seinem Vortrag zur Vorgeschichte des Dritten Reiches die Zusammenhänge zwischen dem Ersten, Zweiten und dem Dritten Reich. Er analysierte insbesondere die konservativen und aggressiven Kräfte, die bereits in der Vergangenheit den Boden für vieles vorbereiteten, was im Dritten Reich auf furchtbarste Weise seinen Kulminationspunkt fand. „Der Sieg der NSDAP und die Errichtung des Dritten Reiches waren nur die logische Konsequenz aus der vorherrschenden Strömung in der deutschen Geschichte . . . Die Kräfte, die demokratische Alternativen repräsentierten, vermochten sich nicht durchzusetzen." Abschließend forderte Dr. Geiß die „Modernisierung unserer gesamten Gesellschaft, ihrer Geistesstrukturen und ihres Geschichtsbildes. Heute hängt unsere Existenz mehr denn je davon ab, daß die Bundesrepublik sich nicht als ein neues Interregnum versteht oder gar entpuppt."

Professor Iring Fetscher, Frankfurt/Main, beschäftigte sich in dem Referat „Herrschaftssystem des Dritten Reiches" einleitend mit den verschiedenen Definitionen des Begriffs Herrschaft. Er vertrat die Auffassung, daß das NS-Regime im wesentlichen den Interessen der Wirtschaft entsprach, da der Industrie der „starke Staat" lieber war als Weimar oder gar der Sozialismus. Trotzdem, so meinte er, wäre es falsch, die NS-Zeit nur als eine Periode der Diktatur der Schwerindustrie allein zu bezeichnen. Die Konzentrationslager wurden von Prof. Fetscher als eine Art Musterbeispiel im kleinen für den von der SS geplanten Groß-Staat dargestellt. Durch die vollständige Kontrolle des gesamten Lebens durch den Staatsapparat sowie die mit ihm verbundenen Verbände sei ein erfolgreicher Widerstand fast ausgeschlossen und als Folge ein Ende des Dritten Reiches nur durch den Sieg der Alliierten möglich gewesen. Die Steigbügelhalter Hitlers seien heute nur noch zum Teil vorhanden, die Benutzung der Juden als Schwarzer Mann nicht mehr gegeben, deshalb sei in der heutigen Situation ein erneuter Sieg des Nationalsozialismus in derselben Art und Weise kaum möglich. Allerdings dürften die Gefahren, die sich erneut abzeichnen, nicht bagatellisiert werden.

Oberstudienrat Heinrich Stiehler, Frankfurt/Main, behandelte die Widerspiegelung des Dritten Reiches und seiner Vorgeschichte in den Schulbüchern anhand zahlreicher Beispiele aus den gegenwärtig benutzten Schulbüchern. 75 Prozent aller Schüler in der Bundesrepublik benutzten im Geschichtsunterricht Bücher aus vier Verlagen: Bayrischer Schulbuchverlag, Diesterweg-Verlag, Klett-Verlag und Verlag Schoeningh-Schroedel. Nach seiner Kenntnis der Dinge sei die Lage im Geschichtsunterricht besser als in der Sozialkunde. Als wesentliche Momente einer ungenügenden und zum Teil auch verzeichneten Darstellung der Vorgeschichte des Dritten Reiches führte Oberstudienrat Stiehler folgendes an: NSDAP und KPD werden oft als „Kom-

plizen" in der Weimarer Republik dargestellt. Andererseits wird die Deutschnationale Volkspartei, die mit der NSDAP die Harzburger Front bildete, als eine „Kraft der Mitte" bezeichnet. Die Zahlen der deutschen Opfer des Widerstandskampfes werden so gut wie nicht genannt, der Widerstandskampf in den besetzten Gebieten wird kaum behandelt, die Rolle der KZ-Insassen als Arbeits- und Ausbeutungsobjekt nicht erwähnt, ebenso findet sich nirgends eine Darstellung der politischen deutschen Emigration. Zu all diesen Aspekten sollte eine entsprechende Überarbeitung im Rahmen des Möglichen vorgenommen werden. Die Pädagogische Aufgabe der Darstellung der Geschichte der neuen Zeit müßte es sein, den Schülern Argumente für die Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart zu liefern.

Am zweiten Tag der Konferenz schnitt Dr. Hans Mommsen, Heidelberg, in dem Referat „Formen des Widerstandes gegen das NS-Regime" einige grundsätzliche Fragen der Rolle des NS-Staates sowie der Zielsetzung der Männer des 20. Juli an. Bevor man sich mit Einzelfragen des Widerstandes beschäftige, müsse man den Begriff Widerstand, seine Ziele und Motive definieren. Ausgangspunkt hierfür sei vor allem die Wirkung, die diese oder jene Aktion gehabt habe. Allen Gruppen sei gemeinsam gewesen, daß sie keine Rückkehr zur Weimarer Politik wollten. Ihre Zielsetzung allerdings sei meist unklar und widersprüchlich gewesen. Dr. Mommsen unterschied mehrere Gruppen des Widerstandes:

— der Widerstand aus den Kreisen der die Weimarer Republik tragenden Parteien, insbesondere SPD und Zentrum;

— Männer und Frauen, die ursprünglich wie etwa Schulenburg, aber auch Stauffenberg, dem NS-Sog erlagen und erst später zum Widerstand kamen;

— kommunistische und sozialistische Gruppierungen, die eine von den

Feltrinelli reprint

Eine Serie zeitgeschichtlicher Dokumente in Faksimile-Drucken

Die Lehren der deutschen Ereignisse

120 Seiten Subskriptionspreis DM 15,–

Der ursprünglich nur für Mitglieder der KP hergestellte Band enthält Reden, Thesen und Diskussionen über die deutsche Frage innerhalb des Präsidiums der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Die Sitzungen fanden im Januar 1924, nach dem Mißerfolg der revolutionären Aufstände des Oktobers 1923 statt.

Wie die chinesische Revolution zugrunde gerichtet wurde

32 Seiten Subskriptionspreis DM 5,–

Chinesische Kommunisten hielten die Sowjets schon 1927 für Verräter an der proletarischen Weltrevolution. In einem von Stalin totgeschwiegenen Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale beklagten sich drei junge Delegierte aus Schanghai über die Weisung, versöhnliche Politik zu betreiben – einen Monat darauf richtete ihr Gegner Tschiang Kaischek ein Blutbad unter den chinesischen Kommunisten an.

Bulletin des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale

Zusammenfassungen aller Sitzungsberichte sowie Stellungnahmen der Delegationen und Analysen der Arbeitskreise.

Diese Dokumente waren lange Zeit verschollen.

716 Seiten Subskriptionspreis DM 125,–

Feltrinelli reprint

Die wesentlichen historischen Texte der Kommunistischen Internationale von 1919 bis 1939 werden im Faksimile-Druck veröffentlicht. Dazu gehören bisher schwer zugängliche Tagungsprotokolle, Streitschriften, Manifeste, Resolutionen, Kommentare und Zeitschriften des Komintern.

Bibliothek und Archiv des Feltrinelli-Instituts/Mailand ermöglichen die Edition der Faksimile-Ausgaben.

Fordern Sie den Gesamtkatalog an, der Sie über alle 165 Feltrinelli reprints ausführlich informiert.

Coupon

Voltaire-Verlagsauslieferungen
Boye Kuhlmann · 1000 Berlin 62 · Crellestraße 21

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Kreuzen Sie bitte Zutreffendes an

☐ Bitte senden Sie ___ Exemplare des Feltrinelli reprint Gesamtkatalogs frei Haus

☐ Bitte schicken Sie folgende Werke gegen Nachnahme:

_____

_____

Subskriptionspreis gültig bis 30. April 1967

übrigen Gruppen abweichende Vorstellung von der zukünftigen Gestaltung Deutschlands hatten.

In Verbindung mit der Widerstandstätigkeit der Kommunisten ging der Referent ausführlich auf die Rolle des Nationalkomitees „Freies Deutschland" und seine Rückwirkungen auf die Männer des 20. Juli ein. Die Uneinheitlichkeit der Auffassungen im Kreise der Verschwörer habe beim Scheitern des 20. Juli zwar eine Rolle gespielt, jedoch sei die ausbleibende Reaktion der Masse der Bevölkerung im wesentlichen durch die nazistische Beeinflussung bedingt gewesen.

Der Referent warnte vor dem Trugschluß, man könne die Tradition des Widerstandes schematisch auf die Bundesrepublik oder die DDR übertragen. Der Widerstand sei nur aus der damaligen Sicht zu verstehen und habe in keiner Weise den Auffassungen einer modernen Gesellschaft entsprochen.

Professor W. Abendroth, Marburg, beschäftigte sich ausführlich mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung. Nach einem historischen Überblick über die tragischen Fehler der Arbeiterbewegung, die einen einheitlichen Abwehrkampf sowohl vor 1933 als auch in den ersten Jahren der Hitler-Diktatur unmöglich machten, trug er umfangreiches Zahlenmaterial über die großen Opfer der Kommunisten, Sozialdemokraten, sozialistischen Splittergruppen und Gewerkschaften vor. Er führte Beispiele des Mutes und der Solidarität an, die zeigten, daß die Vertreter der Arbeiterbewegung auch unter den grauenhaften Bedingungen der KZ-Haft ihre Überzeugungsarbeit fortsetzten. Professor Abendroth vertrat die Auffassung, daß in der Geschichtsschreibung über den Widerstand auch der Kampf deutscher Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg berücksichtigt werden müsse. Vor allem sei es notwendig, mit der Auffassung Schluß zu machen, daß der Widerstand erst im Jahre 1944 begonnen habe. Die in Archiven vorhandenen Lageberichte der Gestapo geben ein eindrucksvolles Bild über die einfachen Männer und Frauen, die einen erheblichen Teil der fast eine Million inhaftierter und rund 100 000 ums Leben gekommener deutscher Antifaschisten stellten.

Den Widerstand der Kirchen, der eigentlich ein Widerstand aus religiösen Motiven war, behandelte Professor E. Wolf, Göttingen. Ausführlich beschäftigte er sich mit der offiziellen Haltung sowohl der katholischen als auch der protestantischen Kirchen, die glaubten, ihren Frieden mit Hitler machen zu können. Er unterteilte den aus christlichen Motiven geführten Widerstand in die Periode, in der die Kirche sich im wesentlichen auf institutionelle Fragen beschränkte, und die, in der es zu offenen Konflikten kam. Als Beispiel führte Prof. Wolf hier die Aktionen der Bekennenden Kirche an, insbesondere die Kanzel-Reden, an denen sich etwa 5000 Geistliche beteiligten. Um die Zielsetzung der Nationalsozialisten im Kirchenkampf deutlich zu machen, zitierte er die „Arbeitsanweisung des Reichsführers SS vom 15. 2. 1938 zur Bekämpfung der christlichen Kirchen", die zeigte, daß nach der „Endlösung der Judenfrage" auch eine „Endlösung der Kirchenfrage" angestrebt war. Abschließend stellte Prof. Wolf fest, daß der Kirchenkampf zwar in keiner Weise ein Heldenlied war, daß er jedoch in eindrucksvoller Weise zeigte, daß damals insbesondere in den Evangelischen Kirchen Einsichten gewonnen und Entschlüsse gefaßt wurden, „die zu einer tiefgreifenden Selbsterneuerung der Kirche führten und zugleich auch zu einer Umwandlung ihrer grundsätzlichen Einstellung der Welt gegenüber".

In einer Abendveranstaltung, die gemeinsam mit dem Club Voltaire durchgeführt wurde, beschäftigte sich Professor H. Steiner, Wien, mit Fragen des europäischen Widerstandes. Im Mittel-

Zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, darunter insbesondere Repräsentanten des geistigen, wissenschaftlichen und kirchlichen Lebens und Gewerkschafter haben die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, die Kampagne für Abrüstung als außerparlamentarische, parteipolitisch unabhängige Sammelbewegung zu unterstützen und an den Demonstrationen und Ostermärschen 1967 teilzunehmen.

In dem Aufruf zum Ostermarsch 1967 werden vor allem folgende Forderungen erhoben:

FRIEDEN FÜR VIETNAM – Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam; Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner; Einstellung der militärischen Aktivität in Südvietnam; Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954; Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams!

SICHERHEIT IN EUROPA – Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen; Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen; Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa; Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa!

SCHUTZ DER DEMOKRATIE – Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze; Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze; Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung!

Der Aufruf kritisiert die Politik der früheren Bundesregierungen als einen „gefährlichen und aussichtslosen Versuch, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und Aufrüstung zu ändern" und fordert, die Bundesrepublik müsse sich von dieser Politik grundsätzlich abwenden und statt dessen dazu beitragen, „das zerrissene und von Waffen starrende Europa in ein System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen".

Zu den bisherigen Unterzeichnern des Aufrufes zum Ostermarsch 1967 gehören u. a.: Carl Amery, Heinrich Böll, Bernt Engelmann, Prof. Wolfgang Abendroth, Hans-Magnus Enzensberger, Prof. Hans-Joachim Gamm, Prof. Hellmut Gollwitzer, Dr. Werner-Otto von Hentig, Erich Kästner, Hans A. Nikel, Robert Jungk, Peter Weiß, Martin Niemöller, Martin Walser, Prof. Walter Fabian, Hans Dohrenbusch, Dr. Harry Pross, Gerd Hirschauer, Prof. Ernst Bloch, Helmut Lindemann, Marie-Lusie Kaschnitz, Ursula Noack, Hardy Krüger, Alexander Spoerl, Hedwig Born, Prof. Heinz-Joachim Heydorn, Prof. Walter Jens, Dr. Robert Jungk, Peter Weiss, Wolfgang Neuss, Rolf Hochhuth, Heinz Brandt, Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD, Monsignore Dr. Klaus Gamber, Hinrich Oetjen, Emil Wegmann MdL, Olaf Radke MdL, Philipp Pleß MdL sowie weitere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und bekannte DGB-Funktionäre.

Die Schlußkundgebungen zu den Demonstrationen und Ostermärschen 1967 finden am Ostermontag (27. März 1967) statt in Hamburg, Platz vor dem Gewerkschaftshaus, 16.00 Uhr, Bremen, Domshof 12.00 Uhr, Hannover, Platz vor dem Operhaus, 17.00 Uhr, Dortmund, Markplatz 17.00 Uhr, Frankfurt, Römerberg, 15.00 Uhr, Stuttgart, Schillerplatz, 17.00 Uhr, Nürnberg, Egedienplatz, 16.00 Uhr, München, Alter Botanischer Garten, 17.00 Uhr und am Ostersonntag (26. März 1967) in Ludwigshafen, Gördelerplatz, 17.00 Uhr.

Unterstützen Sie die Forderungen und Aktionen der Kampagne für Abrüstung! Fordern Sie den Aufruf zum Ostermarsch 1967 bei der Geschäftsstelle der Kampagne für Abrüstung an und unterstützen Sie diesen Aufruf durch Ihre Unterschrift! Gehen Sie mit beim Ostermarsch 1967! Nehmen Sie teil an den großen Schlußkundgebungen!

Informationen: Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch, Zentraler Ausschuß, 6050 Offenbach 4, Postfach 648, Postscheckkonto Frankfurt 62 55.

punkt seiner Ausführungen stand die Bemerkung, daß der Widerstandskampf in besetzten Ländern neben der Bekämpfung der Okkupanten auch gleichzeitig den Charakter eines Bürgerkrieges gehabt habe, ein Aspekt, der bisher noch ungenügend erforscht sei. In jedem Land hätten sich die Widerstandskämpfer gleichzeitig mit den Kollaborateuren auseinandersetzen müssen. Ein besonderes Merkmal des Widerstandes in Europa sei die Zusammenarbeit von Angehörigen verschiedener Nationen in den Widerstandsgruppen der einzelnen Länder gewesen sowie das solidarische Zusammenleben in KZ- und Kriegsgefangenenlagern. Fast alle Regierungen in den ersten Nachkriegsjahren seien Repräsentanten der Widerstandsgruppen gewesen, die gemeinsam die wichtigsten demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in ihren Ländern durchführten. Leider sei dies oft nur von kurzer Dauer gewesen und bald durch die unerfreulichen Erscheinungen des Kalten Krieges zunichte gemacht worden.

Das abschließende Referat war der „Widerspiegelung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in den Schulbüchern" gewidmet. Cand. phil. Edgar Weick analysierte anhand von 24 Geschichtsbüchern die Behandlung dieses Themas im Schulunterricht. Er stellte fest, daß von den Schulbüchern nicht mehr erwartet werden könne, als die Historiker den Autoren dieser Bücher an wissenschaftlichen Erkenntnissen anbieten. Desweiteren vertrat er die Auffassung, Meinungsumfragen zeigten, daß der Widerstandskampf in der Bevölkerung nicht allzu hoch im Kurs stehe, was sich zweifellos auch auf den Schulunterricht auswirke. Die Untersuchung der meisten Schulbücher zeige, daß im Mittelpunkt der Darstellung fast überall der Widerstand kirchlicher Kreise, der Widerstand der Geschwister Scholl sowie der 20. Juli 1944 ständen. Nur wenige Bücher, hier vor allem die Publikation von Hannah Vogt „Schuld oder Verhängnis", Diesterweg-Verlag, Frankfurt, brächten eine differenzierte Darstellung der verschiedenen Gruppen. Nach Auffassung des Referenten wird nur in wenigen Büchern vom Widerstand der ersten Stunde, vor allem der KPD und SPD, gesprochen. Keine der großen sozialistisch orientierten Widerstandsgruppen, wie etwa die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe oder die Neubauer-Poser-Gruppe, werde erwähnt, obwohl sie Tausende von Menschen aller Schichten umfaßten. Auch über den Widerstand in den besetzen Ländern oder über die Tätigkeit der politischen Emigration gebe es in den Geschichtsbüchern keine präzisen Angaben. Der Referent beanstandete schließlich die abstrakt-moralisch argumentierende Darstellung in den meisten Geschichtsbüchern, so daß die unerhörte Leistung, die in der Uberwindung der bisherigen Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen und weltanschaulichen Gruppen bestanden habe, kaum zur Geltung komme. Dies solle neben den notwendigen sachlichen Ergänzungen beachtet werden.

Am dritten Tag der Konferenz behandelte man in zwei Arbeitskreisen ausführlich die beiden vorgetragenen Schulbuch-Analysen. Die zahlreichen Vorschläge sollen in Form von Memoranden zusammengestellt werden. Zum Abschluß der Konferenz wurde aus den Reihen der Teilnehmer ein „Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung des deutschen Widerstandes" gebildet, dessen erste Aufgabe es ist, die Ergebnisse der Schulbuch-Konferenz auszuwerten und zu erweitern. Desweiteren wurde angeregt, in der Bundesrepublik ein „Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes" aufzubauen und eine „Stiftung für wissenschaftliche Aufträge zur Erforschung des Widerstandes" ins Leben zu rufen.

Edgar Weick

Dr. Eckart Heimendahl

Zum Atomwaffen-Sperrvertrag

Im Februarheft der „Blätter" veröffentlichten wir die von 110 Mitgliedsstaaten der UNO am 17. November 1966 gebilligte Resolution über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (vgl. S. 202 ff.). Diese UNO-Resolution enthält eine Reihe von Arbeitsrichtlinien für die am 21. Februar 1967 in Genf zusammengetretene 18-Staaten-Abrüstungskonferenz und fordert darüber hinaus die Staaten der Welt auf, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die zum frühestmöglichen Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen führen könnten". Im Mittelpunkt der neuen Verhandlungsrunde in Genf steht der zwischen sowjetischen und amerikanischen Experten diskutierte Entwurf eines Nichtweitergabevertrages für Atomwaffen, dessen vorläufiger Text (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen") von maßgebenden Ministern des Kabinetts Kiesinger und von der Bundesregierung nahestehenden Kreisen aufs heftigste attackiert wird.

Die teils unqualifizierten Einwände haben die Diskussion um die politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Sachfragen eher kompliziert als geklärt. Der Bedeutung des Vertragswerkes entsprechend drucken wir nachfolgend zwei Beiträge zu diesem Thema ab. Dr. Eckart Heimendahl setzt sich in seiner Arbeit vornehmlich mit den von der Bundesregierung ins Feld geführten wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Argumenten auseinander, während Horst Heiden vor allem die politischen Aspekte näher untersucht.

D. Red.

I

Wann und unter welchen zusätzlichen Bedingungen die Bundesregierung auch immer den Atomwaffen-Sperrvertrag unterzeichnen wird, falls er überhaupt in absehbarer Zeit zustande kommt: in der öffentlichen Diskussion der vergangenen Wochen ist alles nur Mögliche getan worden, um den Verdacht zu bestätigen, daß dieser, mit internationaler Kontrolle verbundene Vertrag für die hochgerüstete Bundesrepublik notwendig ist. Die Diskrepanz zwischen weltpolitischer Vernunft und deutsch-nationaler Unvernunft konnte gar nicht greller hervortreten als in der Protestkampagne gegen den von der UNO mit großer Mehrheit gebilligten und von den USA seit Jahren angestrengten Versuch, die weitere Ausbreitung von Atomwaffen zu verhindern, um die Atomkriegsgefahr zu bannen. Da ist es endlich gelungen, nicht zuletzt durch die provozierende Hilfe Chinas, daß Amerika und die Sowjetunion eine gemeinsame Basis ihrer Interessen finden, um seit dem Atomwaffen-Versuchsstoppvertrag, so unzulänglich er auch sein mag, einen nächsten Schritt zu tun, um die Voraussetzungen für eine weltweite Abrüstung zu gewinnen, um zumindest sich näher zu kommen und dadurch das Niemandsland des Mißtrauens abzubauen, das der Vietnamkrieg ständig wieder verstärkt, — da wollen die Weltmächte endlich, solange noch Zeit dazu

bleibt, ein Modell entwickeln, das schließlich einmal für alle Staaten der Welt verbindliche Maßstäbe für die Friedenssicherung stiften soll: und gleich — wie leider zu erwarten — opponiert, angeführt und aufgehetzt von der alten atomwaffenhungrigen Nationalgarde, die bundesdeutsche Politik mit rein selbstsüchtigen Argumenten dagegen, zieht alle Register eines unversöhnlichen Mißtrauens, um den Abschluß dieses Sicherungsvertrages so zu diskreditieren, daß er möglichst gar nicht zustande kommt. Die unaufhörlichen, vor allem durch die Springer-Zeitungen geführten Diffamierungsgefechte haben jedenfalls erreicht, daß die große Mehrheit in unserem Volk glauben muß, der Vertrag sei in erster Linie ein Machtinstrument der beiden Weltmächte, um monopolistisch herrschen und die atomwaffenfreien „nuklearen Habenichtse", wie Herr Strauß — der bei Unterzeichnung mit dem Rücktritt drohte — so lautstark formulierte, erpressen und versklaven zu können. Sieht man einmal von Adenauers mythologischem Lärm ab, mit dem er den Morgenthauplan (gleich zum Quadrat) beschwor und zu sagen wagte: „Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt", so lohnt es sich doch, einigen der Argumentationen nachzugehen, die zur Vergiftung der Verhandlungsatmosphäre ausgesät wurden.

Ein namenlos bleibender „Kenner der Materie" schrieb in der „Welt" unter dem Titel „Atomsperrvertrag unvereinbar mit dem NATO-Pakt": „Wenn der Einsatz der großen strategischen Abschreckung bei einem sowjetischen Angriff in Europa unwahrscheinlich wird (!), dann entsteht Unglaubwürdigkeit (credibility gap) dem atlantischen Bündnis gegenüber. Gewiß enthält Artikel 5 des Nordatlantikpakts nicht unmittelbar die Verpflichtung zum Einsatz von Kernwaffen. Aber es ist ganz klar, daß er seinen Sinn verliert (!), wenn die Vormacht des Bündnisses — die USA — im Hinblick auf den meistgefährdeten Partner Deutschland den Gebrauch der entscheidenden Waffe (die weder „Big Lift" noch taktische Kernwaffen ersetzen können) ausklammert." Die Sinnlosigkeit dieser Logik kann allerdings einem „Kenner" nicht aufgehen, der nicht mit Lebenden, sondern mit Toten kalkuliert, die nach dem Einsatz strategischer Atomwaffen zur „Verteidigung" der Bundesrepublik in den Kratern eines zerstörten Landes für den Wahnsinn derer zeugen würden, die Freiheit mit Wasserstoffbomben verteidigen wollten.

Der Abschluß des „Atomsperrvertrages" — so liest es sich fast nur in unserer Presse, auf daß man die Atom-Waffen vergesse und den technologisch-wirtschaftlichen Bedenken zugänglicher werde — sei eine „flagrante Verletzung des Artikels 8 des NATO-Pakts", und die Situation gleiche der von 1935, nachdem Frankreich „durch den Beistandspakt mit der Sowjetunion die Garantiegemeinschaft des Locarno-Vertrages gesprengt" habe. Es dürfe nicht übersehen werden, daß Frankreich schon mit „seinem sensationellen Nichtangriffsvertrag 1932 den Anstoß für das ganze weitere Geschehen gegeben" habe. Die „politischen Konsequenzen waren schwer. Sie wären es auch beim Zustandekommen einer amerikanisch-sowjetischen Nuklear-Entente". Es müsse „in letzter Stunde davor gewarnt werden, sich auf eine Unterzeichnung mit ‚Vorbehalten' festzulegen".

NATO-Botschafter Grewe drückte sich vornehmer aus: „Die Bildung einer kollektiven Kernstreitmacht" sei „auf weite Sicht die einzige Lösung, die den Staaten Europas Aussicht bietet, ihre Sicherheit, ihre Unabhängigkeit und ihren Rang in der Welt zu behaupten", wobei er an die siebziger und achtziger Jahre denkt und gar nicht den Verdacht aufkommen läßt, es könnte bis dahin eine Abrüstung begonnen haben. Die Bildung einer europäischen Atomwaffenstreitmacht sei die „allein zukunftsträchtige Option", dagegen sei der „Abschluß eines haupt-

Adalbert Rang

Der politische Pestalozzi

Mit einer Vorrede von Theodor W. Adorno
Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 18
284 Seiten, Leinen 28,— DM, kartoniert 22,— DM

In den Rissen von Pestalozzis Entwicklung erkennt Rang den Ausdruck der objektiven Antagonismen, welche die damals politisch sich konstituierende bürgerliche Gesellschaft schon in ihrer Frühzeit durchfurchten. Das bedeutet zugleich, inhaltlich, eine energische Veränderung der Vorstellungen von Pestalozzi, dessen ungebärde Kraft man so behend für autoritäre Ideologien zu verwenden wußte. Theodor W. Adorno

---

Arthur Rosenberg

Geschichte des Bolschewismus

Mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim
268 Seiten, Leinen 24,— DM, kartoniert 16,80 DM

Arthur Rosenbergs Buch ist 35 Jahre alt, aber es ist brandaktuell. — Der Erscheinungstermin war März 1933. Jetzt kommt es, wiedergeboren, gerade zurecht, um dem deutschen Leser ein wenig zum Verständnis des welthistorischen Dramas zu verhelfen, das sich derzeit in China abspielt. Sebastian Haffner, konkret

---

Rechtsradikalismus

Herausgegeben von Iring Fetscher
Sammlung res novae, Band 53
256 Seiten, kartoniert 14,80 DM

Inhalt:
Iring Fetscher Rechtes und radikales Denken · *Helga Grebing* Nationalismus und Demokratie · *Gert Schäfer* Die Chancen der Nationaldemokraten. Über das Verhältnis der extremen Randgruppen zur allgemeinen politischen Entwicklung in der Bundesrepublik · *Edgar Weick* Gibt es einen Rechtsradikalismus in der Vertriebenenpresse? · *Dieter Thelen* Die Wähler der NPD · *Manfred Clemenz* McCarthy und die McCarthy-Bewegung · *Franz Gress* und *Eric Ertl* Die Goldwater-Bewegung · *Franz Gress* Der amerikanische Rechtsradikalismus. Eine Übersicht · *Günter W. Dill* Aspekte zum zeitgenössischen Rechtsradikalismus in Frankreich

---

K. O. von Aretin
Ernst Bloch
H. M. Enzensberger
Helmut Ridder u. a.

Notstand der Demokratie

Referate, Diskussionsbeiträge und Materialien vom Kongreß am 30. Oktober 1966 in Frankfurt (Main)
Sammlung res novae, Band 54
ca. 180 Seiten, kartoniert 7,80 DM

Europäische Verlagsanstalt · Frankfurt a. M.

sächlich mit den Sowjets ausgehandelten Vertrags, der auf Universalität angelegt ist — ohne praktisch Aussicht zu haben, jemals universelle Geltungskraft zu erlangen —, ohnehin kein geeignetes Mittel, um die Ausbreitung der Kernwaffen wirksam zu verhindern". Beide Argumentationsebenen addieren sich hier nicht zufällig, eben weil „Nationen ohne eigene Kernwaffen künftig kaum in der Lage sein werden, die Rolle einer ‚Großmacht' zu spielen". Darauf aber zu verzichten, scheint noch — oder schon wieder — undenkbar zu sein, so daß es gar nicht zu verwundern ist, wenn ein Leitartikel es in der Überschrift sagte: „Sorge in Bonn: Atomsperrvertrag trotz deutscher Einwände." Wie ist es nur möglich?

In keinem Land habe eine so aufgeregte Diskussion über den Vertrag stattgefunden wie bei uns, bemerkte, zum Maßhalten aufrufend, Bundeskanzler Kiesinger, und tatsächlich muß man dankbar sein, daß er und sein Außenminister sich wenigstens nicht in die Irre der Verfemungen hineintreiben ließen. Hier spürt man denn doch die Bremse der Großen Koalition, und Wehner bekannte freimütig: „Wir haben bisher über unsere Verhältnisse gelebt, so, als ob wir eine adoptierte Siegermacht wären."

II

Nachdem offensichtlich die militärpolitische Protestfront zusammengebrochen ist, hat man sich ganz auf die technologisch-wirtschaftlichen Einwände eingespielt und nach der NATO nun Euratom mobilisiert. Durch den deutschen Kommissar Margulies und Botschafter Sachs ist mehrmals, bisher vergeblich, versucht worden, die Sechser-Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Haltung zu bewegen. Der berüchtigte Kontrollparagraph soll als unvereinbar mit dem Euratom-Vertrag erklärt werden. Aber Frankreich, das „sich nicht betroffen" fühlt, weil es dem Vertrag ohnehin nicht beitreten will, durchaus aber für die Kontrolle und gegen die weitere Ausbreitung von Atomwaffen ist, scheint nicht mitmachen zu wollen. Jedoch beginnt sich ein Kompromiß abzuzeichnen. Amerika will den deutschen Wunsch unterstützen, die Euratombehörde in die Kontrollaufgaben einzubeziehen. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), so wird erwogen, soll bei der Inspektion mit Euratom-Kontrolleuren zusammenarbeiten. Vorgesehen ist eine Übergangszeit, wie aus Genf verlautet. Zunächst Kontrolle durch Euratom, dann Beteiligung der IAEA, bis sie ganz in deren Hände übergeht. Das wäre keine schlechte Lösung. Aber das hätte man, wie so vieles andere, klären können, bevor das hysterische Geschrei begann, daß sich auf bloße Vermutungen gründete. Vor einigen Tagen erst (am 23. 2.) vernahm die Öffentlichkeit aus dem Munde des Außenministers, daß „die Diskussion seit Mitte Dezember auf der Grundlage möglicher Elemente eines in Genf zu erörternden Entwurfs geführt wird" und niemand wisse, welchen Text die beiden Weltmächte schließlich aushandelten. Gerüchte aber genügten, um einen nationalen Proteststurm zu entfachen, dessen Schaden sich erst später ganz auswirken wird, weil man nun noch mehr Beweise als bisher besitzt, dem deutschen Friedenswillen zu mißtrauen.

III

Jeder internationale Vertrag, der die Atomkriegsgefahr einschränken soll, kann nur durch Kontrollen wirksam werden. Sein Funktionieren hängt aber wesentlich davon ab, ob diese Kontrollen als substantieller Bestandteil begriffen werden und die Bereitschaft, sich ihnen zu unterwerfen, als sachliche Konsequenz voll-

zogen wird. Je mehr man sich gegen diese Kontrollen stellt, desto stärker wird die Vermutung, daß man etwas verheimlichen will, was gerade ausgeschlossen werden soll. Jahrelang ist den Sowjets vorgeworfen worden, daß sie sich den amerikanischen Vorschlägen für eine Rüstungskontrolle widersetzten und also gegen die Abrüstung seien. Die Furcht der Russen vor Industriespionage wurde nie wirklich anerkannt, die unsere aber soll nun wie selbstverständlich berechtigt sein, und man mißtraut nun nicht nur den Russen, sondern viel mehr noch den Amerikanern, weil man bei der Entwicklung der „Schnellen Brüter" — neuen Atomreaktoren, die auch die Verwendung des Natururans, Uranisotope 238, gestatten — einen Vorsprung erzielt hat und glaubt, es gehe darum, die deutsche Kerntechnik als Konkurrenz auszuschalten. Neuerdings gibt es bemerkenswerte Fortschritte auch in anderen Staaten, so beispielsweise in Belgien, das einen Reaktor projektiert, in dem die Brennelemente nicht mehr mit Uran 235, sondern mit Plutonium angereichert werden. Durch die breitere Anwendung dieses Verfahrens würde sich die Abhängigkeit von den USA mindern. „Die friedliche Atomwirtschaft" werde „der Industriespionage (als Kontrollinspektion getarnt) unterworfen", so wird behauptet. „Falls der Entwurf des Atomsperrvertrages nicht modifiziert" werde, wettere Herr Berg, schere „die Bundesrepublik automatisch aus einem für die Zukunft besonders wichtigen Bereich der Forschung aus". Die Wissenschaftler wanderten aus, und es lasse „sich errechnen, wann Westdeutschland das Niveau eines Agrarstaates erreicht" habe.

So redet man daher, ohne eine Ahnung von den praktischen Kontrollfunktionen zu haben, die ja im einzelnen noch gar nicht festgelegt sind. Immerhin kontrolliert die IAEA bereits mehr als fünfzig Atomreaktoren in 26 Staaten, darunter auch in den USA, und die Schweden beispielsweise haben nachweislich bisher diese Kontrollen nie als eine Störung empfunden. Alle Zusicherungen der Amerikaner, daß die technische Entwicklung auf keinen Fall beeinträchtigt werden solle und der Informationsaustausch in der Kernenergieforschung nach der Vertragsunterzeichnung gerade zunehmen werde, finden bei uns kaum Glauben. Man will totale Sicherheit, für die sich natürlich niemand fest verbürgen kann. Gewiß ist es schwierig, den ganzen Brennstoffkreislauf so zu inspizieren, daß dabei nicht Verfahrensmethoden erkannt werden, die als industrielles Werkgeheimnis gelten. Aber glaubt man denn wirklich, daß gerade bei dem beabsichtigten Export von Kernreaktoren die verwendeten technischen Methoden nicht auf viel einfachere Weise bekannt werden als durch Kontrollen einer UNO-Behörde? Zumindest doch spätestens in den Ländern, die sie importieren. Glaubt man denn wirklich, daß sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Kernenergietechnik nicht ohnehin so internationalisieren wird, daß wohl die Qualität und die Fertigungsmethoden, aber kaum die ihnen zugrunde liegenden Ergebnisse der Grundlagenforschungen lange geheim bleiben? Der wissenschaftliche Fortschritt lebt ja doch von der Publikation der Forschungsergebnisse. Ohne oder mit Vertrag gäbe es für die Amerikaner genügend Möglichkeiten, bestimmte Forschungsergebnisse „classified" zu halten. Wir aber bewerten unsere eigenen Entwicklungen und Vorsprünge im Wettlauf um die wirtschaftlichsten Reaktoren so hoch, daß wir glauben, die Welt käme ohne unsere Leistungen nicht aus und warte nur darauf, uns endlich in die Karten gucken zu können. Man spricht bei der Kritik am Sperrvertrag von der „Eröffnungsphase der größten Exportschlacht, die im kommenden Jahrzehnt entfesselt wird". Es ist nicht einzusehen, daß die Exportchancen durch Kontrollen der IAEA verringert werden, zumal man russische oder amerikanische Inspekteure durchaus ausschließen kann. Wer sich

nicht selbst kontrollieren läßt, soll auch nicht kontrollieren. Das ist ein verständlicher Standpunkt, der auf die Dauer dazu führen könnte, daß sich schließlich auch die Sowjets kontrollieren lassen werden, worauf die Amerikaner hauptsächlich warten. Erfährt man aber, daß gerade bei unseren modernsten Reaktoren, den „Schnellen Brütern", die in Karlsruhe entwickelt werden (Projekt Sneak), soviel Plutonium erzeugt wird, daß ab 1970 wahrscheinlich allein in Karlsruhe jährlich rund 100 Kilogramm ausgebrütet werden — „genug für mindestens ein Dutzend Bomben" — (nach neuesten Schätzungen von Euratom können die Staaten der Gemeinschaft bis 1980 90 Tonnen Plutonium erzeugen), dann ist es doch wohl verständlich, daß eine internationale Kontrolle gewährleisten muß, daß das anfallende Plutonium nur für friedliche Brennzwecke verwendet wird.

Zunächst geht es darum, festzustellen, wie oft die Brennstäbe gewechselt werden. Bleiben sie länger im Reaktor, ungefähr zwei Jahre und mehr, so entsteht das für militärische Zwecke unbrauchbare Plutonium 240. Werden sie vorzeitig ausgewechselt, so hat man es mit dem Kernexplosivstoff Plutonium 239 zu tun.

Gewiß schließt der bisher bekannt gewordene Text des § 3 des Vertrages einen großen Komplex an Kontrollmaßnahmen ein. Auch „Spezialausrüstungen oder nichtnukleares Material zur Verarbeitung oder Verwendung von Ausgangsmaterial" sollen wie das Spaltmaterial kontrolliert werden, dürfen also an einen anderen kernwaffenlosen Staat nur dann geliefert werden, wenn „das Material oder die Ausrüstung den Sicherheitsregeln unterworfen wird." Wie aber, so müssen wir doch fragen, sollte es auch sonst anders möglich sein, den Export von Rohprodukten für Atombomben zu verhindern?

Daß die Angst vor dem Mißbrauch des Vertrages soviel größer ist als die Angst vor einem Atomkrieg, wo er auch immer stattfände, ist das erschütterndste Zeugnis für die Unvernunft unserer Gesellschaft. Als „General-Electric-Artikel" wird der Kontrollparagraph diffamiert. Daß der Vertrag, wie in § 6 vorgesehen ist, von jedem Partner „in Ausübung seiner nationalen Souveränität" gekündigt werden kann, daß jeder Staat „das Recht hat, von dem Vertrag zurückzutreten, wenn er zu der Überzeugung kommt, daß außerordentliche Umstände ... die höchsten Interessen seines Landes gefährden", das wird gern verschwiegen. Eine dreimonatige Kündigungsfrist ist jedenfalls vorgesehen, und sollten es Gründe erwiesener Exporthinderungen oder Herstellungsverbote sein, dann dürfte doch wohl der Eklat groß genug werden, um Recht und Unrecht nachzuweisen.

Sind sachliche Bedenken gegen die Praxis der Kontrollmethoden also durchaus berechtigt, so geht es nur darum, diese in ihrer Effektivität zu diskutieren. Dazu gehört der wichtige Vorschlag Prof. v. Weizsäckers, automatische Kontrollapparate einzusetzen, die kontinuierlich arbeiten und nur abgelesen zu werden brauchen. Aber auch diese Automaten dürften schwierige technische Probleme aufwerfen, wenn alle gewünschten Daten, also auch die des chemischen Aufbereitungsprozesses, ermittelt werden sollen. Sie entkrampfen aber zumindest die psychologische Situation. Es darf auch nicht übersehen werden, daß man ohnehin anstrebt, von den USA als Lieferanten des angereicherten Uran unabhängiger zu werden, nicht nur durch die Entwicklung der neuen Brütreaktoren, sondern auch durch die erheblichen Fortschritte in der Uran-Gaszentrifugentechnik im Jülicher Kernforschungszentrum, deren Entwicklungsarbeiten schon vor dem letzten Krieg begannen. Es könnte also schon bald sein, daß sie mit den amerikanischen An-

reicherungsanlagen — Isotopentrennung durch Diffusionsverfahren — konkurrieren können, und bei Euratom wird auch bereits diskutiert, ob nicht eigene Trennungsanlagen gebaut werden müßten, falls Amerika kein Material mehr liefern würde.

IV

Kann und darf es also nur um die Non-Profileration gehen, weil die technischen Entwicklungen zur friedlichen Kernenergieverwendung durch keinen Vertrag gehindert werden können — wenn er nicht mißbraucht wird, was unschwer festzustellen ist und den Vertrag außer Kraft setzen würde —, dann sollte unsere Regierung alles tun, um uns das Vertrauen zu schaffen, das wir dringend brauchen, um der Welt die Angst vor einer eigenen bundesdeutschen militärischen Kernmacht zu nehmen. Dafür ist es nicht genug, sich auf die 1954 geleistete Verzichterklärung auf nationalen Atomwaffenbesitz zu berufen. Theo Sommers Vorschlag wäre ein entscheidender Schritt, um das Klima zu unseren Gunsten zu verbessern: Den Verzicht erweitern auf „die Herstellung deutscher Atomwaffen auf fremdem Boden und den käuflichen Erwerb solcher Waffen von anderen Staaten." Diese Erklärung wäre die zunächst wichtigste, bevor wir uns erlauben zu verlangen, daß die Weltmächte eindeutig den Atomwaffensperrvertrag als Einleitung zur Abrüstung definieren und mit Rüstungskontrolle und Rüstungsverringerung koppeln. Solange wir unseren Atomwaffenverzicht nicht völlig aussprechen, steht uns diese Forderung einfach nicht zu, wohl aber würde er unsere neuerliche Entspannungspolitik erst dann glaubwürdig werden lassen und die Chancen der weltweiten Abrüstung wesentlich verstärken. Denn die Erinnerungen an unsere Großmacht sind so groß, daß man uns erst dann wieder vertrauen wird, wenn mir den militärischen Großmachttraum — auch in einem europäischen Verteidigungspakt — endlich ganz aufgeben. Wir werden es wohl bestenfalls erst dann tun, wenn wir endlich einsehen, daß der Wettbewerb um Großmachtplätze in der Zukunft nicht auf militärischem Gebiet ausgetragen wird, daß er an der wissenschaftlichen Leistungskapazität und dem industriellen Fortschritt abgemessen wird. Solange wir Grund haben, vom „Bildungsnotstand" zu sprechen, und unsere Forschungsförderung so unzulänglich ist, ist die so laut proklamierte Angst vor dem technischen Rückstand durch die Folgen der Vertragsunterzeichnung verlogen. Solange ein deutscher NATO-Botschafter sagen darf, daß „Nationen ohne eigene Kernwaffenproduktion in ihrer wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht mit jenen Schritt halten können, die selbst Kernwaffen entwickeln und herstellen", verdienen wir kein Vertrauen. Denn es ist einfach nicht wahr.

(Abgeschlossen am 27. II.)

Horst Heiden

Was stört Bonn am Sperrvertrag?

Neurologen verstehen unter Hysterie eine krankhafte Verhaltensweise aus dem seelischen Gleichgewicht geratener Personen, welche den Zweck verfolgt — und in aller Regel auch erreicht —, die besondere Aufmerksamkeit der Umgebung zu erregen. Hysterie ist jedoch nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein politisches Phänomen. Wer die Kampagne beobachtet, die seit einiger Zeit von politischen und wirtschaftlichen Führungskreisen der Bundesrepublik gegen das geplante Proliferationsverbot von Atomwaffen geführt wird, kommt nicht umhin, hysterisches Verhalten zu diagnostizieren. Diese Kreise betrachten die Aussicht auf eine vertraglich fixierte Nichtweitergabe von Kernwaffen offenkundig als außerordentliche Bedrohung ihrer eigenen Interessen. Ihre Widerstandsaktionen lassen jedes Gefühl für politische Balance vermissen. Auf die Weltöffentlichkeit üben diese Aktivitäten eine unverkennbare Faszination aus, wenngleich in einer von den Gegnern des Vertrags nicht gewünschten Art und Weise.

So erregt es Bestürzung außerhalb unserer Grenzen, wenn Konrad Adenauer im Verlaufe einer mit dem Bundeskanzler vorher abgestimmten Reise nach Spanien und Frankreich den Atomwaffensperrvertrag als „Morgenthau-Plan im Quadrat" bezeichnet, die westeuropäischen Staaten vor einer Unterzeichnung „des eigenen Todesurteils" warnt, da der Beitritt zum Vertrag Europa unweigerlich „dem Kommunismus ausliefern" würde. Die vage Hoffnung, es möge sich hier nur um den Privatfeldzug eines senilen Patriarchen gehandelt haben, wurde durch die Meldung zerstört, Franz Josef Strauß habe in seiner Doppelfunktion als Finanzminister und CSU-Vorsitzender an Kanzler Kiesinger einen Brief geschrieben, in dem er einem eventuellen Kabinettsbeschluß für die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags schon im voraus die Anerkennung verweigerte und mit der Sprengung des Kabinetts drohte. Die Führungskräfte dieses Staates waren schließlich komplett repräsentiert, als sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, in die Front der Widerständler gegen ein Verbreitungsverbot von Kernwaffen eingliederte: er wartete mit dem Argument auf, der Vertrag würde die Bundesrepublik auf das Niveau eines Agrarstaates zwingen.

Dieses Geschrei — von dessen sachlicher Unhaltbarkeit noch die Rede sein wird — zielt darauf ab, die eigentliche politische Substanz des geplanten und jetzt auf der Genfer Abrüstungskonferenz verhandelten Vertrages zu verdecken. Vergegenwärtigt man sich die Zielsetzung des Nonproliferationsabkommens, so erkennt man, welch eklatantes Mißverhältnis zwischen dem Vertrag und den Argumenten seiner bundesdeutschen Widersacher besteht.

In ihrer Resolution vom 17. November 1966 hat die Generalversammlung der UNO den „frühstmöglichen Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen" gefordert. 110 Staaten unterstützten diesen Beschluß in der Erkenntnis, daß ein vertragsloser Zustand auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung „nicht nur zu einem Anwachsen der Kernwaffenvorräte und zu einer Ausbreitung von Kernwaffen über die Welt, sondern auch zu einer Zunahme

der Zahl der Nuklearmächte führen kann".[1]) In der Tat ist es so, daß heute und in den nächsten Jahren für rund zehn Staaten die materiellen Barrieren zum Bau eigener Atombomben durchaus überwindbar sind. Die technologischen Kenntnisse sind nicht mehr exklusiv auf den Kreis der fünf Atommächte beschränkt, die erforderlichen finanziellen Mittel nicht so erheblich, daß sie ein ernstes Hindernis darstellen würden. Käme es in einigen dieser Staaten in nächster Zeit zur Aufnahme der Eigenproduktion von Kernwaffen, so würde das andererseits unweigerlich dazu führen, daß die „klassischen" Atommächte einen Teil ihres Atompotentials an jene ihrer Bündnispartner delegieren müßten, die — aus welchen Gründen immer — zur Herstellung von Atomwaffen nicht oder noch nicht in der Lage sind. Die Folge wäre ein nukleares Chaos. Die zerstörerischen Kräfte des Atoms unterlägen keinerlei Kontrolle, ihr Mißbrauch durch verantwortungslose Politiker könnte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht verhindert werden. Darum besteht die elementarste Voraussetzung für eine internationale Friedenssicherung heute darin, die Ausweitung des Atomklubs zu stoppen. Dieses weltweite Ziel befindet sich in völliger Kongruenz mit den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen jeder einzelnen Nation.

Über die Motive der Kampagne

Die Bundesrepublik macht hiervon keine Ausnahme, im Gegenteil: sie liegt im Zentrum eines der brisantesten internationalen Spannungsfelder. Ihre Sicherheit kann nur garantiert werden, wenn es nicht zu einer weiteren nuklearen Aufladung des mitteleuropäischen Raumes kommt. Dennoch gebärdet sich die Regierung in Bonn in den letzten Monaten als schärfster Gegner des in Genf zur Diskussion stehenden Vertragsentwurfs. Unterstützt von einflußreichen Kreisen der Wirtschaft und von einer Vielzahl regierungskonformer Publikationsorgane des unterschiedlichsten Niveaus, führt sie eine Kampagne gegen das Nonproliferations-Projekt, die sich auf zwei Aspekte des Vertragsentwurfs konzentriert: Zum einen reizt die Bestimmung des Vertrags, die jegliche Weitergabe von Kernwaffen an nichtnukleare Länder verbietet, ihren ungezügelten Widerspruch. Zum anderen rennt sie gegen den Artikel 3 des Vertrags an, der die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien mit der Kontrolle über die ausschließlich friedliche Verwendung von Kernbrennstoffen beauftragt. Der Widerstand gegen die Weitergabe von Kernwaffen in jeder Form ist offenkundig militärpolitisch motiviert. In Artikel 1 des Entwurfes heißt es: „Jede Atommacht, die an diesem Vertrag teilnimmt, verpflichtet sich, keinem Empfänger, wer es auch immer sein mag, Atomwaffen oder andere atomare Sprengsätze direkt oder indirekt zu übergeben..." Kommt dieses Verbot zur Anwendung, so muß Bonn endgültig von einer Lieblingsidee Abschied nehmen, die seine Außen- und Wehrpolitik seit dem Ende der fünfziger Jahre in verhängnisvoller Weise beherrschte und die unter anderem dafür verantwortlich ist, daß bis heute noch kein gültiges Atomwaffen-Sperrabkommen existiert: die Schaffung eines multilateralen Atompakts, der die Bundesrepublik am Besitz und an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen beteiligen würde. Das Beharren auf diesem Projekt, dessen Grundidee in Verkennung der Konsequenzen von den Amerikanern geliefert wurde, hat in den letzten zwei Jahren eine amerikanisch-sowjetisch-britische Einigung über einen Atomsperrvertrag vereitelt. Bis zum Herbst des vorigen Jahres fügte sich Washington dem massiven Drängen Bonns, nur einem solchen Sperrvertrag zuzustimmen, der die Möglichkeit zur Schaffung eines Atompools im Rahmen der

1) Vgl. „Blätter", Heft 2/1967, „Dokumente zum Zeitgeschehen".

NATO nicht verbaute. Die UdSSR und eine Reihe anderer, darunter auch neutraler Staaten wollten jedoch einem Abkommen nicht beitreten, das sich in einem entscheidenden Punkte seiner Wirksamkeit von vornherein beraubt hätte. Im September 1966 entschloß sich die amerikanische Regierung, nicht zuletzt auf Drängen des britischen Partners, den Primat der elementaren Sicherheitsinteressen anzuerkennen und allianz-taktischen Erwägungen nicht länger den Vorzug zu geben. In Kürze kam es nun zu einer Einigung zwischen Moskau, Washington und London auf einen Vertragstext, der die Bildung multilateraler Atompakte ausschließt. Die atlantische Fraktion in der Bundesregierung sah ihre Blütenträume, die sich um MLF, ANF und schließlich um eine bilaterale atomare Partnerschaft mit den USA gerankt hatten, jäh welken.

Dieser Fehlschlag war einer der Hauptgründe für die Verabschiedung Erhards und die Bildung einer neuen Regierung, in der auf der Unionsseite nun die Anhänger einer „europäischen Lösung" der Atomfrage die entscheidenden Positionen besetzt halten. Diese Gruppe personifiziert sich nicht allein in der CSU-Spitze (Strauß, von Guttenberg), ihr gehören auch maßgebende Politiker der CDU (Adenauer sowie der anpassungsfähige Barzel) und auch die Spitzen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie an. Das zurückhaltendere Taktieren des Bundeskanzlers sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er als Favorit der „europäischen Brigade" ins Amt gekommen ist und sich in seinem politischen Wirken ihr verpflichtet zeigt.

Die Propaganda dieser Gruppe läßt zwei Schwerpunkte erkennen: Sie bedient sich unverhüllt nationalistischer Parolen (Strauß: der Vertrag „ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen"), wiegelt die bundesdeutsche Öffentlichkeit gegen das angeblich verräterische Verhalten der Amerikaner und Briten auf (Bild: „So sollen die Kleinen fertiggemacht werden"), wobei die Drohung, man werde sich nun auf die eigene Kraft besinnen müssen (Bild: „Wach auf, Europa!") immer deutlicher artikuliert wird. Das führt in gerader Linie zum zweiten, entscheidenden Schwerpunkt dieser Kampagne: dem Angriff gegen Artikel 2 des Vertrages, der jedem nichtnuklearen Staat die Herstellung von Atomwaffen verbietet, und Artikel 3, der die Kontrolle der friedlichen Nutzung von Kernbrennstoffen und der dazugehörigen Spezialausrüstungen regelt.

Nicht ohne demagogisches Raffinement ist die Methode, den Schöpfern des Vertrags die Absicht zu unterstellen, durch spionageverdächtige Kontrollverfahren die Entwicklung der friedlichen Kerntechnik in der Bundesrepublik abwürgen zu wollen. Diese Unterstellung dient in der Propaganda als hinreichender Grund für eine generelle Ablehnung des Abkommens. Der Vorwurf geht — was seinen Verbreitern natürlich nicht unbekannt ist — in Wahrheit an den Tatsachen vorbei. Artikel 3 tangiert in keiner Weise das selbstverständliche und unverzichtbare Recht jedes Unterzeichnerstaates, sich in der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu vervollkommnen. Er unterbindet insonderheit nicht das auch für die Bundesrepublik wichtige Exportgeschäft mit Atomreaktoren und garantiert schließlich die Liefer- und Bezugsrechte von Kernbrennstoffen, — wohingegen ein Staat, der sich der Kontrolle entzieht, von den Unterzeichnerstaaten des Abkommens nicht mehr mit diesen Materialien beliefert werden dürfte. „Diskriminiert" werden allein jene Nichtbesitzer von Kernwaffen, die sich der Kontrolle nicht unterwerfen wollen. Diese Haltung entspricht dem eigentlichen Sinn des Vertrags: das Entstehen neuer Nuklearmächte zu verhindern.

„Ohne Kernwaffen keine Großmacht"

Die Frage muß erlaubt sein, ob die Bundesregierung etwa aus diesem Grunde, aus atomarem Ehrgeiz also, eine so maßlose Polemik gegen den Sperrvertrag entfesselt hat. Gewiß, in Bonn wird jeder Verdacht in dieser Richtung mit allen Zeichen der Entrüstung zurückgewiesen. Widerlegt wird er dadurch leider nicht. Bonns NATO-Botschafter Grewe hat im Gegenteil erst im Januar dieses Jahres in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unmißverständlich festgestellt: „Nationen ohne eigene Kernwaffen werden künftig kaum in der Lage sein, die Rolle einer ‚Großmacht' zu spielen..." Und weiter: „Nationen ohne eigene Kernwaffenproduktion werden in ihrer wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht mit jenen Schritt halten können, die selbst Kernwaffen entwickeln und herstellen." Prof. Grewe zieht daraus für Bonn den konkreten Schluß: „Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, sich die allein zukunftsträchtige... Option offenzuhalten: die europäische Zusammenarbeit mit dem Ziel der politischen Union und der Verteidigungsgemeinschaft mit gemeinsamer Nuklearstreitmacht." [2])

Diese „europäische Option" hat aber nun in der Tat eindeutig militärisch-machtpolitische Züge. Da ist dann, wenn es — abseits einer emotional angereicherten Massenpropaganda — um die tatsächliche Interpretation des Interessenstandpunkts geht, nicht mehr die Rede von friedlicher Forschung und Industriespionage. Da rückt die „hardware", die Bombe, ins Zentrum der Erörterungen, und es wird die Frage erörtert, ob man ohne sie noch jemals Großmacht werden könne. Wobei Prof. Grewe klug genug ist, exakt zu differenzieren: „... nicht an die Rolle der beiden Supermächte USA und UdSSR ist zu denken, mit denen ohnehin auf absehbare Zeit keine dritte Nation zu konkurrieren vermag, sondern an die Rolle sekundärer Großmächte, wie Großbritannien, Frankreich und — vorerst — China."

Auf der Suche nach einem Alibi

Die Bundesregierung macht es sich zu leicht, wenn sie ihren Diskussionspartnern sagt: Wir erklären, keine Atomwaffen herstellen zu wollen, also laßt uns nur noch über die friedliche Kerntechnik reden und gemeinsam feststellen, daß der Vertrag hier diskriminierende Bestimmungen enthält, die seine Unterzeichnung unmöglich machen. — Das Ausland durchschaut diese Methode. Und erfreulicherweise schärft sich vor allem die Wachsamkeit jener Staaten, die Detailkritik am Vertragsentwurf geübt haben und plötzlich erkennen mußten, daß sie von Bonn als „Verbündete" gegen den Grundgedanken des Vertrags und seine Ziele annektiert wurden. Selbst der Naivste wurde aufgeschreckt, als einer der passioniertesten Bonner Entspannungsgegner, der CDU-Außenpolitiker Ernst Majonica, eilfertig die Bildung einer Interessenvertretung aller nichtnuklearen Nationen gegen den Atomwaffensperrvertrag vorschlug. Diesem Klub sollten alle Atomforschung treibenden Staaten angehören. Majonica dachte an eine „Organisation mit einem Generalsekretariat". Anwärter für die Rolle des „Bandenchefs" (Die Zeit): die Bundesregierung.

Die Distanzierungen ließen nicht auf sich warten. Stockholm sprach für die Mehrzahl der atomwaffenfreien, aber Atomforschung treibenden Staaten, als es sich dagegen verwahrte, von der Bundesrepublik als Alibi benutzt zu werden. Schwe-

[2]) Vgl. Grewe, in: „Europa-Archiv" vom 15. 2. 1967.

dens Abrüstungsminister, Frau Myrdal, hat in Genf deutlich gemacht, daß man prinzipiell für den Vertrag sei, daß man die Kontrolle durch die IAEO wolle und unsachliche Angriffe gegen den Vertrag ablehne. Diese Haltung steht in einem diametralen Gegensatz zur Position Bonns. Schwedische Kritik am Vertrag leitet sich aus der Forderung her, es sollten in Genf über den Sperrvertrag hinaus Beschlüsse gefaßt oder doch vorbereitet werden, die dem Abbau des Atomwaffenpotentials der Großmächte dienen. Stockholm befürchtet, der Sperrvertrag könne von einigen Mächten als vorerst letzter Schritt auf dem Wege zur Abrüstung mißverstanden werden. Diese Sorge drückt sich auch in der eingangs erwähnten UN-Resolution aus.

Wie sehr unterscheidet sich dieses konstruktive Bemühen um Entspannung von den Aktivitäten Bonns, wie sie sich etwa im Auftreten seines Abrüstungsbeauftragten Swidbert Schnippenkötter manifestieren. Dieser hohe Beamte führt in der meisten Zeit des Jahres ein überaus zurückgezogenes Leben. Auch die SPD-Minister, deren Fraktion einst so große Erwartungen an die Institution eines Abrüstungsbeauftragten geknüpft hatten, vermochten bislang keine abrüstungspolitische Initiative aus ihm herauszulocken. Aber immer dann, wenn auf internationaler Ebene eine Frucht langer Entspannungsbemühungen zu reifen beginnt, verwandelt sich der beamtete Dauerschläfer in einen munteren Herold der Bundesregierung und unterbreitet aller Welt ernste und ernsteste Bedenken gegen das drohende Verhandlungsergebnis. So auch diesmal: wenige Tage vor der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungskonferenz erschien der Beauftragte am Tagungsort, um Hürden vor den Vertrag zu stellen.

Der Bundesregierung ist von wohlwollenden Beobachtern der Vorwurf gemacht worden, sie verhalte sich in Sachen Atomsperrvertrag sehr undiplomatisch. Ihr Vorgehen trage ihr unweigerlich den Verdacht ein, im Grunde doch atomare Ambitionen zu hegen. Diese Gefahr sieht Bonn natürlich auch. Die Frage ist nur, ob man machtpolitische Ambitionen Bonner Provenienz unauffällig und ohne Argwohn zu erwecken vertreten kann. Offenbar ist das nicht möglich. Sonst hätte das Vorhaben, das erstrebte Ziel mit der Methode der Arbeitsteilung ansteuern zu wollen, gelingen müssen. Der Plan war plausibel: die „gemäßigte" Gruppe um Kiesinger, Außenminister Brandt und Herbert Wehner demonstriert Friedfertigkeit an Hand eines „new look" in der Ostpolitik und einer verwirrenden Vielfalt gesamtdeutscher Denkmodelle. Die Beteuerung, alle Streitfragen friedlich regeln zu wollen und allen Ansprüchen auf eine Hegemonialstellung in Europa entsagt zu haben, würde — so hoffte man — ihren Eindruck auf Ost und West nicht verfehlen. Die harte Gruppe um Strauß, Fraktionschef Barzel, Konrad Adenauer schürt gleichzeitig eine massive Propaganda gegen den Sperrvertrag, droht den USA und Großbritannien mit Rückzug aus der Integration (und damit aus der alliierten Kontrolle), fordert schließlich das Recht, Europa selbständig nuklear verteidigen zu können, wobei der im Grunde gegenstandslose Protest gegen die angebliche Diskriminierung der Bundesrepublik die Dimensionen des machtpolitischen Anspruches erkennen läßt. — Und schließlich ein kleines taktisches Meisterstück: Strauß teilt dem Kanzler in einem geharnischten Brief mit, daß er sich einem Atomdiktat nicht beugen werde und lieber aus dem Kabinett ausziehe, als einer Unterzeichnung des Sperrvertrags zuzustimmen. Darauf folgt dann die rhetorische Frage: Soll Kiesinger, wenn es zum Schwure kommt, das junge, so vielversprechende Erneuerungswerk der Großen Koalition aufs Spiel setzen und damit gefährlichste innenpolitische Entwicklungen provozieren? Nein. — Auf diese Weise wurde von Strauß die Begründung für eine Verweigerung der Unterschrift bereits vorfabriziert.

Was könnte mit „europäischer Option" noch gemeint sein?

Das Mißtrauen, das das taktische Spiel Bonns in aller Welt hervorrief, schadet der Bundesrepublik. Hier liegt die eigentliche Gefährdung nationaler Interessen. Wie kann dem wirkungsvoll begegnet werden? Zeit-Redakteur Theo Sommer schlägt dazu vor: „Am besten geschähe dies wohl dadurch, daß Bundesregierung und Bundestag den Verzicht von 1954 — keine Herstellung von Atomwaffen auf deutschem Boden — in aller Form bekräftigen und ihn auf die damals offengebliebenen Möglichkeiten erweitern: die Herstellung deutscher Atomwaffen auf fremdem Boden und den käuflichen Erwerb solcher Waffen von anderen Staaten." [3])

Eine interessante Bemerkung. In der Tat ist es so, daß der Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von Atomwaffen, auf den sich Bonn jetzt so oft beruft, weder den Erwerb noch die Herstellung von Kernwaffen in anderen Ländern ausschließt. Die Frage drängt sich auf, ob bestimmte Kreise bei ihrem Beharren auf der sogenannten europäischen Option daran denken, diese Lücke zu nutzen. Dafür gäbe es heute durchaus einen Weg. Es fällt immerhin auf, daß die Kontakte zwischen prominenten Mitgliedern der CDU/CSU und der Südafrikanischen Republik an Intensität zugenommen haben, und es kann sicher auch schwerlich als purer Zufall angesehen werden, daß gerade diejenigen publizistischen Organe der Bundesrepublik, die am heftigsten gegen den Atomsperrvertrag agitieren, seit einiger Zeit systematisch an einer Aufpolierung des Südafrika-Bildes arbeiten. In diesem Bemühen steht unter den Politikern wiederum Franz Josef Strauß an der Spitze, der bereits Anfang Mai 1966 während einer Südafrika-Reise erklärte, er werde „seinen Einfluß als Führer einer christlichen Partei dazu benutzen, das verzerrte Bild Südafrikas richtigzustellen". Weshalb stellt die Südafrikanische Republik in Zusammenhang mit den Diskussionen um den Atomsperrvertrag eine reale und deshalb ernstzunehmende Ausfluchtmöglichkeit für die Atommachtambitionen bestimmter Bonner Politiker dar? Die Südafrikanische Republik ist nicht nur jenes Land, das sich zunehmend enger Zusammenarbeit mit mächtigen Wirtschafts- und Finanzgruppen der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten „Wachstumsindustrien" erfreut, es ist vor allem auch das Land mit den nach Kanada größten Uranvorkommen in der Welt (Kanada über 400 000 t U 308, Südafrika über 380 000 t U 308, die USA über 220 000 t U 308 in abbauwürdigen Lagern.) [4]) Die Südafrikanische Republik könnte daher also als bedeutender Lieferant von Kernbrennstoffen in ihrer Eigenschaft als Nichtunterzeichner des Sperrvertrags für eine ebenfalls dem Abkommen fernbleibende Bundesrepublik sehr interessant werden — falls sie dies nicht insgeheim schon längst geworden sein sollte. Es wäre höchst interessant und nicht nur für die deutsche Öffentlichkeit, sondern für die Sicherheitsinteressen aller Länder von elementarem Belang, zu erfahren, ob und in welchem Umfang entsprechende Vereinbarungen zwischen der Südafrikanischen Regierung und der Regierung in Bonn etwa bereits getroffen oder beabsichtigt sind und was sie, sollte es sie geben, im einzelnen besagen.

Die Möglichkeit solcher bilateraler Absprachen oder zumindest entsprechender Überlegungen in Betracht zu ziehen, liegt deshalb nahe, weil die von Strauß und seinen Freunden so oft beschworene „europäische Option", nach der ein ver-

---

[3]) „Die Zeit" vom 24. 2. 1967.
[4]) Vgl. Uranlagerstätten, in: „Wehrkunde", Heft 11/1965.

eintes Westeuropa zum Träger einer Atomstreitmacht werden soll, ja bekanntermaßen ihrer ersten und schlechterdings unerläßlichen Voraussetzung entbehrt, nämlich der Zustimmung Frankreichs. Die Möglichkeiten sind hier in den vergangenen Jahren gründlich sondiert worden. Als Resultat erhärtete sich, daß de Gaulle ungeachtet seiner bis dato ablehnenden Haltung zum Sperrvertrag unter keinen Umständen bereit ist, die Bundesrepublik in den Status einer Atommacht zu erheben. Nicht zuletzt gründet sich das gute Verhältnis zwischen Paris und Moskau auf seine feste Haltung in dieser Frage, die von den erkennbaren Nachfolgern des Generals mit Sicherheit übernommen würde. So bleibt also eigentlich — soll nicht alles Drängen der Strauß-Adenauer-Gruppe auf eine „europäische Option" und aller Widerstand gegen den Atomsperrvertrag ein Aufwand ohne rationalen Kern, ein Wirbel ohne realen Plan im Hinterhalt sein — nur die Denkmöglichkeit, daß eine bestimmte Gruppe innerhalb der derzeitigen Bundesregierung die Möglichkeit offenhalten will, über die Zusammenarbeit mit anderen Ländern jenen atomaren Status zu erlangen, zu dem ihr Frankreich aus wohlüberlegten Gründen niemals verhelfen wird. Ohne den förmlichen Produktionsverzicht zu verletzen, könnten beispielsweise auf Veranlassung der Bundesregierung in Südafrika Atomwaffen hergestellt und dann von Bonn angekauft werden. Eine solche Art von „Koproduktion" ließe sich entweder in der Form vorstellen, daß Bonn der Südafrikanischen Republik die zur Produktion notwendigen Atomreaktoren und sonstigen industriellen Ausrüstungen liefert oder ihr die entsprechenden finanziellen Mittel zum Aufbau einer Atomindustrie zukommen läßt.

Unter solchen Aspekten gewönne dann auch die in letzter Zeit zu beobachtende diplomatische Werbeoffensive der Bundesregierung gegenüber Spanien und Portugal einen sehr viel höheren Stellenwert. Es zeichnete sich dann nämlich in den Konturen eine europäische Allianz mehrerer atomar ambitionierter Staaten ab, die alle gute Beziehungen zu Südafrika unterhalten, zum Teil selbst über Uranvorkommen verfügen (Spanien) und gemeinsam darangehen könnten, die Absichten des Atomsperrvertrages zu unterlaufen. Unbestreitbar bemüht sich die Bundesregierung seit geraumer Zeit um eine engere militärstrategische Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal. In Portugal unterhält die Bundeswehr Stützpunkte für ihre Jagdbomber. Die Absicht, Spanien eng in die Logistik der Bundeswehr einzubeziehen und ihm eine Rolle als strategisches Hinterland zuzuweisen, ist eine alte Lieblingsidee des früheren Bundesverteidigungsministers Strauß und hat bereits einmal zu weltweitem Aufsehen geführt, als diese Pläne allzu stürmisch verwirklicht werden sollten. Im gutinformierten „Rheinischen Merkur" vom 24. Februar 1967 findet sich in einem Artikel unter der Überschrift „Eckpfeiler Spanien" die Empfehlung, Bonn möge „vor allem wegen der sowjetisch-amerikanischen Absichten zur Monopolisierung der Atomentwicklung" zu einer strategischen Zusammenarbeit mit Franco-Spanien finden. Der Autor P. W. Wenger vergißt nicht, auf die Vorzüge einer energiepolitischen Zusammenarbeit mit Madrid hinzuweisen, „die im Hinblick auf die spanischen Uranvorkommen immer mehr europäisches Interesse" gewinne. Zusammen mit Portugal würde durch engere Kooperation auf militärischem Gebiet „eine tragfähige Raumtiefe für den Aufbau eines kräftigeren Europa entstehen".

Das Beharren auf der „europäischen Option" — die gemessen an der unnahbaren Haltung de Gaulles keinen Reim ergibt — bekommt, so gesehen, also plötzlich reale, allerdings außerordentlich brisante Deutungsmöglichkeiten. Wir meinen, Theo Sommer hat völlig recht, wenn er die Bundesregierung auffordert, hier

klare Verhältnisse zu schaffen und verbindlich zu erklären, daß sie auch eine Kernwaffenproduktion „auf fremdem Boden" und einen etwaigen späteren Erwerb der Sprengsätze nicht plane. Vor allem wäre es zu begrüßen, wenn die gegenwärtig in Genf versammelte Abrüstungskonferenz der 18 Staaten auf eine unmißverständliche Stellungnahme der Bundesregierung dringt, also auf eine Auskunft darüber, ob irgendwelche Verabredungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik einerseits, der Südafrikanischen Republik, Spanien oder Portugal andererseits bestehen oder beabsichtigt sind.

Die Beschäftigung mit der Materie des Sperrvertrags erweist die Kompliziertheit der damit zusammenhängenden Probleme. Es liegt in der Natur und in der Technologie des Umgangs mit spaltbarem Material, daß unter dem Mantel friedlicher Nutzung sehr leicht militärischer Mißbrauch getrieben werden kann. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle, einer Kontrolle allerdings, die nicht hemmend in den zivilen Bereich eingreifen darf. Die Wiener Atombehörde, ein internationaler Stab hervorragender Fachleute auf dem Gebiet der Kernenergie, hat in dieser Kontrolltätigkeit jahrelange Erfahrungen. Eine Überwachung durch diese Institution ohne stichhaltige Begründung abzulehnen, hieße sich dem Prinzip der internationalen Kontrolle bei Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung generell widersetzen zu wollen. Die Bundesregierung hat sich auf diese Linie begeben, was — wenn man ihrer Propaganda Glauben schenkt — bislang immer das Privileg der östlichen Staaten war. Sie hat die kleineuropäische Atombehörde Euratom als Ersatz vorgeschlagen, was ihr vor allem in den USA und in Großbritannien als Versuch, eine Selbstkontrolle in den Vertrag einschmuggeln zu wollen, angekreidet worden ist. Es gibt für Bonn jetzt keine sachlichen Argumente mehr, sich der Aufsicht durch die IAEO zu entziehen, wenn die Bundesrepublik sich tatsächlich nur auf die friedliche Nutzung der Kernenergie beschränken will.

Die Bundesrepublik steht heute vor einer eminent wichtigen Entscheidung. Der Atomsperrvertrag kann im Rahmen der internationalen Abrüstungsschritte nur ein Auftakt sein. Aber alle weiteren Schritte, auf die sich hoffen läßt, also etwa die Einstellung der unterirdischen Tests und die Beendung der atomaren Rüstung überhaupt, bedingen zunächst den Abschluß dieses Nichtweitergabevertrages. Wer sich ihm entgegenstellt, blockiert alle internationalen Abrüstungschancen. Die Verweigerung der Unterschrift unter den Sperrvertrag würde die Bundesrepublik endgültig aus der Reihe der Nationen ausschließen, die — entsprechend dem Auftrag der Vereinten Nationen — „das Entstehen weiterer Nuklearmächte und damit ein unkontrolliertes nukleares Wettrüsten" verhindern wollen. Die politischen Konsequenzen einer solchen Weigerung für die Bundesrepublik wären katastrophal. Eine Entscheidung von dieser Tragweite fordert die intensive Einflußnahme der Öffentlichkeit auf die Beschlüsse der Regierung.

Johannes Weidenheim

Wehners „gesamtdeutscher" Wirbel

I

Kein Zweifel, das schwierige, undankbare, fragwürdige Amt eines Bonner Ministers „für gesamtdeutsche Fragen" ist seit seinem Bestehen noch nie von einem so markanten Mann ausgeübt worden wie seit der Bildung der Großen Koalition. Schwierig, weil der von diesem Ressort zu verwaltende politische und faktische Gehalt — also das „Gesamtdeutsche" — mit der Zeit immer geringer geworden ist; und aus dem gleichen Grunde auch undankbar und fragwürdig.

Aber Herbert Wehner ist genau der Mann, dem das nichts ausmacht. Während alle Welt beobachten kann, daß das deutsche Schisma unserer Zeit — nicht das erste in der Geschichte — sich von Tag zu Tag weiter verfestigt und zunehmend staatlich institutionalisiert (und der weitaus überwiegende Teil der Welt beobachtet das mit Erleichterung), bringt die Bundesregierung in Gestalt Herbert Wehners noch einmal einen Mann ins Spiel, der alle seine eindrucksvollen Eigenschaften — Temperament, Eloquenz, eine für deutsche Verhältnisse fast unwahrscheinliche politische Abgebrühtheit und Routine — aufbietet, um der Welt das Gegenteil zu beweisen: Der einzige Nachfolgestaat auf europäischem Boden, den der Zweite Weltkrieg im Gefolge hatte, die Deutsche Demokratische Republik, ist und bleibt für ihn „der sowjetisch besetzte Teil", nichts weiter. Und er läßt niemanden darüber im Zweifel, daß er seine nervöse Dynamik als die überlegene Standhaftigkeit des von banalen Augenscheinlichkeiten nicht zu erschütternden Visionärs verstanden wissen möchte: „Ich habe nie zu denen gehört", ruft er im Bundestag seinem Amtsvorgänger Mende zu, „der wie Sie und andere im letzten Jahre plötzlich nervös geworden sind angesichts eines — wie Sie es immer gesagt haben — dort (in der DDR) wachsenden Staatsbewußtseins und Staatsgefühls. Ich habe das immer anders gesehen, und ich denke nicht daran, mich in solche Philosophien hineinjagen und mich irritieren zu lassen."

Hier meldet sich auch schon der Anspruch auf das an, was im politischen Leben dem Visionären erst die ergänzende, abrundende Fülle gibt: auf Realismus. Herbert Wehner, dem man persönlichen Ehrgeiz vom Gesicht ablesen kann, investiert einen erheblichen Teil seiner Energien in die Anstrengung, der Öffentlichkeit als Realpolitiker, als ideologiefreier Entspannungspragmatiker zu erscheinen, zu welchem Zwecke er Beredsamkeit, Hartnäckigkeit, Überredungs- und Polemisierkunst in exzeptionellem Ausmaß ins Treffen zu führen weiß — alles dazu angetan, den Bürger empfinden zu lassen: Einen solchen „Gesamtdeutschen" hatten wir noch nicht. Bei dem kommen auch Anspruchsvollere auf ihre Kosten: er ist einer der ganz wenigen Politiker bei uns, die es sich leisten können, sich wann und wo immer in das Abenteuer eines deutschen Schachtelsatzes zu stürzen; er findet immer heraus, mag die Passage noch so lang und noch so verschlungen sein.

Ein Mann, dem solche Geistesgaben innewohnen, mußte folgerichtig in Widerspruch zur Monotonie der Bonner „gesamtdeutschen" Gebetsmühle geraten. Ihm

konnte nichts einfach nur deshalb heilig bleiben, weil es von anderen tausendmal wiederholt worden war; zum Beispiel der permanente Kehrreim von der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit". Herbert Wehner macht da nicht mit. Mögen andere bis in alle Ewigkeit festhalten an der Forderung „Alles oder nichts" (die in Wahrheit als „Alles oder alles" gemeint war) — er sucht nach neuen Wegen. Hat er doch gesehen, was die Union mit ihrem „Alles oder nichts" geerntet hat: Nichts. Er aber will etwas ernten, er will die Wiedervereinigung wirklich, mit all seiner Leidenschaft, und er weiß, daß neue Wege beschritten werden müssen.

Das ist der Herbert Wehner, der als Mitglied der Bundesregierung mühelos zugibt: „Bisher sind alle Pläne zur Wiedervereinigung an unerfüllbaren Maximalforderungen gescheitert..." Der uns daran erinnert, daß „die Lösung der nationalen Frage nur auf dem Wege eines Kompromisses angestrebt werden" kann. Der dem Grauen Plan zum Trotz verkündet: „Die gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik soll für den anderen Teil Deutschlands nicht als verbindlich erklärt werden..." Der sich nicht fürchtet, mit einem SED-Mann verwechselt zu werden, wenn er die These publiziert: „Es ist ausschließlich Aufgabe der mitteldeutschen Bevölkerung selbst, ihre gesellschaftliche Entwicklung zu bestimmen und darüber zu entscheiden, ob überhaupt, in welchem Umfang und auf welchen Sektoren die Bundesrepublik als Modell dienen kann..." Der auch die atmosphärische Seite der nationalen Schwierigkeiten nicht übersieht: „Die Deutschen können nur auf Änderung hoffen, wenn sie begreifen, daß sie anderen sympathischer werden müssen..." Der die Koexistenzthese auch auf das gespaltene Deutschland anzuwenden weiß: „Solange dieses Volk keinen Friedensvertrag hat, muß auf deutschem Boden miteinander ausgekommen werden... Dabei wollen wir den anderen Teil weder antasten noch schlucken..." Der die Bildung einer gesamtdeutschen Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt und der „mit großem Nachdruck" unterstreicht, „das Angebot der Bundesregierung, Gewaltverzichtserklärungen vertraglich zu hinterlegen, gelte auch für die Sowjetzone" (so jedenfalls laut „Welt" vom 20. II. 67).

Das alles muß ja Erleichterung auslösen in einem Land, dessen Zeitungsleser schon bis zur Hoffnungslosigkeit vergiftet zu sein scheinen mit dem Bazillus der wahllosen Verteufelung all jener Personen und Kräfte in der „SBZ", die schließlich im Falle einer Annäherung, geschweige denn Wiedervereinigung auch etwas mitzureden haben würden.

„Ost-Berlin sollte wirklich die Ohren spitzen, anstatt immer nur zu schimpfen", rät die honorige „Frankfurter Rundschau" in einem redaktionellen Kommentar; denn falls Wehners Aussage von der Erweiterung der „Gewaltverzichtserklärungen" auch auf die DDR der offiziellen Haltung der Bundesregierung entspreche („was wir hoffen"), so bedeute das „mehr als (nur) eine Nuance der Deutschlandpolitik".

II

Das ist es in der Tat, worauf es vor allem anderen ankommt: das ‚Mehr als nur eine Nuance'. Niemand sollte das besser wissen dürfen als Herbert Wehner — der als „gesamtdeutscher" Bundesminister innerhalb weniger Wochen mehr Betriebsamkeit entwickelt hat als seine Vorgänger in Monaten oder gar Jahren (als erster seines Ressorts sogar auch schon auf ausländischem Boden), und der

doch erleben muß, daß ausgerechnet ihm, dem „Progressiven", der steifste Wind von jenseits der Elbe entgegenbläst. Zu Lemmers und Mendes Zeiten hat es immerhin noch auf dem Papier eine gemeinsame „deutsche" Staatsbürgerschaft gegeben; seit Wehner dran ist, gibt es nun also auch das nicht mehr. Vor Wehner macht die SED die Luken völlig dicht. Zu Lemmers und Mendes Zeiten war die Vokabel „gesamtdeutsch" auch in der DDR, obschon mehr und mehr selektiert, noch durchaus im Schwange (schließlich war vormals die Devise „Deutsche an einen Tisch!" ohnehin aus der DDR gekommen, z. B. von Johannes R. Becher); jetzt, wo Herbert Wehner dran ist, soll damit auf allen Gebieten und radikal Schluß gemacht werden. Zu Lemmers und Mendes Zeiten konnte der Bundesbürger, sofern er seinen Personalausweis bei sich hatte, ungehindert nach West-Berlin reisen; jetzt, wo Herbert Wehner dran ist, droht die Einführung eines DDR-Transitvisums . . .

Tragisch: der „Fortschrittliche", der „Linke" muß von der etablierten Linken in wenigen Wochen mehr Schläge einstecken als seine vollkonservativen und halbkonservativen Vorgänger in Monaten und Jahren.

Natürlich kann man das nicht außerhalb des Gesamtzusammenhangs sehen: Die Bildung der Großen Koalition hat nicht nur alle vorwärtsgewandten Kräfte in der Bundesrepublik hart enttäuscht, sondern vor allem auch in der DDR weithin die letzte Hoffnung auf einen Akkord zwischen hüben und drüben verschüttet. Ferner sind durch Bonns erste Punktgewinne in Bukarest automatisch sämtliche Alarmanlagen in „Pankow" ausgelöst worden, und es ist nur logisch, daß die Regierung der DDR sich gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt herausgefordert sieht, unter Beweis zu stellen, daß auch sie noch etwas zuzulegen hat. (Immer schon, von ihrem Gründungsakt angefangen, hat sie sich Bonn gegenüber auf die Re-Aktion beschränkt, — auf das Abwarten, auf die Rolle des Schachpartners mit den schwarzen Steinen. Jeder der von ihr geschaffenen vollendeten Tatsachen war irgendeine vollendete Tatsache in der Bundesrepublik vorausgegangen.)

Für alles das ist nicht Herbert Wehner allein verantwortlich zu machen; aber er ist sehr stark mitverantwortlich, und zwar nicht erst seit seinem von ihm jahrelang methodisch angestrebten Eintritt in das Bundeskabinett. Und speziell der DDR gegenüber bildet er zur Zeit schlechthin die Spitze; nichts anderes war sein Ziel. Er hat erreicht, was er wollte: Prokura für die „Abrechnung" mit den deutschen Kommunisten, denen er es nicht vergessen und nicht verzeihen kann, daß sie in ihrem Machtbereich die deutschen Sozialdemokraten zur Fusion mit ihnen überreden konnten, — zu einem Zeitpunkt, als er selber inzwischen vom Kommunismus zur Sozialdemokratie konvertiert war.

Denn auch alle seine für Bonner Verhältnisse zuweilen provokativen, unkonventionellen, wenn man will: revolutionären Auslassungen können die notdürftig verhüllte Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er, der „Fortschrittliche", der „Linke", genau so wenig daran denkt, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu akzeptieren, wie der konservative Konrad Adenauer, der reaktionäre Baron Guttenberg, der multilateral-chauvinistische Franz Josef Strauß, der zwischen braun, schwarz und deutschem Spätidealismus gebürtige Kurt Georg Kiesinger, der klerikal-machiavellistische Rainer Barzel, und wie sie alle heißen mögen. Mit einem Unterschied: Zu Adenauers und Erhards Zeiten hat man aus der Forderung, die DDR müsse wieder verschwinden, noch kein Hehl gemacht; zu Kiesingers und Wehners Zeiten macht man daraus ein Hehl. Der Faden der Bonner Ost-Politik (und das war von Anfang an vor allem Bonner DDR-Politik) spulte

sich früher ab unter der Parole ‚Nein — aber . . .', heute lautet die Parole ‚Ja — aber . . .' Bonn ist des ewigen Neinsagens überdrüssig geworden, nicht zuletzt durch Herbert Wehners Therapie; heute sagt Bonn Ja. Nur: das Aber ist geblieben. Ja, wir sind zu vielem bereit — aber nicht zur Anerkennung der DDR. Wir sind bereit, die Hallstein-Doktrin zu desavouieren — aber es müssen im Osten Verhältnisse einziehen, die die DDR so peu à peu isolieren, in der Luft hängen lassen und bereitmachen für eine ungestörte „Behandlung" durch die Bundesrepublik. Das Aber tritt in vielen Variationen auf; nie fehlt es, und nie ist damit etwas anderes gemeint als die DDR, wenigstens primär nicht; sekundär natürlich auch die Oder-Neiße-Grenze.

Da Herbert Wehner unter anderem auch ein mitteilsamer Sachse ist, fällt es heute nicht mehr schwer, alles mit Wehner zu belegen. Oder auch zu widerlegen: am leichtesten ihn selber.

Manche seiner Äußerungen erwecken den Eindruck, als wolle er sich zum Vorreiter all jener aus dem Lager rechter Sozialdemokraten bis liberal Bürgerlicher aufschwingen, die sich in unseren Tagen mühsam, aber allmählich eben dennoch zur Anerkennung des Status quo durchzuringen beginnen, — und wenn aus keinem anderen Grunde, so aus der ihnen dämmernden Einsicht, daß der Status quo die Deutschen auf die Dauer unbedingt billiger zu stehen kommen würde als ihre Irredenta gegen ihn, muß diese doch über kurz oder lang unbedingt zu einer Kollision führen. Nun — Wehner meint es nicht so. Man kann es ihm zumindest auf keinen Fall glauben. Schon dieses eine Wort wiegt alle seine gegenteiligen Beteuerungen auf:

„Sie (die Bundesrepublik) ist nicht ein Staat auf einer Insel und auch nicht ein Staat, der sich selbst genügt . . ."

Derart lapidar-programmatisch drückt auch der gewiegteste Taktiker sich nur aus, wenn er's wirklich so meint. Die Bundesrepublik Deutschland, die sich als Nachfolgerin des Deutschen Reiches betrachtet, ist ein Staat, der sich selbst nicht genügt, der an sich selbst nicht genug hat . . . Wie soll ein normaler Mensch das anders verstehen denn als Parole im Geiste von „Volk ohne Raum" — als Vorausverkündung einer von langer Hand vorbereiteten abermaligen Expansion über die Grenzen hinweg? Das sagt nicht Wehner allein. Strauß und Konsorten sagen das sowieso; aber auch Wehner sagt es, der „Fortschrittliche", der „Linke" . . .

Und er untermauert es: „Wer das Bestreben, soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten, eine Illusion nennt, der mag das tun . . . Aber den Menschen zuzumuten, sie sollten das, was mit ihnen geschehen ist, einfach hinnehmen und nicht nur hinnehmen, sondern sogar noch rechtfertigen helfen: das geht über menschliches Vermögen hinaus . . ."

Auch Herbert Wehner, der „Fortschrittliche", der „Linke", übersieht völlig (aus Fahrlässigkeit, aus Böswilligkeit?), daß es eines der Grundmotive der Anhänger des Status quo in der Bundesrepublik ist, „soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten", nämlich alles das, was der von Deutschland angezettelte und von Deutschland „mit Mann und Roß und Wagen" verlorene Zweite Weltkrieg ihnen noch gelassen hat: den immer noch recht auskömmlichen Lebensraum zwischen Rhein und Oder. Daß dieser in zwei Staaten aufgeteilt ist, muß man beklagen, doch sollte jedem Deutschen, der ein anständiger Mensch genannt zu werden wünscht, die aus der neueren Geschichte heraus gewiß nicht abwegige

Überlegung wenigstens ein bißchen voranhelfen, daß unser Volk nach allem, was in seinem Namen an Verbrechen verübt wurde, noch verhältnismäßig sehr glimpflich davongekommen ist, jedenfalls besser, als etwa die Polen davongekommen wären, wenn das Deutsche Reich seinen Krieg gewonnen hätte: denn dann gäbe es heute auf polnischem Boden nicht ebenfalls zwei Staaten, wie es sie auf deutschem gibt, auch nicht drei oder ein Dutzend, sondern mit Sicherheit überhaupt keinen mehr; jedenfalls keinen polnischen.

Herbert Wehner, dem „Fortschrittlichen", dem „Linken", scheint eine solche — zugegeben: eher moralische als politische — Überlegung völlig fern zu liegen. Hat er doch erwiesenermaßen längst vor der Rechten kapituliert. Was ist es anderes als Kapitulation vor der Rechten, wenn er klipp und klar erklärt, man könne „den Menschen" (also den Deutschen) eine Hinnahme der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges einfach nicht zumuten? Oder wenn er sagt, die „Erfüllung der kommunistischen Forderungen ... würde wahrscheinlich schlimme Folgen haben für die seelische Verfassung, für die moralische Verfassung der Menschen in Deutschland" (und demnach logischerweise nur die Beseitigung des Status quo, also ein dritter deutscher Krieg innerhalb eines Jahrhunderts, die seelische, die moralische Verfassung der Deutschen vor schlimmen Folgen bewahren könnte)? Oder wenn er sagt, „daß die Spaltung das Haupthindernis für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion bleibt und daß ihr Fortbestehen als innerpolitische Reaktion sogar die Gefahr einer Wiederbelebung des deutschen Nationalismus heraufbeschwört, wie die Wahlen in Hessen und Bayern bewiesen haben" (und demnach also nicht die bundesrepublikanischen Einpeitscher des Antikommunismus von Adenauer über Strauß bis Wehner für das Hochkommen der NPD verantwortlich zu machen seien, sondern die Kommunisten außerhalb der Landesgrenzen, — analog der bei uns von allen alten und neuen Nazis allen Ernstes kolportierten Version, am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges seien die Polen schuld gewesen: Sie hätten ja nur Hitlers Forderungen zu akzeptieren brauchen ...)? Oder wenn er sagt: „Wer nicht sehen will, daß es eine besondere Situation ist, wenn die Menschen gleicher Zunge zum Teil unter kommunistischem Regime leben, der tut mir leid" (und also demnach logischerweise „deutsch sein" und „kommunistisch sein" einander ausschließen, während „deutsch sein" und „kapitalistisch sein" zueinander gehören wie Topf und Deckel)? Oder wenn er sagt, die Nationalstaatlichkeit sei nicht „der höchste aller Werte ... aber in der Welt, in der wir leben, denke ich, haben wir Grund und Recht, den deutschen Staat als Nationalstaat wiederherstellen zu wollen" (und also demnach logischerweise die, natürlich zeitgemäß modifizierte, Wiederbelebung des Grundgedankens „Ein Volk, ein Reich — etc." Vorrang vor allen Fragen der Friedenserhaltung und der gesellschaftlichen Entwicklung haben müßte)?

Man kann Wehner mit Wehner vergleichen, so lange man will: per Saldo bleibt immer ein derartiger Überhang nach rechts, daß man sich wundert, wieso die „National- und Soldatenzeitung" ihn immer noch nicht goutiert. Vielleicht fühlt er sich nach wie vor verkannt. Vielleicht ist es ihm aber auch ganz recht so: als Alibi.

III

Herbert Wehner hält sich manches auf seinen Realismus und darauf zugute, daß er sich nicht in „Philosophien hineinjagen" läßt.

Sieht man näher hin, so entdeckt man an dem vehementen „gesamtdeutschen" Programm, das er sich gegeben hat, bis heute ein einziges „realistisches" Element: seinen Vorschlag einer „deutschen Wirtschaftsgemeinschaft". Aber kann so etwas aufrichtig gemeint sein, so lange es mit dem Bonner „Alleinvertretungsanspruch" Hand in Hand geht? Die DDR hatte (und hat nach wie vor) Anspruch auf hohe Ausgleichszahlungen aus der Bundesrepublik — wenn für nichts anderes, dann für die von ihr aufgebrachten enormen, wahrhaft gesamtdeutschen Reparationsleistungen nach dem Kriege. Warum gewährt man sie ihr nicht? Kann man glauben, Wehners Vorschlag einer „Wirtschaftsgemeinschaft" könne plötzlich weniger deklamatorisch und weniger listig gemeint sein als früher, wenn er zusammenfällt mit der ebenso wohlklingenden ‚auch auf die Sowjetzone erweiterten Gewaltverzichtserklärung' — die bei der Regierung der DDR endlich zu hinterlegen, in Bonn doch kein Mensch gedenkt! Gesetzt aber einmal, er sei nunmehr ganz ohne Hintergedanken gemeint: dann käme er weitgehend zu spät. Nicht zuletzt war es ja gerade die konstante westdeutsche Verweigerung, die die Wirtschaft der DDR in den zurückliegenden Jahren immer nachhaltiger nach Osten sich orientieren ließ. Die Bürger der DDR haben inzwischen längst entdeckt, daß auch anderswo Brot gebacken wird, nicht nur in der reichen Bundesrepublik. Das fatale deutsche Verspätungsmoment, tiefster Grund für alles Unglück und allen Unfug in unserer Geschichte: es wird auch hier sichtbar (immer vorausgesetzt, das mit der „Wirtschaftsgemeinschaft" sei jetzt plötzlich auch so gemeint, wie es gesagt ist), und nicht einmal ein Kopf wie Herbert Wehner konnte damit fertig werden.

Das ist auch kein Wunder: auch Herbert Wehner sieht die deutsche Wirklichkeit nicht, wie sie ist, sondern nur so, wie er sie sehen möchte. Somit unterscheidet er sich in der wichtigsten Prämisse in nichts von seinen Vorgängern. Er sieht nicht — oder gibt nicht zu —, daß sich auf deutschem Boden in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten zwei völlig verschiedene, einander diametral entgegengesetzte Wirtschafts-, Gesellschafts-, ja Lebensauffassungen entwickelt haben, von denen jede für sich schon heute eine solche Priorität beansprucht, daß demgegenüber Fragen der gemeinsamen Geschichte, Sprache, Kultur sehr wohl in das zweite Glied zurückgedrängt werden können. Insofern ist es eben tatsächlich ein „Klassenkampf", was sich über die deutsch-deutsche Grenze hinweg abspielt. Wehner indessen bestreitet ganz schlicht „die kommunistische Forderung, daß die Bundesrepublik und die DDR einen Klassenkampf gegeneinander zu führen hätten"; nach seiner Auffassung „handelt es sich bei diesem angeblichen Klassenkampf lediglich um einen Machtkampf der Ulbrichtgruppe, für den Deutsche aus Ost und West eingespannt werden sollen . . ." Entgegen der von einer zunehmenden Anzahl fairer nichtkommunistischer Beobachter aus westlichen Ländern schon mehrfach erhärteten Beobachtung, daß sich unter der Bevölkerung der DDR in der Tat ein, wie Erich Mende es nannte, „Staatsbewußtsein" breitmache und die Loyalität gegenüber der sozialistischen Führungsmacht schon breiteste Schichten erfaßt habe, reduziert Wehner das Phänomen auf die „Ulbrichtgruppe" und deren „Machtkampf" —: Je kleiner man einen Feind an die Wand projiziert, umso leichter kann man unter den eigenen Mitläufern das Gelüst auf Abrechnung aufrechterhalten. Kann Wehner sich wundern, daß man dabei an jene katastrophale Kriegspropaganda erinnert wird, die den biederen Deutschen Mut zusprach mit der Behauptung, „der bolschewistische Koloß" stehe „auf tönernen Füßen" und werde beim ersten Stoß von außen zusammenbrechen?

Wehners Täuschung — und Selbsttäuschung — kulminiert in dem Orakelspruch: „Gegenüber der Notwendigkeit, das freiheitliche Zusammenleben der Deutschen

wiederherzustellen, erscheint mir die Verschiedenheit der beiden gesellschaftlichen Systeme von zweitrangiger Bedeutung . . ." Erstens gibt es in bezug auf die Wiedervereinigung überhaupt keine „Notwendigkeit", zweitens ist ja gerade „die Verschiedenheit der beiden gesellschaftlichen Systeme" das Hindernis, um das es geht! Das gleiche System in beiden Teilstaaten — und sie würden ihre Kopulation über Nacht vollziehen.

Am Beispiel Herbert Wehners läßt sich besonders plastisch demonstrieren, daß selbst unsere überlegensten Politiker so etwas wie den Drehwurm in den Kopf bekommen, sobald es um die DDR geht. Wer auch immer bis dorthin sachlich, logisch, stichhaltig, souverän, beherrscht hat bleiben können, — von hier an kann er's plötzlich nicht mehr. Eine drastische, vor Augen stehende Tatsache nicht aus der Welt schaffen, aber auch nicht negieren zu können, — zu behaupten, es gebe sie gar nicht, und doch mit ihr dauernd im Clinch zu liegen: das muß ja geistige Störungen zur Folge haben.

Herbert Wehner hat es — wenigstens bis heute — nicht vermocht, sich von zwei aus der Nazizeit zurückgebliebenen westdeutschen Konstanten zu emanzipieren: vom Antikommunismus als Massenpsychose und von dem bis zur Hochstapelei elitären Postulat ‚Deutsch sein schließt kommunistisch sein aus'. Darum kann seine mit soviel Publizitätsaufwand inszenierte „neue gesamtdeutsche Politik" gar nicht neu sein. Sie kann sich nur neu geben. Und das tut sie allerdings.

Sie stellt keine Maximal- und keine Sofortforderung mehr, und sie kommt nicht auf dem Kothurn der „Ebenen" daher, auf denen man, genau in Bonn ausgetüftelt, mit denen da drüben reden könne, ohne sie anzuerkennen. Sie will pragmatisch vorgehen und homöopathisch. Sie will den Graben des Gegners nicht länger von rechts aufrollen, sondern von links aufweichen, Zug um Zug, nach den Regeln der Salami-Taktik, und kaschiert durch eine aufwändige Verunklarung der Absicht.

Aber wer könnte über diese auch nur einen Augenblick im unklaren bleiben, wenn er den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen verkünden hört: „Die Viermächteverantwortung wird von jeder Regierung der Bundesrepublik Deutschland immer wieder in Erinnerung gebracht werden müssen. Wir brauchen diese Viermächteverantwortung auch für die spätere Auseinandersetzung . . ." Mit dieser Auseinandersetzungs-Prophetie tritt Wehner ausgerechnet in die Fußstapfen Konrad Adenauers — der völlig gegen seinen Willen auf die Bildung und Konsolidierung der DDR gewirkt hat wie ein chemischer Entwickler auf einen belichteten, aber noch unentwickelten Film . . . Und was die in Bonn zum Fetisch erhobene „Viermächteverantwortung" betrifft: Zum Zwecke einer deutschen Wiedervereinigung wird sie, das dürfte hinreichend erwiesen sein, niemals aktiv werden, — aber vielleicht eines Tages in ganz anderer Hinsicht: als Reaktion auf die in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße herumgeisternde Drohung an die Welt: Wenn wir nicht rechts bekommen, was wir haben wollen, gehen wir nach ganz rechts — und notfalls immer noch weiter nach rechts, bis die Chause (wieder einmal) platzt . . . Noch hat Herbert Wehner sich diese Drohung nicht zu eigen gemacht; aber er hat sie auch nicht als das demaskiert, was sie in Wirklichkeit ist, sondern auch er benutzt sie als polemisches Mittel gegen den Osten — und Westen.

Und genau wie Konrad Adenauer weiß auch er besser als die Sowjetregierung selbst, was zu deren Nutz und Frommen wäre: „Ein im Einvernehmen mit der UdSSR wiedervereinigtes und auch mit ihr friedlich zusammenarbeitendes

Deutschland würde wirtschaftlich und politisch für Moskau von größerem Nutzen sein als das gegenwärtig gespaltene Deutschland, das einen ständigen Unruheherd im Herzen Europas darstellt" („darstellen w i l l", hätte er, was die Bundesregierung betrifft, der Wahrheit entsprechend hinzufügen müssen, denn man kann nicht den Status quo und alle, die ihn stützen, zum Erzfeind erklären und zugleich für die daraus automatisch resultierende Unruhe die anderen verantwortlich machen).

Herbert Wehner ist im Grundzug seiner „gesamtdeutschen" Politik bisher aber nicht nur nicht über seine Vorgänger hinausgekommen, sondern zum Teil sogar hinter diese zurückgegangen (trotz des von ihm stammenden Vorschlags, an einer einzuberufenden Viermächtekonferenz auch „die beiden deutschen Seiten" zu beteiligen, und zwar in Anlehnung an den Vorgang bei der Genfer Konferenz 1959, „den man modifizieren kann": dort hatten die Deutschen am „Katzentisch" gesessen — sollen sie jetzt an den „Gesindetisch" aufrücken?): Erich Mende hat es als „Gesamtdeutscher" immerhin schon mal mit der Parole versucht „Wandel durch Annäherung", Wehner scheint mehr vom Gegenteil zu halten: Annäherung durch Wandel. Natürlich Wandel der anderen . . .:

„Wenn in Mitteldeutschland das einträte, was die jugoslawische Situation kennzeichnet, also keine sowjetische Besatzung, Blockfreiheit und ähnliches, dann könnten wir mit ihnen reden, wie wir uns staatlich verständigen wollen . . ." So etwas kann man doch entweder nur buchstäblich oder überhaupt nicht verstehen. Buchstäblich verstanden, kann es nur bedeuten: Die Bundesrepublik bleibt „in NATO", wie das in Adenauer-Deutsch heißt, die DDR begibt sich der Stütze des Warschauer Paktes; alle auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten NATO-Truppen bleiben da, die auf dem Gebiet der DDR stationierten 20 Divisionen der Roten Armee ziehen ab; wenn dann die kleine Volksarmee der großen Bundeswehr plus NATO-Truppen allein gegenübersteht, „könnten wir" (die wir erklärtermaßen den Status quo für völlig unerträglich halten), „mit ihnen reden . . ." Was erwartet Herbert Wehner eigentlich von dem deutschen sozialistischen Staat, der sich unter allen sozialistischen Staaten immerhin schon den höchsten Lebensstandard erwirtschaftet hat? Daß er in dem Augenblick Selbstmord begehe, da er nach allen Qualen des Anfangs und aller Sturheit des Gehemmten soeben jene Selbstsicherheit an den Tag zu legen beginnt, die Voraussetzung zu jeder Generosität ist?

Was für das Zusammenleben von Menschen gilt, gilt auch für das Zusammenleben von Staaten: Wer mit einem anderen auskommen will, muß die Konditionen des anderen gelten lassen. Unser derzeitiger Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß er die Konditionen der DDR gelten lasse. Sonst hätte er nicht auf die Idee verfallen können, einen Katalog von „Rechten" zu publizieren, die nach seiner Auffassung der „mitteldeutschen Bevölkerung" von ihrer Regierung gewährt werden müßten. Darin ist einzelnes richtig — z. B. daß die Schriftsteller und Künstler von „einer Partei und dem Staat" nicht auf den „sozialistischen Realismus" verpflichtet werden dürften —, mit anderem rennt er offene Türen ein — z. B. wenn er für Handwerker und Kleingewerbetreibende in der DDR das Recht fordert, „einen selbständigen Einzelbetrieb zu führen", — das haben sie ja), mit wieder anderem überschlägt er sich nachgerade und verwechselt die Fronten: „Für die Arbeiterschaft . . . Mitbestimmung im Betrieb" (ein Bürger der Bundesrepublik, der Herbert Wehner ja ist, Sozialist obendrein, müßte das eigentlich zunächst einmal für die Arbeiterschaft in seinem eigenen Staat fordern), „für die Jugend . . . kostenlose Ausbil-

dung" (in der Bundesrepublik, wo sie das weitgehend wirklich nicht hat? Nicht doch — natürlich in der DDR, wo sie das längst hat) . . .

Hier fängt die Sache an Seriosität einzubüßen an. Das alles kann kaum noch Politik genannt werden (denn Politik bleibt die Kunst des Möglichen), das ist Wirbel. Forscht man nach den Motiven, die hinter Wehners „gesamtdeutschem" Wirbel stecken könnten, so gibt es nur eine Erklärung: Seine an die DDR-Regierung adressierten Appelle, Ratschläge, Einflüsterungen — die in der Verlängerung alle darauf hinauslaufen, mit der Wiederabschaffung des etablierten Sozialismus endlich irgendwo einen wenn auch noch so bescheidenen Anfang zu machen —, sind in Wirklichkeit (wenn auch vielleicht unbewußt) an jene Schichten in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern gerichtet, denen die ganze Richtung nicht paßt und die auf irgendeine Art eines Tages in mehr oder weniger organisierter Solidarität die erste Tür aus der ersten Angel heben könnten — mit dem Ziel, die „Machthaber in Ost-Berlin" von innen und dem verbündeten Ausland her, nun, sagen wir mal, in zunehmende Verlegenheit zu bringen. Und noch etwas ist da — das an die Zeiten des unseligen „Volkstumskampfes" erinnert: Der Stil, in dem von Bonn aus auf „die Menschen in der Zone" mit allen nur möglichen Mitteln eingewirkt wird, erinnert fatal an die Suggestionen, die einst vom „Reich" an die „Volksdeutschen" hinausgingen, — so lange, bis diese den Wunsch zu verspüren begannen, „heim in's Reich" zu wollen oder vom „Reich" „befreit" zu werden.

Durchaus möglich, daß in diesen Richtungen — und auch weiter hinauf noch, wo die wirtschaftlichen Interessen der ausnahmslos bis heute unsaturierten Oststaaten liegen — noch mancher Stich zu machen sein wird. Aber daß die gesamte Partie bei solcher Spielführung sollte gewonnen werden können, ist völlig ausgeschlossen. Ausnahmslos alle Regierungen auf diesem Kontinent, mit denen Bonn Kontakte hat oder aufzunehmen gedenkt (auch Franco, auch Salazar), gehen davon aus, daß der Status quo in Mitteleuropa am besten erhalten bleibt, — die einen sagen es deutlich, die anderen umschreiben es höflich, die dritten verschweigen es, die vierten behaupten das Gegenteil, — je nach Machtfülle und eigenem Interesse. Niemand will der Bundesrepublik Deutschland ans Fell; aber alle erwarten von ihr als Minimum an Wohlverhalten der Menschheit gegenüber, daß der drittstärkste Industriestaat der Erde „sich selbst genügt". Denn alle wissen: Die Aufkündigung des Status quo in Mitteleuropa — das ist die Abrufung eines Krieges, dessen Dimensionen von vornherein in nie gekanntem Ausmaß unberechenbar sein müßten.

Nur innerhalb der eisernen Gegebenheit des Status quo ist „gesamtdeutsche" Politik überhaupt noch praktikabel; außerhalb ihrer verflüchtigt sie sich zum Phantom. „Gesamtdeutsch" — das war schon vor Minister Wehners Zeit nicht mehr groß; seit er das schwierige, undankbare, fragwürdige Ressort übernommen hat, ist „gesamtdeutsch" jäh einer weiteren Schrumpfung verfallen. So weiter in dem Versuch, „die Menschen in der Zone" ausspielen zu wollen gegen das Werk ihrer eigenen Hirne und Hände — und dazu gehört für alle irgendwie Erheblichen auch dieser ihr neuer deutscher Staat —, und „gesamtdeutsch" wird bald das Zeitliche völlig gesegnet haben. Dann kann Herbert Wehner sich gratulieren — der Mann, der recht feierlich verkündet: „Ich möchte nicht, daß durch Deutsche die staatliche Spaltung Deutschlands signiert und besiegelt wird . . ." Dann wird man sich daran erinnern, daß gesagt worden ist, der 13. August 1961 sei für Bonns gesamtdeutsche Politik das „Stalingrad" gewesen, und man wird hinzufügen: Herbert Wehners „gesamtdeutscher" Wirbel war demnach die „Ardennen-Offensive" . . .

Karsten D. Voigt

Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland

Vorstellungswelt, Ursachen seines Erfolges, Konsequenzen

Reaktionen auf die Wahlerfolge der NPD

Nachdem die NPD am 28. 11. 1964 in Hannover als Union der nationalen Rechten gegründet wurde, hat sie im Laufe des letzten Jahres, beginnend mit den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, in wachsendem Maße Zulauf erhalten. Dieser Zulauf reichte aus, um ihr auf Anhieb Mandate in den Landtagen von Hessen und Bayern zu verschaffen. Man kann annehmen, daß sie ihre Reserven noch immer nicht voll ausgeschöpft hat, und rechnet für die kommenden Landtagswahlen mit einem erheblichen Stimmenzuwachs.

Die bisher betriebene Verharmlosung des rechtsradikalen Potentials in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist durch die Wahlerfolge der NPD ad absurdum geführt worden. Trotzdem scheint die Erkenntnis dieser Fehleinschätzung nicht zum Anlaß für eine grundsätzliche Revision der bisherigen Politik gegenüber dem Rechtsradikalismus benutzt zu werden. Wie kann man eine neue Politik aber auch von denen erwarten, die dem Rechtsradikalismus wie einem unberechenbaren und undurchschaubaren Naturereignis begegnen, dem in jeder Gesellschaft „einige unbelehrbare und zum Radikalismus neigende Wirrköpfe" zum Opfer fallen! Als ob Dänemark zum Beispiel nicht auch ohne Rechtsradikale im Parlament auskäme! Diejenigen CSU-Kreise gar, die man die Hoffnung aussprechen hörte, daß sich die „Gemäßigten" innerhalb der NPD durchsetzen möchten, auf daß diese Partei sich zu einer „normalen" nationalkonservativen Partei läutere, offenbaren ihre eigene rechtsradikale Prägung. Manche hingegen registrieren heute jeden Austritt aus der NPD als erste Symptome eines beginnenden Zerfalls der Partei aufgrund innerer Streitigkeiten und erinnern an das Schicksal früherer Splittergruppen. Wenn überhaupt, können aber erst Wahlniederlagen die divergierenden Kräfte innerhalb der NPD freisetzen: Im Zeichen des politischen Erfolges werden die Gegensätze übertüncht, weil der Parteiausschluß im allgemeinen zur politischen Bedeutungslosigkeit verdammt. Die bis in die Reihen der SPD hinein erhobene Forderung, dem extremen Nationalismus der Rechtsradikalen ein „gesundes Nationalbewußtsein" entgegenzusetzen, wird der NPD zwar keinen Abbruch tun, wohl aber das Klima verstärken, das der Rechtsradikalismus zu seinem Gedeihen benötigt. Einem besonders von den Gewerkschaften geforderten Antrag auf ein Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht kann zur Zeit nicht der Erfolg garantiert werden. Sollte ein Verbot doch erreicht werden können, so würde mit der NPD die zur Zeit wichtigste Organisation des Rechtsradikalismus zerschlagen, nicht aber der Rechtsradikalismus selber beseitigt werden.

Die Wahlerfolge des in der NPD organisierten Rechtsradikalismus sind zwar kurzfristig durch aktuelle politische Anlässe — wie z. B. die wirtschaftliche Kri-

senstimmung und das offensichtlich gewordene Scheitern der bisherigen Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik — veranlaßt worden, haben aber weit in die Vergangenheit zurückreichende Ursachen. Aus diesem Grunde berühren kurzfristige Maßnahmen auch nur den Anlaß für die Erfolge der NPD; die Wurzeln ihrer Erfolge, ihre politische Basis, kann nur durch langfristige politische Maßnahmen getroffen werden. Erst wenn wir dieses politische Fundament der NPD erschüttert haben — und um dieses zu erreichen, müssen wir die bisher versäumte Analyse der Ursachen des Rechtsradikalismus nachholen —, sind wir auch für die Zukunft gesichert vor ähnlichen politischen Gruppierungen, wie sie die NPD vertritt und wie sie vor ihr schon andere Parteien vertraten. Denn darum geht es: Nicht die NPD als Konkurrenzpartei wird gefürchtet, sondern die durch sie vertretenen politischen Vorstellungen, die zwar nicht mit denen der NSDAP identisch sind, aber doch in vielen Tönen an das Dritte Reich gemahnen. Man hüte sich deshalb auch davor, seinen Blick jetzt nur noch auf die NPD zu konzentrieren und darüber ganz zu vergessen, daß auch in anderen Parteien ähnliches politisches Gedankengut sich äußert, das bisher durch eine scheinbare politische Isolierung der NPD noch nicht voll zur Wirksamkeit gelangen konnte. Wie nahe die NPD tatsächlich einigen maßgebenden gesellschaftlichen Kräften steht, wird durch die kürzlich vom „Spiegel" enthüllten Kontakte zwischen dem Oetker-Konzern und der NPD deutlich. Ob es sich hierbei noch um einen Einzelfall handelt oder ob diese Kontakte eine zunehmende Tendenz innerhalb der Großindustrie entschleiern, muß dabei vorläufig noch im Dunkeln bleiben.

Rechtsradikalismus und Bundestagsparteien

Bei Ähnlichkeiten zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien denke man nicht nur an den sich „neu" gebenden, in Wirklichkeit aber nur wiedererwachten „alten" Nationalismus, wie er ja auch von den FDP-Bundestagsabgeordneten Ertl und Eisenmann proklamiert wird! Man beobachte auch die militärischen Töne in der „National- und Soldatenzeitung", die nicht nur der CSU wohlwollend verbunden ist, sondern deren Verlag auch von einem CSU-Funktionär geleitet wird. Auch die Kulturkritik des CDU-Bundestagsabgeordneten Süsterhenn und seine dabei verkündeten kleinbürgerlichen Moralvorstellungen unterscheiden sich nur unter der Lupe von denen der NPD, wie sie ihr hessischer Landesvorsitzender Faßbender in einem Spiegelinterview vertrat.

Was wir hier für den Nationalismus, den Militarismus, die Kulturkritik und die kleinbürgerliche Moralwelt der NPD festgestellt haben, gilt auch für ihre übrigen Auffassungen und Ziele: Sie alle werden wir auch in anderen Parteien wiederfinden können. Besonders gilt das für die konservativen Flügel der CDU/CSU und der FDP. Doch auch in der SPD und in den Gewerkschaften ist die Fremdenfeindlichkeit — man denke nur an die Haltung gegenüber den Gastarbeitern — und die Abneigung gegenüber Intellektuellen, die von Herbert Wehner mehrfach unqualifiziert angegriffen wurden, verbreitet. Die NPD bringt nichts grundsätzlich Neues in die politische Landschaft. Sie vereinigt aber alle die antidemokratischen Haltungen, die in anderen Parteien mehr oder weniger stark durchscheinen, nie aber für eine ganze Partei allen offensichtlich beherrschend wurden, zu einem zwar widersprüchlichen, aber eben doch wirksamen Programm. Aus diesem Grunde sind die Äußerungen der Politiker verschiedener Parteien zur NPD nicht nur interessant wegen der darin vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen, sondern auch wegen der dabei sichtbar werdenden Infektion durch das Gedankengut, welches die NPD dann nur konsequenter auf ihr Panier schreibt.

Ein Interview der Bundesminister bzw. ehemaligen Bundesminister Wehner (SPD), Heck (CDU), Strauß (CSU) und Mende (FDP) mit der Illustrierten „Stern" mag uns hierbei als Grundlage dienen. Durch die ausschnittsweise Wiedergabe des Interviews treten die Parallelen zur NPD deutlicher als im Interview selber hervor. Andererseits zeigt sich auch wieder die große Distanz zwischen den einzelnen Politikern. Bei der Mitgliederschaft der Parteien dürften die Übergänge fließender sein. Im folgenden werden immer einem sinngemäßen NPD-Schlagwort Bemerkungen zum gleichen Themenbereich im Interview gegenübergestellt:

1) NPD: Mehr gesundes Nationalbewußtsein!

Strauß: Ich führe den relativen Erfolg der NPD auf drei Gründe zurück: 1) auf eine verständliche nationale Reaktion gegen gewisse Erscheinungen und Agitationen der letzten Jahre, auch gegen die systematische Verketzerung des Begriffes national oder deutsch ...

Heck: ... Aber wir müssen alles tun, damit in Deutschland Demokratie und Nation nicht als gegeneinanderstehend und sich gegenseitig ausschließend empfunden und propagiert werden ...

Mende: Hinzu kommt, daß man gewisse selbstverständliche nationale Werte wie „Volk, Vaterland, Nation" systematisch herabsetzte.

Wehner: ... Wir haben eine nationale Politik betrieben, und wir haben den Begriff vom Vaterland mit dem Respekt behandelt, der ihm zukommt und der es uns verbietet, das Wort Vaterland als eine billige, gedankenlose Tagesparole bei jeder Gelegenheit im Munde zu führen.

2) NPD: Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung und den Geschichtslügen!

Strauß: Es ist wohl an der Zeit, einmal einen Schlußstrich zu ziehen ... Ich wende mich aber auch gegen eine einseitige Diffamierung, gegen dauerndes Sühnedeutschtum, gegen eine Darstellung, als ob die Deutschen allein Schuld auf sich geladen hätten.

Heck: Aber unsere nationale Not — ich meine damit nicht nur das geteilte Land, sondern auch die moralischen Belastungen, die auf diesem Lande liegen — darf nicht mißbraucht werden ...;

Mende: Es ist ... jahrelang der Fehler gemacht worden, die deutsche Geschichte als einzige Verbrechenschronik zu werten, statt in ausgewogener Darstellung Licht und Schatten zu zeigen.

Wehner: Allzuoft hat man Schuld und Reue routinemäßig zu Floskeln degradiert. Es ist dem Menschen nicht gegeben, dauernd in härenem Gewand herumzulaufen. Was Deutschland getan hat, gehört zu seiner Geschichte. Wir müssen es tragen — wenn auch nicht dauernd auf den Lippen.

3) NPD: Wir fordern die Aufhebung der zersetzenden Meinungsmonopole in Fernsehen, Funk und Film! Gegen den Intellektualismus!

Strauß: Der Ruf nach dem Staate führt sehr schnell zum Polizeistaat. Darum wäre es gut, wenn ein gesunder Instinkt derer, die für die Gestaltung unseres öffentlichen und besonders kulturellen Lebens verantwortlich sind, den heute zu verzeichnenden Übertreibungen, mißbräuchlichen Erscheinungen und Exzessen entgegenwirken würde.

Heck: Zur Demokratie gehören die gesellschaftlichen Außenseiter und die intellektuellen Minderheiten. Wenn es sie nicht gäbe, liefe die Demokratie Gefahr, der Mittelmäßigkeit anheimzufallen. Könnte aber diese wichtige Aufgabe der gesellschaftlichen Außenseiter und der intellektuellen Minderheiten nicht doch mit etwas mehr Gewissen für das Ganze wahrgenommen werden? Handhaben diese Gruppen ihre Freiheit nicht etwas zu großzügig?

Mende: Es ist — hauptsächlich in Presse, Funk, Film und Fernsehen — jahrelang der Fehler gemacht worden, die deutsche Geschichte als einzige Verbrechenschronik zu werten ... (Aber auch:) Unsere Gesetze genügen, um die Jugend vor Schmutz und Schund zu bewahren. Was uns fehlt, ist die in Frankreich und England selbstverständliche Toleranz im Ertragen auch anderer Geistes- und Geschmacksrichtungen auf allen Gebieten des Lebens.

Wehner: Es kann wohl sein, daß NPD-Redner sich da und dort einen billigen Applaus geholt haben auf Kosten von Erscheinungen, die sie und andere nicht verstehen oder auch einfach nicht mögen. Aber deswegen können wir doch nicht eine Geschmackszensur und Schlimmeres einführen, nur damit die NPD ein paar ihrer dummen Argumente weniger hat.

NPD-Redner könnten in unterschiedlichem Umfange alle vier Politiker als Kronzeugen ihrer Forderungen zitieren. In besonderem Maße gilt dies für Mende und Strauß: Mende hält die deutsche Geschichte für unausgewogen dargestellt, weil in ihr nicht genügend „Licht" und nur „Schatten" zu sehen seien. Die Schuld dafür trägt dann die Geschichtsschreibung und nicht die tatsächlich in der jüngsten deutschen Vergangenheit überwiegenden Verbrechen. Strauß wird noch einen Ton deutlicher, wenn er die Alleinschuld der Deutschen am Zweiten Weltkrieg in verklausulierter Form leugnet und diejenigen, die diese historisch unleugbare Tatsache weiterhin zur Kenntnis nehmen, als „Sühnedeutsche" oder Verleumder bezeichnet. Typisch für ihn und die in diesem Punkte gleich argumentierende NPD ist es, daß er die Forderung nach einem „Schlußstrich" unter die Vergangenheit selber dann sofort mit einer Aufforderung zur Korrektur unseres bisherigen Geschichtsbildes verbindet. Hecks Thesen sind nicht derart radikal. Er spricht von „moralischen Belastungen", die „nicht mißbraucht" werden dürften. Kennzeichnend für ihn, den katholischen Konservativen, ist die Betonung des Moralischen. Noch stärker als bei Mende tritt bei ihm die weitverbreitete Neigung zutage, Verbrechen nicht mit Namen und Urheber zu nennen, sondern stattdessen neblige Begriffe wie „moralische Belastungen" einzuführen. Für Strauß scheinen Ursache und Urheber des Dritten Reiches namentlich nicht mehr genannt und erkannt werden zu können, wenn er im gleichen Interview von „unheilvollen Verkettungen und Schuldverstrickungen" in der europäischen Geschichte spricht. Diese Sprache deutet auf fast magische, jenseitige Kräfte als Ursache des Zweiten Weltkrieges hin. Wenn aber geheimnisvolle, irrationale Gewalten uns in den Krieg führten, kann man natürlich die Urheber dafür nicht mehr mit wissenschaftlichen, rationalen Methoden bei bestimmten Personen und gesellschaftlichen Gruppen suchen. Aus diesem Grunde bevorzugt auch die NPD in ihren Geschichtsbetrachtungen diesen pseudomythischen Sprachgebrauch. Auch Herbert Wehners Sätze bieten trotz merkbar großer Distanz zu den drei übrigen interviewten Politikern Ansätze für die NPD, wenn er meint, daß wir die „Taten" Deutschlands nicht „dauernd auf den Lippen" tragen müssen. Das mag eine berechtigte Bemerkung sein, kann aber auch derart verstanden werden, daß die Aufklärung über das tatsächliche Geschehen in der Vergangenheit jetzt aufzuhören habe. Dies, obwohl diese Aufklärung doch gerade deshalb

jetzt Antireaktionen hervorruft, weil sie die Wirksamkeit einer zwölfjährigen nationalsozialistischen Propaganda zu „gefährden" beginnt.

Rechtsradikalismus als Defensivreaktion auf den Fortschritt

Der Begriff der „Gefährdung" kennzeichnet am besten den Zustand, in dem sich die Rechtsradikalen zu befinden meinen. Sie alle fühlen sich irgendwie bedroht. Die einen fürchten bei den modernen Filmen, Romanen und Theaterstücken für ihre überkommenen Moralvorstellungen, die anderen sehen in den Gammlern eine Gefahr für die Zucht und Ordnung ihrer Person und Familie. Die modernen Wissenschaften, besonders die Soziologie und Psychoanalyse, zeigen mit rationalen Methoden die Zeitbedingtheit und Umweltbedingtheit von Verhaltensweisen auf. Durch sie müssen sich deshalb diejenigen bedroht fühlen, die überkommene Verhaltensmuster bisher für natürlich, organisch und über alle Zeiten rettbar angesehen haben. Tugenden wie die Sparsamkeit, die in früheren Zeiten Grundlage der wirtschaftlichen Sicherheit und des Aufstiegs waren, verloren ihre Funktion. Trotzdem hält man an ihnen fest, weil man mit diesen Tugenden die Erinnerung an eine „bessere" Vergangenheit verbindet.

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Konzentration gefährden weite Kreise des Kleinbürgertums und des Mittelstandes, die sich dadurch vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht sehen. Unter dem Zeichen wirtschaftlicher Stagnation verschärft sich das Krisenbewußtsein und führt zur Anfälligkeit gegenüber rechtsradikaler Agitation, was noch nicht heißt, daß jede betroffene Person auch die NPD wählen muß. Handwerker, Einzelhändler und Bauern fühlen sich einerseits durch die großen Kapitalgesellschaften, die man früher in der Gestalt des Juden zu personifizieren pflegte, andererseits durch die organisierte Arbeiterschaft bedroht. Beiden gemeinsam ist der Geruch des Großstädtischen, welches personifiziert im Bankier, Gewerkschafter, Literaten, Gammler und Studenten entsprechend negativ beleumundet wird. Ihnen entgegengestellt wird die „heile" Welt der Vergangenheit, die auch heute noch bei den Rechtsradikalen ausgesprochen ländliche und kleinstädtische Züge trägt. Die Furcht vor der Großindustrie und den Warenhäusern verbindet sich mit einer Ablehnung der ausländischen, besonders der amerikanischen Firmen, die gerade in diesen Wirtschaftsbereichen Fuß gefaßt haben. Doch tritt die drohende ausländische Konkurrenz jetzt auch unmittelbar auf der Straße und am Arbeitsplatz in der Gestalt des Gastarbeiters auf. Hilfsarbeiter und ältere Arbeitnehmer sehen in ihnen in Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit eine unmittelbare Konkurrenz und reagieren deshalb zunehmend fremdenfeindlich. Die Konkurrenzsituation der Hilfsarbeiter zu den — laut Statistik — mehr sozialdemokratisch gesinnten und gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern dürfte erst dann gemildert werden, wenn die Hilfsarbeiter ihrer eigenen Meinung nach, jedoch auch objektiv gesehen, umfangreiche Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg durch Fortbildung besitzen.

Bei den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten sucht der Rechtsradikale keine Unterstützung; denn jene haben mit ihrem Internationalismus und mit ihrer Kritik an bisher geübten, konservativen Verhaltensweisen ja der Meinung des Rechtsradikalen nach gerade erst den Zustand der Gefahr herbeigeführt. Das gilt auch für die durch die Gewerkschaften und Sozialdemokratie geforderte fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft. Hat diese Demokratie nicht die Gefahren hervorgerufen, die ihr jetzt drohen? Die Demokratie gefährdet die früher gesicherte Gliederung von „oben" und „unten". Sie gefährdet die bis-

her als richtig empfundene Zucht, Ordnung und Anständigkeit. Der Rechtsradikale wird deshalb immer auch ein Kritiker der Demokratie sein. Da er dies heute aber nicht offen aussprechen kann, umschreibt er seine Kritik mit der Forderung nach einer „echten" Demokratie mit einer „natürlichen Autorität" (Aus dem Manifest der NPD). Von einem starken Staat erhofft er die Abwehr des Einflusses der übrigen gesellschaftlichen Gruppen zugunsten seiner eigenen Positionen. Im bezeichnenden Unterschied zu den Sozialisten, die ja auch die Gesellschaft umformen und verändern wollen, meint der Rechtsradikale, daß er in früheren Zeiten nicht so gefährdet gewesen sei. Aus diesem Grunde möchte er, wenn dieser Wunsch auch verschieden stark ausgeprägt ist, ehemalige Zustände wieder herbeiführen. Er möchte also den jetzt bereits in der Gesellschaft erreichten Zustand der politischen und sozialen Demokratie rückgängig machen. Aus diesem Grunde bezeichnen wir ihn auch zu recht als restaurativ. Er ist im strengen Sinne des Wortes ein Reaktionär oder Rechtsradikaler.

An diesem Wunsche können wir ihn auch vom Konservativen unterscheiden. Der Konservative nämlich ist „auf die Aufrechterhaltung eines in der Gegenwart noch existierenden politischen und sozialen Zustands gerichtet" (Fetscher). Die Übergänge zwischen dem Konservativen und dem Rechtsradikalen sind aber fließend. Das wird besonders deutlich bei der CSU, die viele katholische Rechtsradikale unter ihren Anhängern hat. Auch ist der Konservative jederzeit anfällig für den Rechtsradikalismus. Dies gilt besonders für Situationen, in denen er seine bisher als gesichert angesehene Existenz und Lebenshaltung plötzlich gefährdet sieht. Eine Politik gegen den Rechtsradikalismus muß deshalb auch stets den Konservativismus einzudämmen versuchen.

Der Rechtsradikalismus wird nicht nur durch wirtschaftliche Faktoren verursacht. Neben dem Fortleben rechtsradikalen Gedankengutes aus früheren Jahrzehnten liegen einige Motive für den Rechtsradikalismus im mehr persönlichen Bereich. Dazu gehören auch die Auswirkungen der weithin noch autoritären Erziehung in Familie, Schule, Bundeswehr und Beruf. Man kann auf Autoritarismus mit Auflehnung reagieren und dann, das Stadium der Auflehnung überwindend, sich zu einer ausgeglichenen, selbstbewußten und toleranten Persönlichkeit entwikkeln. Die meisten Menschen reagieren aber auf Autoritarismus auf eine für sie bequemere Weise: Sie unterwerfen sich, sind unselbständig und unsicher und zeigen eine unausgeglichene Persönlichkeit, die sie manchmal durch besonders forsches Auftreten zu übertünchen suchen. Da eine autoritäre Erziehung meistens auch das Ausleben der natürlichen Triebe verbietet, werden viele verständliche Wünsche und Begierden durch Zucht, Ordnung und Disziplin unterdrückt. Sie allein garantieren, daß die natürlichen Wünsche diesen Menschen nicht doch übermannen. Aus diesem Grunde ist die Freiheit für den durch eine autoritäre Erziehung geprägten Menschen eine stete Bedrohung. Er zieht die Ordnung vor. Die Gammler mit ihrem Lebensstil und die Intellektuellen mit ihrer analytischen Methode, „der nichts heilig ist", gefährden seine „geordnete Welt" auch dann, wenn sie nur Minderheiten der Gesellschaft vertreten.

Trotz seiner Unsicherheit und schwach entwickelten Persönlichkeit hat das Opfer autoritärer Erziehung die Möglichkeit, zur Macht zu gelangen. Er erreicht das gerade durch Unterordnung. Indem es sich einer anderen Gruppe unterwirft, kann es dann als Teil dieser Gruppe deren Macht mit auskosten. Die Identifizierung mit einer starken Gruppe, innerhalb der dann nur die „Pflicht" erfüllt wird, ermöglicht geradezu erst das Austoben destruktiver Regungen, ohne deswegen Schuldgefühle hervorzurufen. Man denke hier nur an die ursprünglichen

Ausbildungsmethoden des SS-„Ordens": Man verkündete Härte gegen sich selbst und war gemeinsam brutal gegen andere. Für den Typ des „Spießes" in der Armee war es ja bezeichnend, daß er in Uniform seine Untergebenen drillte und zu Hause gleichzeitig ein Pantoffelheld sein konnte.

In der Demokratie nun wird einem nicht mehr gesagt, was zu tun ist. Es gibt keine allgemeinverbindlichen Lebensformen und Lebensziele, nach denen man sich ohne Überlegung ausrichten könnte. Auch in der Regierung entscheidet nicht „ein starker Mann", ohne lange zu „fackeln". Es wird vor Entscheidungen lange diskutiert. Der Rechtsradikale will diesen Zustand ändern und beseitigt damit ausgesprochen oder unausgesprochen die Erfolge der Demokratisierung.

Die Funktion des Nationalismus für die Rechtsradikalen

Obwohl auch Kurt Schumacher und Wenzel Jaksch innerhalb der SPD nationale Töne anschlugen, war der Nationalismus traditionellerweise in Deutschland doch mehr bei den Nationalliberalen, Konservativen und Rechtsradikalen zu Hause. Das ist nicht zufällig, entwickelte sich in der heutigen Eindeutigkeit aber erst im Laufe der letzten hundert Jahre. Zur Zeit der Paulskirchenbewegung, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, konnte sich der nationale Gedanke noch mit dem Fortschritt verbinden. Das Programm der nationalen Einigung Deutschlands bedeutete damals die Überwindung der vielen Zollschranken, die Beseitigung der unzähligen Duodezfürstentümer. Die nationale Einigung sollte also größere Wirtschaftsräume und weitere politische Horizonte bringen, die mit dem Parlamentarismus auch mehr Freiheiten für die Staatsbürger verhießen. Mit Bismarck kam die von den Fürsten und nicht von den Bürgern beschlossene nationale Einigung. Sie brachte einen wirtschaftlichen Fortschritt. Um dieses wirtschaftlichen Fortschrittes und der nationalen Idee willen vergaßen die ursprünglichen Vorkämpfer auch der politischen Freiheit, die Liberalen, die Demokratisierung des nationalen Staates. Die nationale Idee gefährdete jetzt nicht mehr die Fürstenhäuser und die konservative Gesellschaftsstruktur. Aus diesem Grunde befreundeten sich die Konservativen schnell mit dem Nationalismus. Sie wurden dann zu Vorkämpfern des Nationalismus, als neue, internationale Ideen die konservative Gesellschaftsstruktur zu bedrohen begannen. Gegen diese Ideen, im wachsenden Maße vertreten durch den Sozialismus, proklamierten sie die nationale Gemeinschaft. Während die Liberalen wenigstens noch wirtschaftlich international dachten, sahen die Konservativen in nationalen Schutzzöllen eine Garantie für ihre wirtschaftlichen Machtstellungen besonders im Großgrundbesitz. Der Nationalismus bewahrte sie auch vor einer Veränderung der Gesellschaftsstruktur.

Für Konservative und Rechtsradikale hat der Nationalismus diese positive Funktion bis heute behalten: Die Bauern fürchten, weil man ihnen bisher noch nicht zu wirtschaftlich gesunden Existenzen verhalf, die EWG, die Mittel- und Kleinindustrie die Konzentration, die Handwerker und Einzelhändler die nationalen und internationalen großen Firmen, viele Arbeitnehmer — meistens ohne Grund — die Gastarbeiter. Sie alle wehren sich gegen größere wirtschaftliche Räume, die langfristig allein den Fortschritt garantieren. Gleichzeitig wehren sie die ausländischen politischen Einflüsse aus West und — noch stärker — Ost ab. Zu diesen Einflüssen zählen alle Folgeerscheinungen der Demokratisierung der Bundesrepublik, die dann als „Umerziehungsprodukte" gebrandmarkt werden.

Der Nationalismus kann heute in der Bundesrepublik (in den Entwicklungsländern hat der Nationalismus zum Teil fortschrittliche Funktionen, z. B. bei der Überwindung der Stammesgrenzen und bei der sozialen Emanzipation der Bevölkerung gegenüber den Herrschern, die sich anfangs als Antikolonialismus und nun als Antihäuptlingsherrschaft darstellt) keine Funktion mehr ausüben, die sich mit dem wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Fortschritt verbinden ließe. Er kann nur noch dazu dienen, konservative oder reaktionäre Elemente in der Bundesrepublik zu schützen. Das besagt nicht, daß die Regierung nicht mehr die Interessen der Staatsbürger vertreten dürfte. Im Gegenteil! Den Interessen schadet nämlich der Nationalismus und nützen die internationalen Verflechtungen. Man braucht Heimatgefühle nicht zu unterdrücken. Man darf diese Gefühle aber nicht zum Ziele seiner Politik erheben: Das aber tut der Nationalismus und mit ihm die nationale Rechte.

Politische Konsequenzen der NPD-Wahlerfolge

Von den ungefähr 625 000 Wählern der NPD bei den hessischen und bayrischen Landtagswahlen haben einer Untersuchung des Bad Godesberger Instituts für angewandte Sozialwissenschaften zufolge 280 000 in früheren Wahlen einmal für die eine und in der anderen für die andere Partei gestimmt. Von 110 000 NPD-Wählern kennt man das frühere Wahlverhalten nicht, möglicherweise deshalb, weil sie bisher nicht zur Wahlurne gingen. 125 000 gehörten zum festen Wählerstamm der bürgerlichen Parteien, 110 000 wählten bisher die SPD. Von diesen 110 000 ehemaligen Anhängern der Sozialdemokratie dürfte der größte Teil zu den Arbeitern zu rechnen sein. Obwohl die NPD nämlich in ihrem politischen Auftreten und in ihren Vorstellungen überwiegend kleinbürgerliche Züge trägt, sind immerhin 50 Prozent ihrer Anhänger Arbeiter und 10 Prozent Angestellte (laut Allensbach). In der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik liegt der prozentuale Anteil der Arbeiter und Angestellten höher. Trotzdem sollten diese Zahlen zu denken geben.

Es wäre aber eine verkehrte Schlußfolgerung, wollte man die Arbeitnehmer unter den NPD-Anhängern dadurch neu- oder zurückgewinnen, daß man selber nationale Töne von sich gäbe. Dieser Nationalismus der anderen Parteien würde die politische Atmosphäre der Bundesrepublik mit politischen Gefühlen und Wünschen anreichern, die außen- und wirtschaftspolitisch für die Staatsbürger gefährlich sind und außerdem nicht befriedigt werden könnten: Der wirtschaftliche Nationalismus würde den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt, der nur durch eine internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung gewährleistet werden kann, gefährden. Der außenpolitische Nationalismus würde die Weltmächte und unsere europäischen Nachbarstaaten in Besorgnis versetzen und nicht nur die Entspannung verhindern und unsere außenpolitische Bewegungsfreiheit einengen, sondern auch die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten unmöglich machen.

Gerade weil die frühere Bundesregierung nationale Gefühle und Wünsche weckte, ohne sie befriedigen zu können, wurde der Rechtsradikalismus gefördert. Die nationale Forderung nach Wiedervereinigung schien durch den Bau der Mauer und die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der DDR in den darauf folgenden Jahren den meisten Bundesbürgern weit in die Ferne gerückt zu sein. Die Rechtsradikalen sahen das Versagen unserer Deutschlandpolitik, gaben aber deren illusorische Ziele nicht auf, sondern nahmen Bundesregierung und alle Bundestagsparteien bei deren nationalem Wort und reagierten rechts-

oppositionell, nämlich rechtsradikal. Die Bundestagsparteien können dem Rechtsradikalismus nur seine Anhängerschaft nehmen, wenn sie alle Illusionen der bisherigen Außen- und Deutschlandpolitik öffentlich aufgeben und die Bevölkerung über die realen Möglichkeiten unserer Politik aufklären. Die Wiedervereinigung als nationale Forderung sollte neben der Forderung nach Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Freiheit der Bewohner der DDR zurücktreten oder völlig aufgegeben werden. Das gleiche gilt für die illusorischen und politisch gefährlichen Forderungen nach atomarer Verfügungsgewalt oder atomarem Mitbesitz und nach Revision der Ostgrenzen. Die Arbeitnehmer unter den NPD-Anhängern können dadurch für die Sozialdemokratie wieder- oder neugewonnen werden, indem man ihnen deutlich macht, daß ihre sozialen Interessen für sie wichtiger sind als nationalistische Illusionen. Diese Arbeitnehmer müssen dann aber auch die Gewißheit haben, daß ihre sozialen und politischen Interessen von der Sozialdemokratie wirksam vertreten werden. Eine Stabilisierung der Wirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmer, wie sie jetzt bei den Kürzungen im Sozialhaushalt, der direkten oder indirekten Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Forderung nach Lohnleitlinien (von Preis- und Gewinnleitlinien wird nicht gesprochen) betrieben zu werden scheint, kann diese Gewißheit aber tatsächlich eher weiter erschüttern als festigen. Dem Nationalismus dieser Arbeitnehmer wird wohl nur eine langfristige politische Aufklärung abhelfen können.

Viele bürgerliche NPD-Anhänger werden bei einer wirtschaftlichen Stabilisierung möglicherweise wieder zu den Bundestagsparteien zurückfinden. Dabei muß bedacht werden, daß viele Rechtsradikale bisher noch gar nicht NPD gewählt haben, sondern daß gerade katholische Rechtsradikale bisher noch vielfach bei der CDU und besonders der CSU beheimatet sind. Auch nach einer wirtschaftlichen Stabilisierung bleiben die existenzgefährdeten bürgerlichen Schichten weiterhin anfällig für den Rechtsradikalismus. Dem kann nur abgeholfen werden, indem man eine Politik betreibt, die krisenanfällige Strukturen nicht erhält, sondern beseitigt. Das bedeutet für die Landwirtschaft eine erhebliche Verminderung der Zahl der Bauernhöfe bei gleichzeitiger Aufstockung und Zusammenlegung ihres Grundbesitzes. Gemeinsame Maschinenstationen und freiwillige Zusammenarbeit mehrerer Höfe in einer Art Produktionsgenossenschaft würden die Rentabilität und Krisenfestigkeit erhöhen. Der Einzelhandel müßte zugunsten der großen Marktläden viele Geschäfte aufgeben und kleinere Läden vor allen Dingen als Spezialitätenläden weiterbetreiben. Bei den Handwerkern und Kleinbetrieben werden wahrscheinlich nur ähnliche Formen der freiwilligen Zusammenarbeit krisenfest sein wie in der Landwirtschaft.

Dem Rechtsradikalismus kann durch strukturverbessernde Maßnahmen allein die Basis nicht genommen werden. Sie müssen ergänzt werden durch die politische Bildungsarbeit und durch den Abbau aller autoritären Strukturen in unserer Gesellschaft. Das gilt für die Familien, Schulen und Universitäten, besonders aber auch für den wirtschaftlichen Bereich. Da hier der Mensch einen wesentlichen Teil seines Lebens verbringt, wird er auch durch die in dem Beruf geltenden Verhaltensmuster geprägt. Aus diesem Grunde gehören die Erweiterung der Mitbestimmung und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes in Richtung auf eine Selbstverwaltung am Arbeitsplatz zu den wesentlichen Maßnahmen gegen die Basis des Rechtsradikalismus. In den Familien — und zwar auch und gerade in Arbeiterfamilien — wird weithin noch eine patriarchalische Ordnung aufrechterhalten, der aufgrund der wirtschaftlichen und geistigen Selbständigkeit einzelner Familienangehöriger die Grundlage entzogen wird. In den Schulen und

Universitäten wird zwar in zunehmendem Maße das Wissen über die Demokratie vermittelt, die Demokratie selber aber noch nicht im möglichen Umfange praktiziert. Man denke hierbei nicht nur an das schon oft kritisierte Verhältnis zwischen Studenten und Professoren, sondern auch an die Stellung der Referendare an den Schulen und zum Teil im Lernprozeß überflüssige autoritäre Strukturen. Reformen in diesen Bereichen mögen unmittelbar vielleicht nicht der NPD den Zustrom ihrer Anhänger rauben, sie fördern aber eine Demokratisierung der Gesellschaft, die dem Rechtsradikalismus langfristig allein den Boden unter den Füßen wegzuziehen vermag und ihm seine politische Wirksamkeit nimmt.

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin

Bürgerliche Mitte oder konservative Rechtspartei?

Der Strukturwandel innerhalb der Christlich-Demokratischen Union

Über die Politik der Bundesregierung seit Bildung der Großen Koalition gibt es in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes unterschiedliche und zum Teil durchaus widersprüchliche Meinungen. Die „Blätter" haben sich deshalb vorgenommen, diese Frage von verschiedenen Autoren erörtern zu lassen. In diesem Heft beschäftigt sich Prof. Karl Otmar Frhr. v. Aretin mit Möglichkeiten eines Strukturwandels der CDU. In der nächsten Ausgabe folgt ein Beitrag zum Thema: „Die CDU in der Großen Koalition". D. Red.

Das Jahr 1966 hat mit der Großen Koalition im Bund das Ende einer Entwicklung gebracht, die praktisch mit dem Godesberger Programm der SPD 1960 begonnen hatte. Es ist der SPD gelungen, in Bonn in die politische Verantwortung zu gelangen. Ihre Umarmungstaktik, die ihr von vielen als ein Aufgeben ihrer eigentlichen Ziele angekreidet worden ist, hat damit Erfolg gehabt. Das heißt auf der anderen Seite: Die Christlich-Demokratische Union ist nicht mehr wie in den vergangenen 17 Jahren die Staatspartei schlechthin, sondern sie muß Macht und Verantwortung mit der Partei teilen, die zu verketzern sie bisher kaum ein Mittel gescheut hat. Die Frage, welche Veränderungen sich aus dieser Tatsache für die SPD ergeben, soll hier nicht weiter erörtert werden. Sicher aber ist, daß sich daraus erhebliche Konsequenzen für die CDU ergeben werden.

Seit ihrer Gründung hat diese Partei erhebliche Wandlungen durchgemacht. War sie ursprünglich als eine Art überkonfessionelles Zentrum gedacht, in dem von

den Arbeitnehmern bis zu den Besitzenden alles vereinigt sein sollte, was bereit war, christliche Politik zu treiben, so ist sie in der Verantwortung mehr und mehr zu einer bürgerlichen konservativen Partei mit klerikalem Einschlag geworden. Das C im Namen verlor an Bedeutung. Diese Entwicklung ist durch zwei Erfahrungen gefördert worden, die beide insofern unheilvolle Auswirkungen hatten, als sie die Politik der CDU auf Thesen und Maximen einschränkten, die ihr schließlich die Möglichkeit nahmen, auf die Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik zu reagieren. Das war einmal die antimarxistische Frontstellung, die jedes Bündnis mit der SPD als einen Verrat erscheinen ließ. Zum anderen jener eigentümliche Prozeß des Zerfalls der neben der CDU bestehenden bürgerlichen Parteien, der die Partei immer weiter nach rechts führte. Die Bedeutung dieses Prozesses wird wohl erst klar, wenn man von der ursprünglichen Konzeption der CDU ausgeht, wie sie im Widerstand 1944/45 gedacht worden war. Danach sollte sie eine bürgerliche Mittelpartei sein, die, wie das Zentrum der Weimarer Republik, sowohl nach rechts wie nach links koalitionsfähig war. Die Entwicklung ist von Beginn der Bundesrepublik an in eine andere Richtung gegangen. Es waren nicht die Vorstellungen des Widerstandes von einem gemeinsamen Wirken aller demokratischen Kräfte, das sich gegen eine starke Rechte absetzen sollte, die das Schicksal der Bundesrepublik bestimmten. Das Hervortreten wirtschaftspolitischer Gegensätze zwischen CDU und SPD und das Auftreten Konrad Adenauers, der nie den Anschauungen der aus dem Widerstand hervorgegangenen Gründer der CDU angehangen hatte, von denen nur die Namen Hermes, Jakob Kaiser und Karl Arnold genannt seien, haben eine solche Entwicklung verhindert. Man mag das für die ersten Jahre bedauern, doch zeigt das österreichische Beispiel, daß eine solche anfangs sicher segensreiche Entwicklung auch sehr unliebsame Folgen haben kann.

Die Folge war: Das völlige Verschwinden rechtsextremer Kreise aus der deutschen Nachkriegspolitik hat die Demokratie zu einem Zeitpunkt bereits als selbstverständliche Grundlage unseres politischen Lebens erscheinen lassen, wo dies an sich gar nicht so selbstverständlich war. Das war teilweise das Ergebnis echter demokratischer Besinnung, teilweise aber auch Tarnung. Dies brachte es mit sich, daß Kräfte in die einzelnen Parteien eindrangen, deren Bekenntnis zur Demokratie bestenfalls ein Lippenbekenntnis war. Hierbei zeigte sich eine eigentümliche Eigenschaft der Deutschen, die sie befähigt, sich neuen Verhältnissen anzupassen, ohne sich wirklich damit zu identifizieren. Genau wie man zur Kaiserzeit Monarchist war und jeden, der dagegen war, scheel ansah, selbst wenn man selber die Monarchie als überlebt betrachtete, wie man sich im Dritten Reich zum Führerprinzip bekannte, so gibt es seit 1945 Superdemokraten, die sich um so demokratischer gerieren, je weniger sie von den wirklichen Werten der Demokratie überzeugt sind.

Zunächst war man in Deutschland der Meinung, daß die SPD als die Partei mit der eindeutig demokratischsten Tradition 1949 die Verantwortung übernehmen würde. Dies wäre 1946 auch wahrscheinlich der Fall gewesen. 1949 war die Entwicklung bereits in eine andere Richtung gegangen, wobei das Ansprechen des deutschen Nationalgefühls durch Kurt Schumacher — eine Erfahrung des erfolglosen antinationalen Kurses der SPD der Jahre 1928 bis 1933 — groteskerweise genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zeitigte.

Die Tatsache, daß die CDU und nicht die SPD die bestimmende Kraft wurde, hätte jedoch noch nicht jene unfruchtbare antimarxistische, sprich antisozialdemokratische Einstellung hervorgebracht, die in den letzten Jahren so deutlich zutage

trat. Diese in der Person Adenauers angelegte Entwicklung verschärfte sich noch durch einen Prozeß, der mit dem Schlagwort „Trend zum Zweiparteiensystem" nur sehr unvollkommen umschrieben ist und der innerhalb der CDU wichtige strukturelle Veränderungen hervorbrachte.

Von den acht 1949 im Bundestag vertretenen Parteien waren 1961 nur mehr drei vorhanden. Zwei, die KPD und die SRP, wurden wegen ihrer antidemokratischen Grundhaltung verboten. Vier weitere verschwanden aus dem Bundestag oder lösten sich ganz auf. Dies waren die WAV, die Bayernpartei, der BHE und die Deutsche Partei. Sie alle sind mehr oder weniger in der CDU oder, wie die Bayernpartei, der CSU aufgegangen. Dieser Prozeß des Aufsaugens von Splitterparteien hatte zwei Folgen: Er hat jahrelang der CDU Wahlsiege gebracht, obwohl Teile ihrer ursprünglichen Anhänger zur SPD oder FDP abwanderten. Er hat aus demselben Grund aus der ursprünglichen Mittelpartei eine Rechtspartei werden lassen. In eben dem Maß, in dem diese Entwicklung fortschritt, wurde die CDU intoleranter, antisozialistischer, wurde auch ihre Innen- und Außenpolitik starrer, von Maximen beherrschter. Man denke hier nur an die Fortsetzung unserer Politik des Kalten Krieges trotz aller internationalen Entspannungsversuche, an den deklamatorischen Charakter der Forderung nach Wiedervereinigung und der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie, die alle über ihre innere Berechtigung hinaus, die grundsätzlich nicht bestritten sei, der Begründung einer prinzipiell antikommunistischen Politik dienten. So ist die deutsche Demokratie mit einer überdeutlichen Front gegen den Kommunismus aufgebaut worden, während die Abwehr des Rechtsextremismus in ein Schattenboxen abglitt. Beide Tatsachen haben in ein und dieselbe Richtung gewirkt. Während die alten Nationalsozialisten und Deutschnationalen über den Antikommunismus ihren Zugang zur Bonner Demokratie fanden und bald das eine mit dem anderen verwechselten, konzentrierte sich der Kampf gegen Rechts allein auf Hitler, der bald als einziger hundertprozentiger Nationalsozialist übrigblieb. Wurde so auf der einen Seite aus dem Dritten Reich der Antikommunismus mit allen antibolschewistischen Kreuzzugsideologien in die Bonner Republik gerettet, so wurde auf der anderen die Mitgliedschaft zum Nationalsozialismus politisch auf einen so engen Kreis beschränkt, daß praktisch niemand belastet blieb. Diese Vorgänge standen insofern mit dem Prozeß des Aufsaugens der rechten Splitterparteien in unmittelbarem Zusammenhang, als es ja die zunehmend konservative Politik der CDU war, die es den ursprünglich nicht selten in Splitterparteien wie der DP oder dem BHE tätig gewordenen ehemaligen Nationalsozialisten ermöglichte, in der CDU heimisch zu werden. Ein Beispiel dafür mag etwa der ehemalige BHE-Abgeordnete Becher sein, der jahrelang im Bayerischen Landtag für seine nationalistischen Thesen berüchtigt war und der 1965 über die CSU seinen Einzug in den Bundestag hielt.

Dieser Prozeß des Aufsaugens ist mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu einem ersten Abschluß gelangt. Obwohl die CDU dort alle rechts von ihr stehenden Parteien aufgesogen hatte, erlitt sie eine böse Niederlage. Die Tatsache, daß sie seit Jahren Stimmen an die SPD verlor, wurde dadurch überdeutlich. Diese Landtagswahl brachte zum erstenmal das Modell eines Dreiparteiensystems in praktischer Vollendung. Auf Splitterparteien waren nicht mehr als 0,2 Prozent der Stimmen entfallen.

Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern haben dann gezeigt, daß dieser Prozeß, zunächst jedenfalls, zum Stehen gekommen ist. Zwar sind äußerlich betrachtet drei Parteien aus den Parlamenten verschwunden: Die FDP und die

Bayernpartei in Bayern und der BHE in Bayern und Hessen. Dafür ist eine neue Partei, die NPD, dazu gekommen. Ihr überraschender Erfolg hat die eigentlich sehr viel bemerkenswertere Tatsache verdeckt, daß die in Nordrhein-Westfalen restlos verschwundenen Splitterparteien in diesen beiden Ländern eine erstaunliche Lebenskraft bewiesen haben. Der BHE blieb in Hessen nur 0,2 Prozent unter der Fünf-Prozent-Klausel, und die Bayernpartei verfehlte die Zehn-Prozent-Klausel in Niederbayern nur um etwas mehr als 1 Prozent.

Da man beiden Parteien vor der Wahl nicht die geringste Chance eingeräumt hatte und diese Tatsache meist genügt, um einen nicht unerheblichen Teil des Wählerstammes abzuziehen, wiegt diese Tatsache doppelt schwer.

Sowohl der BHE wie die Bayernpartei konnten in einigen Gebieten, wie in München die Bayernpartei, sogar zahlenmäßig Gewinne verbuchen, die sich nur bei der gestiegenen Wahlbeteiligung nicht in Prozenten ausdrückten. Das heißt aber, daß der BHE in Hessen und die FDP in Bayern vielleicht sogar die Bayernpartei ohne das Auftreten der NPD in die Landtage eingezogen wären.

Welche Gründe hierfür vorliegen, kann hier nicht weiter untersucht werden. Wichtig aber ist: die lang andauernde Krise der CDU hat sie offenbar ihrer bisherigen Fähigkeit beraubt, die Splitterparteien an sich zu ziehen. Das heißt aber, daß in Hessen und Bayern zwischen 5 und 7 Prozent liegende Wählermassen vorhanden sind, die eine neue politische Heimat suchen und sie offenbar in den drei großen Parteien nicht finden können. Die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern zeigen zwar nicht ganz genau, aber doch deutlich, daß die großen Parteien in der jetzigen Situation keine großen Gewinne mehr erwarten können. Die SPD hat aus dem Versagen der CDU keine Gewinne mehr schlagen können. Die CDU gab zwar Wähler an die SPD ab, in größerem Umfang jedoch offensichtlich an die NPD, die auch von SPD und FDP Stimmen erhielt.

In dieser Situation gab es für die CDU nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie hielt eisern an einer Koalition mit der FDP fest und versuchte weiterhin durch Betonung einer rechts gerichteten Politik nach rechts Stimmen zu fangen. Das wurde in Nordrhein-Westfalen versucht, führte jedoch zu keinen überzeugenden Ergebnissen. Es war ja neben den selbst verschuldeten wirtschaftlichen Mißerfolgen gerade ihre konservative Außen- und Innenpolitik, die der CDU zu schaffen machte. Oder man entschloß sich zur Großen Koalition. Mit bemerkenswertem Erfolg ist die CDU diesen Weg gegangen, wobei sie den Konkurs ihrer Politik Ludwig Erhard und der daran unschuldigen FDP in die Schuhe schob.

Diese Entscheidung war bei dem Strukturwandel der Wählerschaft, wie wir ihn oben skizziert haben, insofern angelegt, als es bei dem Erstarken der Rechtsparteien nunmehr für die CDU darauf ankam, die an die SPD abgegebenen Wähler zurückzugewinnen, wenn sie nicht ausbluten wollte. Damit geriet die bedingungslos antisozialistische Haltung, die bisher in der CDU geradezu die Rolle einer Wahllokomotive gespielt hatte, ins Zwielicht. Der bereits in der Bundestagswahl von 1965 aufgetretene und sich in den Landtagswahlen verstärkende Verlust von CDU-Stimmen an die SPD in katholischen Landgemeinden sprach hier eine deutliche Sprache. Zum zweiten zeigten aber gerade die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit ihren Stimmengewinnen für SPD und FDP, daß die CDU mit einer einseitig konservativen Politik Gefahr lief, allein verantwortlich für das sich abzeichnende Debakel zu werden. Wenn die Entscheidung zur Großen Koalition auch nicht allein aus diesen Erwägungen heraus geschah, so zeigen doch schon die ersten Wochen der Regierung Kiesinger, welche neuen

Impulse der CDU aus der Verbindung mit der SPD zuströmten. Dies geschah nicht zuletzt deshalb, weil die CDU dadurch die Möglichkeit erhielt, ohne Prestigeverlust Grundmaximen ihrer durch Starrheit verfehlten Innen- und Außenpolitik preiszugeben.

Wieweit nun das zu einer Abwanderung von CDU-Wählern zur NPD führen wird, bleibt abzuwarten. Noch wahrscheinlicher ist ein Stimmenrückgang der SPD, die sowohl an die CDU wie an die FDP enttäuschte Wähler wird abgeben müssen. Insofern dürften die Landtagswahlen des Jahres 1967 den Eifer zum reinen Mehrheitswahlrecht innerhalb der SPD dämpfen. Eine solche Wahlrechtsmanipulation, und um eine solche handelt es sich, dürfte FDP und NPD gleichermaßen treffen, aber kaum verhindern, daß ein paar Abgeordnete beider Parteien in den Bundestag 1969 oder 1973 einziehen werden. Für die innere Struktur der CDU wäre eine solche Manipulation wahrscheinlich verhängnisvoll, weil sie einen möglichen Trend zur Mittelpartei stoppen würde. Notgedrungen würde aus der CDU in diesem Fall eine Art konservativer Partei mit all den braunen Schattierungen, die in Deutschland nun einmal mit der Rechten verbunden sind. Sie müßte dann mit jenen antidemokratischen Strömungen fertig werden, die sich heute da und dort bereits regen und in Deutschland insofern eine Tradition haben, als die konservative Rechte hier immer bis in den Widerstand hinein antidemokratisch war. Derartige Strömungen sind schon jetzt innerhalb der CDU, etwa bei von Hassell oder Lücke und hier insbesondere in der skandalösen Art erkennbar, wie von ihm die Notstandsverfassung vorangetrieben wird. In diesem Sinne könnte eine NPD in der Größenordnung bis zu 15 Prozent sogar eine heilsame Funktion ausüben. Nach einem ersten Entsetzensschrei hat sich die Weltöffentlichkeit auch an die Neofaschistische Partei in Italien gewöhnt. Eine Versammlung aller Nationalisten in einer Partei müßte aber in Deutschland zur Gesundung der anderen führen. Nicht nur, weil diese Partei diese Elemente an sich ziehen würde, sondern weil deren Parolen die anderen Parteien und gerade die CDU/CSU zwingen würden, sich davon zu distanzieren.

Jedenfalls wäre eine Unterdrückung der NPD durch eine Änderung des Wahlrechts außen- und innenpolitisch viel gefährlicher als ein Gewährenlassen. Es bleibe hier das Argument unerörtert, daß eine solch zweifelhafte Unterdrückung nur zur Radikalisierung der NPD-Anhänger führen müßte. Meine These von den üblen außen- und innenpolitischen Folgen einer Wahlrechtsänderung zielt vielmehr auf den oben aufgezeigten inneren Strukturwandel der CDU.

Wenn oben von der Möglichkeit einer Neuorientierung der Innen- und Außenpolitik und einem innerhalb der CDU wieder in Gang gekommenen Trend zur Mittelpartei die Rede war, dann muß dies mit einigen Vorbehalten geschehen. Es gibt bis jetzt in der Spitze der CDU kaum Anzeichen, daß hier an eine grundsätzliche Änderung der Politik gedacht wird. Die Leichtfertigkeit, mit der man angesichts der Krise von Grundgesetzänderungen spricht, von denen einige offensichtlich nicht nur wirtschaftlich bedingt sind, sondern die Befürchtungen nahelegen, daß es hier um einen Abbau der bürgerlichen Grundrechte und um ein Aushöhlen des Föderalismus geht, ist erschreckend. Es wird offenbar völlig übersehen, daß es jene von Schleicher beabsichtigten und von Brüning und später in massiver Form von Papen betriebenen Manipulationen an der Weimarer Verfassung waren, die Hitlers Aufstieg zur legalen Machtergreifung entscheidend erleichtert haben. Wer in einer Krise an die Unveränderbarkeit der Verfassung zu greifen wagt, der nimmt eine ungeheure Verantwortung auf sich. Von dieser Erkenntnis ist bisher bei den Verantwortlichen der CDU nichts zu spüren.

Auch geschieht die Rückkehr zum Projekt der Großen Koalition nicht im Zeichen der Demokratie. Karl Arnold, Jakob Kaiser, Hermes und manche andere hatten 1949 durch eine Große Koalition die Demokratie in Deutschland stärken wollen. Paul Lücke, einem der Schöpfer der Großen Koalition, geht es um die Verwirklichung seiner höchst zwielichtigen Notstandspläne, die ohne SPD nicht verwirklicht werden können. Er hat sich darüber hinaus noch bei der Behandlung der berüchtigten Schubladengesetze als ein kaltschnäuziger Verächter demokratischer Spielregeln erwiesen, so daß die Behauptung, es sei ihm um eine Stärkung der Demokratie bei der Gründung der Großen Koalition gegangen, wenig Glaubwürdigkeit besitzt. Dasselbe gilt sicher auch für Franz Josef Strauß. Es ging hier um die Überwindung von selbstverschuldeten Schwierigkeiten, um das Bannen der Gefahr, mit einem Minderheitenkabinett Erhard alle Folgen verfehlter innen- und außenpolitischer Entscheidungen allein ausbaden zu müssen. Gerade hier aber zeigt sich die Ambivalenz derartiger politischer Entwicklungen. Es kann sein, daß die SPD sich den Notstandsgesetzen Paul Lückes beugt. Es ist aber genausogut möglich, daß die SPD innerhalb der Koalition bessere Einwirkungsmöglichkeiten erhält als in der Opposition. Da sich keiner der Koalitionspartner einen Mißerfolg der Regierung Kiesingers leisten kann, ist es durchaus möglich, daß der Zwang der politischen Entscheidungen zu einem besseren politischen Stil im demokratischen Sinn führt, wie andererseits die Gefahren nicht abzuleugnen sind, die in einer über die verfassungsändernde Mehrheit verfügenden Koalition auf der Hand liegen. Das heißt, in einer Großen Koalition ist sowohl eine Vereinigung der in beiden Parteien vorhandenen undemokratischen, wie der demokratischen Kräfte möglich. Es ist zum Beispiel durchaus vorstellbar, daß der bisher so wenig in Erscheinung getretene linke Flügel der CDU in einer Großen Koalition größere Wirkungsmöglichkeiten erhält, dem bisher ein Zusammenspiel mit der in der Opposition befindlichen SPD als Parteiverrat ausgelegt worden wäre. Das heißt aber, daß die Begleiterscheinungen, die zur Großen Koalition führten, nicht unbedingt etwas über die Folgen aussagen, die sich daraus ergeben. Die hier anstehende Frage kann auch auf die Formel gebracht werden: In welcher Gestalt wird sich die CDU 1969 den Wählern stellen? Daß die Große Koalition ohne Folgen für das innere Gefüge der Partei bleibt, ist unwahrscheinlich. Die SPD wie bisher als regierungsunfähige Marxisten abzustempeln, wird der CDU daher nur möglich sein, wenn die jetzt bestehende Koalition offensichtlich scheitert. Das würde sicher die Rechte innerhalb der CDU stärken, wobei abzuwarten bleibt, wie sich ein solches Fiasko auf die Wähler auswirken wird. Es ist daher sehr viel wahrscheinlicher, daß der militante Antimarxismus innerhalb der CDU durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der SPD an Glaubwürdigkeit einbüßt. Das kann innerhalb der Wählerschaft eine Tendenz zur Mitte bedingen, die ohnehin deswegen nicht unwahrscheinlich ist, weil es unter den SPD-Wählern einen nicht unerheblichen Prozentsatz ehemaliger CDU-Wähler gibt, der durch den allzu konservativen Kurs der CDU verprellt worden ist und der durch eine Große Koalition und einen Kurs der Mitte für die CDU wieder gewonnen werden kann. Eine solche Entwicklung könnte auf die Dauer gesehen auf die Führung nicht ohne Folge bleiben. Da die Entwicklung nach rechts innerhalb der CDU jedoch nicht nur eine Folge des Aufsaugens von Rechtsparteien war, sondern zumindest dadurch eingeleitet wurde, daß der von Adenauer befolgte Rechtskurs die Rechtsparteien um ihre Chancen brachte, so kann dies ein langwieriger Prozeß sein. Ihm kann jedoch insofern ein innerer Zwang innewohnen, als es nicht nur innenpolitische Gründe sind, die die CDU auf einen Kurs der politischen Mitte weisen.

In die politische Verantwortung drängt nun in Deutschland eine Generation, die, wie das Beispiel Kiesinger zeigt, oft NSDAP-Mitglieder wurden, ohne überzeugte Nationalsozialisten gewesen zu sein. An Konrad Adenauer ist diese Versuchung nie herangetreten. Jetzt ist jene Generation dran, die 1933 aus jugendlichem Überschwang und ohne ein reifes politisches Urteil, zum Teil auch aus der Not der Jahre 1929 bis 1933 heraus im Nationalsozialismus einen hoffnungsvollen Neubeginn sahen. Diese Generation wird durch die Tat beweisen müssen, daß sie die Ideen des Dritten Reiches überwunden hat. Die Weltöffentlichkeit wird daher ihr viel weniger als ihren Vorgängern einen allzu schrankenlosen Antikommunismus und eine restaurative Politik nachsehen. Das heißt aber, daß eine erneut nach rechts orientierte CDU für Deutschland ganz unabhängig von ihren politischen Prämissen eine wirkliche außenpolitische Gefahr bedeuten würde.

Das aber zeigt, daß in dem künftig von der CDU in der Innen- und Außenpolitik eingeschlagenen Kurs auch eine Vorentscheidung ihrer künftigen Erfolgschancen liegt. Das Kabinett Kiesingers hat der CDU den Offenbarungseid erspart. Es liegt an ihr, ob sie diese Chance nützt. Wird die Große Koalition nicht zu einer Neubesinnung innerhalb der CDU genutzt, so rennt die CDU wahrscheinlich nach deren Auflösung innen- und außenpolitisch in eine zweite Sackgasse, wobei es dann an der politischen Situation liegt, wie schnell sich das herausstellt. So gesehen kann mit Kiesinger eine Entwicklung in der CDU zur Mitte in Gang kommen, die eine echte Chance in der deutschen Politik darstellt.

Es ist anzunehmen, daß es darüber innerhalb der CDU/CSU zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen wird. Wenn diese jedoch nicht wieder in persönlich bestimmte Flügelkämpfe ausarten, so können sie nur heilsam sein.

Dr. Stanislaw Schimitzek, Warschau

Zum Thema der sogenannten Vertreibungsverluste

I

Schon seit Jahren, insbesondere aber seit der Zeit, als sich im Westen Deutschlands die KZ-Prozesse mehrten und eine heftige Diskussion über die Verjährung der vom NS-Regime begangenen Verbrechen entstand, wird in der Bundesrepublik verschiedentlich versucht, den infolge der nazistischen Schreckensherrschaft erlittenen riesigen Verlusten an Menschenleben der östlichen Nachbarn Deutschlands die sogenannten Vertreibungsverluste des deutschen Volkes ent-

gegenzustellen und die Weltöffentlichkeit glauben zu machen, daß diese das Schuldkonto Deutschlands völlig ausgeglichen haben. Insofern sie die deutsche Bevölkerung der 1937 deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße betreffen, sei ihnen hier einige Aufmerksamkeit geschenkt, ohne auf die Vorgeschichte und die Gründe des Postdamer Beschlusses der Siegermächte über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen einzugehen.

Von vornherein sei festgestellt, daß die Bevölkerung der 1937 deutschen Provinzen, für die sich in Deutschland der Name Oder-Neiße-Gebiete eingebürgert hat, tatsächlich während des Krieges, vor allem in den letzten Kriegsmonaten und in der ersten Nachkriegszeit erhebliche Verluste erlitten hat. Das Problem dieser Verluste soll hier nach einigen einleitenden Bemerkungen von drei Gesichtspunkten aus untersucht werden: erstens was den Begriff der „Vertreibungsverluste" als solchen, zweitens was ihre Höhe, und drittens, was die Umstände anbelangt, unter welchen sie entstanden sind.

Es gibt aus den letzten Monaten des Krieges und der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches fast kein statistisches Quellenmaterial, und das wenige, das vorliegt, kann nicht unbedingt als glaubwürdig angesehen werden. Die riesigen Verluste der Wehrmacht und der ihr gleichzustellenden Verbände sowie die Verluste der Zivilbevölkerung in den letzten Kriegsmonaten sind nirgends auf solche Art und Weise registriert worden, daß man sie statistisch erfassen und summieren könnte. Es gibt jedoch Materialien, die — wenn sie auch zu exakten Berechnungen nicht ausreichend sind — es doch ermöglichen, ein Bild von der Größenordnung der Verlustzahlen zu entwerfen.

Unter den zahlreichen westdeutschen Publikationen, die sich mit dem Problem der „Vertreibungsverluste" befassen, ist dieses Thema am ausführlichsten in einem vom Statistischen Bundesamt unter dem Titel „Die deutschen Vertreibungsverluste" 1958 herausgegebenen Buche entwickelt. Das Ergebnis der darin enthaltenen Berechnungen wurde — in zwei Tabellen zusammengefaßt — mit einigen unwesentlichen Korrekturen in das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960 aufgenommen, obwohl es u. a. mit den Berechnungen des „Bundesvertriebenenministeriums" nicht übereinstimmt, die in dem voluminösen Werk „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" enthalten sind.

Zur Ermittlung der Zahl der „Vertreibungsverluste" bediente sich das Statistische Bundesamt der Methode der Bevölkerungsbilanzen, die im Prinzip darauf beruht, die Bevölkerungszahl zu Beginn des jeweilig zu untersuchenden Zeitabschnittes mit der Bevölkerungszahl am Ende dieses Abschnittes zu vergleichen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Hierbei treten jedoch einige nicht unwesentliche Schwierigkeiten zutage, die sich u. a. daraus ergeben, daß die Volkszählungen nicht mit dem Anfang und dem Ende der zu untersuchenden Periode zusammenfallen und daß bei den nach dem Kriege durchgeführten Zählungen die Frage nach dem Wohnort vor dem Krieg nicht in allen Ländern zu beantworten war. Man ist also in vielen Fällen auf Schätzungen angewiesen, die oft nur einen relativen Wert haben können.

In verschiedenen westdeutschen, auch offiziellen und offiziösen, Publikationen wird die Zahl der von der ehemaligen deutschen Zivilbevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete erlittenen Verluste mit 0,8 bis 3,2 Millionen angegeben. Die großen Unterschiede zwischen diesen Zahlen sind schon an und für sich bezeichnend

und müssen den Verdacht erwecken, daß es den meisten Autoren mehr um recht hohe Zahlen als um begründete Angaben ging.

Der Saldo der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bevölkerungsbilanz beträgt in einer Version 1,39, in einer anderen 1,24 Millionen. Er wird von den „Nachkriegs"- oder „Vertreibungsverlusten" gebildet, die — mit Ausnahme der in der Bilanz gesondert aufgeführten 11 500 Luftkriegstoten aus der Zeit vor Ende 1944 — alle Verluste der ehemaligen Zivilbevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete umfassen. Auf diese Weise werden auch die vom NS-Regime hingemordeten Juden und politische Gegner, KZ- und Euthanasie-Opfer, von alliierten Gerichten zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher usw. aus diesen Gebieten stillschweigend zu den „Vertreibungsverlusten" gerechnet, obwohl die Autoren der Bilanz ansonsten auf die kleinsten Details Bedacht nehmen, um den Eindruck einer alle Einzelheiten berücksichtigenden Arbeit zu erwecken. Durch die erwähnten, mit Stillschweigen übergangenen Posten allein werden ihre Berechnungen jedoch gänzlich disqualifiziert.

II

Es würde zu weit führen, die in die Bevölkerungsbilanz aufgenommenen Posten für die Oder-Neiße-Gebiete hier einzeln zu analysieren. Fast jeder von ihnen erweckt weitgehende Bedenken, die in vielen Fällen durch in anderen Publikationen des Statistischen Bundesamtes oder sonstiger amtlicher Stellen enthaltene Angaben erhärtet werden. Diese Bedenken beginnen schon beim Ausgangsposten der Bilanz — der Bevölkerungszahl der Oder-Neiße-Gebiete nach der Volkszählung vom 19. Mai 1939 —, der nicht nur die ständige Bevölkerung dieser Gebiete, sondern die gesamte Wohnbevölkerung umfaßt, obwohl dies zwei statistisch verschiedene Begriffe sind.

Die größten Zweifel erweckt jedoch neben der Zahl der Wehrmachtstoten die Zahl der „Vertriebenen im September 1950". Die Zahl der Wehrmachtstoten mit Wohnsitz 1939 in den Oder-Neiße-Gebieten wurde auf Grund der Ergebnisse einer im März 1950 in der Bundesrepublik und in Westberlin durchgeführten Registrierung von Kriegsgefangenen und Vermißten errechnet, die — obwohl sie sich auch auf die Zivilvermißten erstreckte — bei der Ermittlung der Verluste der Zivilbevölkerung mit Wohnsitz 1939 in denselben Gebieten von demselben Bundesamt als wertlos erklärt wurden. Die „Vertriebenen"-Zahl im September 1950 — der Hauptposten auf der „Haben"-Seite der Bevölkerungsbilanz — weicht am stärksten von der Wirklichkeit ab. Ohne sich in Einzelheiten einzulassen, sei hier auf das Ergebnis der Erhebungen hingewiesen, die im Laufe von elf Jahren vom Kirchlichen Suchdienst in München, einem katholisch-protestantischen Gemeinschaftsunternehmen, durchgeführt wurden. Sie ergaben, daß von den Deutschen, die zu Kriegsbeginn in den sogenannten Vertreibungsgebieten wohnten, Ende 1964 noch 80 Prozent am Leben waren. Die Veröffentlichung der vollen Ergebnisse dieser Nachforschungen wurde von der Zustimmung des „Bundesvertriebenenministeriums" abhängig gemacht, ist jedoch bis jetzt noch nicht erfolgt. Es ist selbstverständlich unmöglich, die genaue Zahl der Verluste der Zivlbevölkerung mit ständigem Wohnsitz 1939 in den Oder-Neiße-Gebieten festzustellen. Der Versuch, zumindest eine größenordnungsmäßige Vorstellung von der tatsächlichen Höhe des Saldos der Bevölkerungsbilanz zu gewinnen, führt zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Verluste der Zivilbevölkerung des seit 1945 polnischen Teils der Oder-Neiße-Gebiete ca. 500 000 bis 600 000 beträgt. Diese Zahl

nähert sich den vom westdeutschen Statistiker Prof. Dr. Bruno Gleitze errechneten Verlustzahlen und wird auch durch die Ergebnisse der erwähnten Nachforschungen des Kirchlichen Suchdienstes erhärtet.

Es bleibt noch die Frage nach den Ursachen dieser Verluste zu beantworten. Um dies zu erleichtern, sei hier vor allem kurz an die Ereignisse erinnert, die sich seit den ersten Monaten des Jahres 1945 in den weiten Ebenen zwischen der Oder im Westen und der Weichsel und Memel im Osten abspielten.

Als sich die sowjetischen Armeen im Herbst 1944 der damaligen deutschen Ostgrenze näherten, wurde von den führenden Männern des Dritten Reiches beschlossen, dem Feinde im Osten, wenn er in das Reichsgebiet eindringen sollte, nur „verbrannte Erde", einen verwüsteten, menschenleeren Raum zu überlassen. Als sie im Januar 1945 die „totale" Evakuierung der deutschen Bevölkerungsmassen aus dem Osten anordneten, waren sie sich bereits darüber im klaren, daß diese Evakuierung angesichts des bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs Deutschlands der endgültigen Auswanderung der Bevölkerung aus jenen Gebieten gleichkam.

Unabhängig davon, daß ein Teil der ängstlicheren Einwohner sich auf eigene Faust nach dem Inneren des Reiches absetzte, ist unleugbar, daß die Evakuierung der einzelnen Gebiete oder Ortschaften auf Befehl erfolgte und daß erst am 29. April 1945 — zehn Tage vor Kriegsende — das OKW im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS anordnete, daß bei der Evakuierung der Zivilbevölkerung aus feindbedrohten Gebieten kein Zwang ausgeübt werden dürfe. Erst am 6. Mai 1945 befahl Admiral Dönitz, die Lager an Ernährungs- und Bedarfsartikeln für die Zivilbevölkerung bei Feindannäherung nicht mehr zu zerstören.

Alle Anordnungen und Befehle in Räumungsangelegenheiten waren der NSDAP vorbehalten, die es jedoch unterließ, beizeiten Pläne auszuarbeiten und Vorkehrungen zu treffen, um die Zivilbevölkerung im Falle ihrer Evakuierung nach Möglichkeit vor Verlusten zu bewahren.

Als unter diesen Umständen am 12. Januar 1945 die sowjetische Großoffensive in Richtung auf Schlesien und den Mittellauf der Oder einsetzte und die Operationen zur Abschnürung Ostpreußens eingeleitet wurden, begannen Räumungsbefehle riesige Menschenmassen aus ihren Wohnsitzen im Osten des damaligen Reiches zu treiben. Die Befehle wurden, besonders auf dem Land, zwangsweise durchgeführt, in manchen Fällen wurde angeordnet, die Räumung nötigenfalls mit Waffengewalt zu erzwingen. Räumungsbefehle wurden ausgegeben und widerrufen, für manche Gebiete wurden auch von militärischen Stellen Räumungsbefehle erteilt. All dies zusammengenommen machte natürlich eine planmäßige, geordnete Evakuierung unmöglich.

Das völlige Chaos und insbesondere die zu spät ausgegebenen Räumungsbefehle verursachten viele Menschenverluste, die bei rechtzeitigen Anordnungen hätten vermieden werden können. Neben der Tatsache, daß der verantwortliche Apparat der NSDAP gänzlich versagt hatte, haben die im Januar und Februar 1945 herrschenden starken Fröste am meisten dazu beigetragen, daß die Evakuierung für die betroffene Bevölkerung zu einer schrecklichen Katastrophe wurde. Die in Güterwagen oder auf offenen Loren zusammengepferchten oder im Schneegestöber auf dem Glatteis der verstopften Straßen in langen Trecks mit ihren Gespannen, Handwagen, Rodelschlitten usw. dahinziehenden Menschen erfroren unterwegs zu Tausenden oder erlagen den Erschöpfungen. Die meisten Opfer gab

es unter den Kranken, Kindern und alten Leuten. SS- und Wehrmachtsstreifen holten aus den Zügen und Trecks noch die letzten Männer im wehrpflichtigen Alter heraus und überließen die Sorge um das Leben der von panischer Angst erfaßten Menschenmassen den Frauen und Greisen. Wenn es auf den verschneiten Straßen zu Stockungen kam, wurden die „Schuldigen" gefaßt und aufgehängt. Züge gerieten in das Kampfgebiet, Trecks verirrten sich im allgemeinen Chaos, in den Schneestürmen und im Feuer der kämpfenden Truppen. Städte, Straßenkreuzungen, Brücken usw. waren immer wieder Luftangriffen ausgesetzt. Besonders schwer war ein sowjetischer Angriff auf Stargard, sowie die englisch-amerikanischen Angriffe auf Swinemünde und die von Flüchtlingen überfüllte Stadt Stettin.

Aus Breslau wurden bei klirrendem Frost und eisigem Wind über 100 000 Frauen und Kinder zu Fuß nach dem Westen getrieben. Ähnliche Ereignisse wie dieser „Todesmarsch der Breslauer Frauen" spielten sich auch in Oberschlesien ab. Riesige Verluste erlitt die Zivilbevölkerung bei den Kämpfen um die sinnlos zu „Festungen" erklärten Städte. In der „Festung Breslau", die bis zum 6. Mai 1945 verteidigt wurde, kamen nach deutschen Quellen 40 000 bis 80 000 Zivilpersonen ums Leben. Allein der Bau eines provisorischen Flugplatzes in der Stadt soll 13 000 Menschenopfer verschlungen haben, fast ausschließlich Frauen und Kinder über zehn Jahre, die als arbeitspflichtig erklärt wurden. Von der Goebbels'schen Propaganda belogen und jetzt plötzlich vor die Wirklichkeit gestellt, brachen Tausende und aber Tausende Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten psychisch zusammen und begingen Selbstmord, oft zusammen mit ihren Familien.

Besonders tragische Ereignisse spielten sich am Frischen Haff und an der Bucht von Danzig ab. Dem westdeutschen Autor Jürgen Thorwald zufolge verschlang diese Tragödie in kürzester Zeit wenigstens 500 000 Menschenleben. Vom Westen abgeschnitten, zogen unzählige Fahrzeuge und Menschen über das Eis auf die Frische Nehrung. Wo die Eisdecke unter der allzugroßen Last zusammenbrach, verschwanden ganze Trecks in den Fluten. Hunger, Durst und das Übermaß der Anstrengungen vergrößerten noch die Zahl der Opfer. Das Grauen dieser Tage und Nächte wurde durch die unablässigen Luftangriffe auf das Haff und die Nehrung gesteigert, über die damals die Verbindungslinien der in Ostpreußen noch kämpfenden deutschen Verbände verliefen.

In dem dauernd unter Artilleriebeschuß liegenden und Luftangriffen ausgesetzten Kessel an der Danziger Bucht hatte sich eine Flüchtlingsmasse von über einer Million Menschen angesammelt. Zu ihrem Abtransport wurden Schiffe benutzt, die gleichzeitig militärischen Zwecken dienten. Viele wurden durch sowjetische, britische oder amerikanische Luftangriffe, Minen oder Unterseeboote versenkt.

Die Not der fast fünf Millionen Deutschen, die ihre Wohnstätten östlich der Oder und Neiße verlassen hatten, endete auch nicht, als sie diese Flüsse oder die Sudeten hinter sich gebracht hatten. Bei dem in Deutschland damals herrschenden Chaos setzte mit der Kälte, dem Hunger, den Seuchen, dem Mangel an Arzneien und ausreichender ärztlicher Betreuung das Massensterben weiterer physisch und psychisch erschöpfter Flüchtlinge ein. Auch erlitten sie bei den Bodenkämpfen westlich der Oder und der Sudeten neue schwere Verluste. In der Nacht zum 14. Februar 1945 kamen in Dresden, wo sich zu jener Zeit etwa 750 000 Flüchtlinge befanden, bei einem englischen Großluftangriff einem Bericht des Befehlshabers der Ordnungspolizei Dresden zufolge etwa 250 000 Menschen ums Leben.

III

Alle bisher hier erwähnten schweren Verluste, die vom Statistischen Bundesamt als Nachkriegsverluste bezeichnet und zu den „Vertreibungsverlusten" gerechnet werden, hat die Zivilbevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete vor Kriegsende in Gebieten erlitten, die sich im Prinzip noch unter der Kontrolle der deutschen Wehrmacht befanden. Wenn wir annehmen, daß auf diese Bevölkerung bloß die Hälfte der 500 000 Opfer der Katastrophe am Frischen Haff entfiel, daß im Feuer der kämpfenden Truppen nur 127 000 Zivilpersonen aus Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien ums Leben kamen — was vom Statistischen Bundesamt zugegeben wird —, wenn wir die in dieser Zahl nicht enthaltenen, bei Bodenkämpfen erlittenen besonders hohen Verluste der Zivilbevölkerung Ostpreußens hinzurechnen, wenn wir auch noch die Zahl aller derer einbeziehen, die bei der Versenkung von Schiffen oder Booten den Tod fanden, die den zahllosen Luftangriffen zum Opfer fielen, die den Anstrengungen, dem Hunger und dem Frost erlagen, von Seuchen dahingerafft wurden, Selbstmord begingen usw., müssen wir zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Zahl der Verluste, welche die Zivilbevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete vor dem Ende der Kampfhandlungen westwärts der Ostfront, bzw. unmittelbar im Kampfgebiet erlitten hatte, ungefähr ebenso hoch war wie der Verlustsaldo der von tendenziösem Beiwerk gesäuberten Bevölkerungsbilanz. Es geht daraus auch hervor, daß die Ereignisse ostwärts der Front und die spätere Aussiedlung der noch zurückgebliebenen Deutschen auf die Höhe dieser Verluste keinen entscheidenden Einfluß haben konnten.

Diese Feststellung soll nicht bedeuten, daß jene Deutschen überhaupt keine weiteren Verluste zu beklagen hatten. Das deutsche Volk war bis 1945 das bestgenährte und bestgekleidete Volk Europas gewesen. Jetzt, nachdem große deutsche Bevölkerungsgruppen von der Front überrollt wurden, lernten sie die bittere Not und den Hunger kennen, die das polnische Nachbarvolk schon seit Jahren gelitten hatte und noch immer litt. Die Hungersnot, die unzureichende Zahl von Ärzten (von den 12 000 polnischen Ärzten der Vorkriegszeit waren 5000 ermordet worden) und der Mangel an Arzneien bewirkten sowohl unter der deutschen als auch unter der polnischen Bevölkerung einen starken, statistisch nicht erfaßbaren Anstieg der Sterblichkeit.

Solange die Kämpfe andauerten, herrschte auf beiden Seiten der Front Kriegsrecht, dem sich auch die deutsche Zivilbevölkerung fügen mußte. Hochgestellte Vertreter des NS-Regimes hatten die Schaffung des „Werwolfs", einer Organisation zum Partisanenkampf, öffentlich angekündigt und propagiert. Kein Wunder, daß Deutsche, die im Verdacht standen, Kontakte mit dem nazistischen Untergrund aufrechtzuerhalten, die schärfsten Repressalien der sowjetischen und polnischen Militärbehörden zu erwarten hatten. Diese Behörden hielten es auch für ihre Pflicht, untergetauchte Kriegsverbrecher aufzuspüren und vor Gericht zu stellen.

Es war nach dem Rückzug der deutschen Truppen keine leichte Sache, die öffentliche Ordnung in den besetzten Gebieten wiederherzustellen. Hunderttausende von Einwohnern irrten umher, die ihre Wohnstätten verlassen hatten, aber nicht mehr weiter nach Westen ziehen konnten oder wollten. Verelendete und ausgehungerte Menschenmassen, ehemalige Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland Verschleppte zerstreuten sich nach allen Richtungen auf der Suche nach Lebensmitteln und einer Möglichkeit der Heimkehr. Ausgeartete Elemente, die sich schon vor dem Abzug der deutschen Truppen bemerk-

bar gemacht hatten, gingen auch jetzt ihrem verbrecherischen Treiben nach. Die unmittelbaren Folgen dieser Lage waren für die östlich der Oder und Neiße zurückgebliebene deutsche Bevölkerung sicher nicht viel empfindlicher als die Folgen, die aus der allgemeinen Lage Deutschlands im Jahre 1945 für die Bevölkerung der Gebiete westlich der Oder und Neiße erwuchsen.

IV

In westdeutschen Publikationen, die sich mit diesem Thema befassen, wird unverhältnismäßig viel von der „Verschleppung" von Deutschen geschrieben. Neben der kurzfristigen Evakuierung von Zivilpersonen aus dem Frontgebiet, der Verhaftung von Kriegsverbrechen verdächtiger Deutscher, aktiver Nazis usw. wird als „Verschleppung" auch der Einsatz von arbeitsfähigen Deutschen beim Wiederaufbau der sowjetischen Landwirtschaft und Industrie bezeichnet. Die Gestellung von Arbeitskräften wurde von den verbündeten Großmächten auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 der Sowjetunion als ein Teil der Reparationsleistungen zugesprochen. Diese Aktion dauerte nur bis Ende April 1945 und umfaßte etwa 200 000 Personen aus den Oder-Neiße-Gebieten. Es muß damit gerechnet werden, daß die Sterblichkeit unter diesen Personen infolge der allgemeinen Notlage, der Anstrengungen und Entbehrungen während der vorangehenden wochenlangen Flucht, der Lebensmittelknappheit und der Krankheiten (insbesondere der Ruhr) größer war als unter normalen Verhältnissen, obwohl dem Abtransport zur Arbeit in die Sowjetunion eine Überprüfung des Gesundheitszustandes vorausging. Immerhin kann die Zahl der Gestorbenen nur einen Bruchteil der erwähnten Gesamtzahl der zur Arbeit in die Sowjetunion eingesetzten Deutschen betragen haben, der in der Bevölkerungsbilanz keine ausschlaggebende Rolle zu spielen vermag. Auch diese Zahl hat übrigens mit der erst später beschlossenen und durchgeführten Umsiedlung nichts gemein.

Wenn man die auf Veranlassung des „Bundesvertriebenenministeriums" ausgewählten und zusammengestellten, von ihm veröffentlichten Berichte über die Überführung der östlich der Oder-Neiße zurückgebliebenen Deutschen nach Deutschland liest, darf man an diese Schilderungen nicht den Maßstab der heutigen Verhältnisse anlegen. Das bezieht sich insbesondere auf die jüngeren Leser, die die tragischen Kriegs- und Nachkriegsjahre nur aus dem Geschichtsunterricht oder den Erzählungen älterer Leute kennen. Wie oft wird unter diesen Umständen von Haß oder bitterer Enttäuschung diktierten, wenn nicht gar vorsätzlich inspirierten Berichten mehr Glauben geschenkt, als sie es im Lichte der zur Zeit der beschriebenen Ereignisse obwaltenden Umstände verdienen.

Wir haben bereits kurz die Lage beschrieben, in der sich die Oder-Neiße-Gebiete in der ersten Zeit nach Kriegsende befanden. Polen, selbst entsetzlich verwüstet, war soeben von einer verheerenden Okkupation befreit worden. Der eiligst improvisierte polnische Verwaltungsapparat wurde gleich vor Aufgaben gestellt, die seine Kräfte und Erfahrungen weit überstiegen. Sie konnten durch die Begeisterung, für das wiedererstandene Land arbeiten zu können, nicht ersetzt werden. Die deutschen Truppen hatten bei ihrem Rückzug nicht nur unzählige Lager an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für die Zivilbevölkerung vernichtet, sondern auch viele Bahnlinien unbrauchbar gemacht. Das rollende Material war nach dem Westen geschafft oder zu einem großen Teil wertlos. Viele Personenzüge mußten anfangs aus Güterzügen zusammengestellt werden, die in der kalten Jahreszeit nicht immer geheizt werden konnten, da es wegen der Transportschwierig-

keiten oft unmöglich war, die nötigen Mengen an Brennmaterial regelmäßig herbeizuführen. Infolge der Zerstörung der Anlagen wickelte sich der Verkehr in einem Schneckentempo ab. Es dauerte einige Jahre, bis der Eisenbahntransport wieder normal zu funktionieren begann.

Diese Situation, die Folgen des vom NS-Regime entfesselten Krieges, der jahrelangen Okkupation Polens, des Vernichtungswahns der nazistischen Machthaber muß man sich vor Augen führen, wenn man die verschiedentlich verbreiteten Berichte über die Überführung der in Polen zurückgebliebenen Deutschen nach Deutschland liest. Bei einiger Objektivität wird man dann zur Überzeugung kommen, daß die jungen, unerfahrenen, sich erst organisierenden polnischen Behörden alles getan haben, was man von ihnen unter diesen Umständen billigerweise erwarten konnte, um die auszusiedelnden Deutschen von den bis vor kurzem als Untermenschen behandelten, einer unbeschreiblichen Schreckensherrschaft ausgelieferten, jetzt nach Vergeltung dürstenden Massen fern zu halten und die Aussiedlungen, die an und für sich für die von ihnen Betroffenen ein schweres Erlebnis darstellten, so reibungslos wie unter den gegebenen Umständen möglich durchzuführen. Übergriffe untergeordneter Organe wurden bestraft, Unfällen — die leider nicht gänzlich verhindert werden konnten — wurde nach Möglichkeit vorgebeugt. Die Züge, die die Deutschen in die britische oder sowjetische Besatzungszone brachten, führten auf der Rückfahrt zu Zwangsarbeiten nach Deutschland verschleppte Polen in ihre Heimat zurück. Auch ihnen konnten damals keine anderen Transportmöglichkeiten geboten werden, was in keinem der in Deutschland publizierten Berichte aus jener Zeit hervorgehoben wird.

Das polnische Volk empfindet keine Abneigung gegen das deutsche Volk, dessen große kulturelle und wirtschaftliche Leistungen es aufrichtig bewundert. Es würde sich aber wünschen, daß deutsch-polnische Probleme, die die nur zu oft tragische Vergangenheit betreffen, auch von deutscher Seite objektiv dargestellt und nicht dadurch, daß sie in ein einseitiges oder gar falsches Licht gerückt werden, zur Schürung des Völkerhasses mißbraucht werden.

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Was kosten die Notstandsgesetze?

Kostentabelle für Gemeindegrößen ab 5000 Einwohner

Gegen die Stimmen eines Teils der SPD- und FDP-Abgeordneten hat der Deutsche Bundestag am 24. und 25. August 1965 die folgenden sieben „einfachen" Notstandsgesetze verabschiedet:

— die vier Sicherstellungsgesetze (Wirtschafts-, Verkehrs-, Ernährungs- und Wassersicherstellungsgesetz),

— die drei Schutzgesetze (Zivilschutzkorps-, Selbstschutz- und Schutzbaugesetz).

Aus der Gruppe der vier Sicherstellungsgesetze sind das Wirtschafts-, Verkehrs- und Ernährungssicherstellungsgesetz am 28. 8. 1965 und das Wassersicherstellungsgesetz am 16. 9. 1965 in Kraft getreten. Aus der Gruppe der drei Schutzgesetze, deren Inkrafttreten durch das Haushaltssicherungsgesetz vom 12. 12. 1965 zunächst aufgeschoben wurde, sollen das Zivilschutzkorpsgesetz und das Selbstschutzgesetz am 1. 1. 1968 und das Schutzbaugesetz am 1. 7. 1968 wirksam werden.[1]) Die Bemühungen des Bundesinnenministers, das Inkrafttreten der drei Schutzgesetze auf den 1. 1. 1967 vorzuverlegen, scheiterten am Widerstand des Bundesrates. Gegen eine Vorverlegung dieser Gesetze sprach einmal die schwierige Finanz- und Haushaltslage der öffentlichen Hände; nicht weniger gravierend sind zum anderen die prinzipiellen verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedenken gegen eine Notstandsgesetzgebung überhaupt [2]). Um das umstrittene Notstandspaket baldmöglichst unter Dach und Fach zu bringen und die Diskussion über diese verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Bedenken durch die Notstandsverfassung einzuengen, beabsichtigt Innenminister Lücke, dem Bundestag in allernächster Zeit den Entwurf für eine Notstandsverfassung vorzulegen. Die Verabschiedung des Kernstücks der Notstandsgesetzgebung, des Notstandsverfassungsgesetzes, würde der Bundesregierung oder dem geplanten „Gemeinsamen Ausschuß" mit 33 Parlamentariern das Inkraftsetzen auch der verfassungsrechtlich stark umstrittenen „einfachen" Notstandsgesetze erleichtern.

Seit Jahren bereits spielt — unabhängig von den politischen und rechtlichen Aspekten — die Frage der Kosten für die Durchführung der Notstandsgesetzgebung eine erhebliche Rolle. Parlamentarier, vor allem Kommunalpolitiker, haben immer wieder kritisch auf diese zu erwartenden hohen Zusatzbelastungen der öffentlichen Etats hingewiesen. So hat beispielsweise Münchens Oberbürgermeister, Dr. Jochen Vogel, für die bayerische Landeshauptstadt eine aus dem Notstandsprogramm erwachsende Kostenbelastung in Höhe von etwa 1,2 Milliarden DM errechnet. Aus der Größenordnung dieser Kosten schloß Dr. Vogel, „daß auf Jahre hinaus dringende Investitionen für Zwecke des Gemeindebedarfs wesentlich eingeschränkt werden müssen". Oberbürgermeister Heinz Dunkel

---

1) In Vorbereitung ist das Notstandsverfassungsgesetz. — Geplant sind ferner ein Aufenthaltsregelungs-, Erkennungsmarken-, Zivildienst- und Zivilschutzkorpsgesetz. Es ist zur Zeit noch offen, ob diese vier Entwürfe als Notstandsgesetze oder im Rahmen der sogenannten Schubladenverordnungen erlassen werden sollen.

2) Vgl. u. a. Helmut Ridder, Notstand '66. Köln 1966.

bezifferte die Notstandskosten für Solingen auf 116 Millionen DM. Die Berechnungen der beiden Städte beziehen sich jedoch nur auf Teilbereiche der Notstandsgesetzgebung und sind, wie es dazu heißt, Ergebnisse rein überschlägiger Kostenkalkulationen.

Es ist der Initiative der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. (VDW) unter Vorsitz von Prof. Dr. C. F. v. Weizsäcker zu danken, daß nunmehr eine umfassende Untersuchung zur Frage der Gesamtkosten der bisher verabschiedeten sieben Notstandsgesetze vorliegt. Im Auftrag der VDW hat das Europäische Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung, die PROGNOS AG, Basel, eine international namhafte Arbeitsgruppe von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspraktikern, ein Gutachten mit detaillierten Kostenrechnungen zu den vorliegenden Notstandsgesetzen erarbeitet, das im Ergebnis moderner ökonomischer Forschungsmethoden konkrete Globalzahlen bietet.[3]) Zudem verbürgt die nachdrücklich betonte politische Neutralität des beauftragten Schweizer Instituts und seiner Experten gegenüber dem Objekt ihrer Untersuchung einen optimalen Aussagewert der vorgelegten Kostenrechnung. PROGNOS beziffert bei „mittlerer Schätzung" den volkswirtschaftlichen Gesamtaufwand für die Notstandsgesetze [4]) innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren (von dem die Gutachter als Ausbauperiode für die Verwirklichung dieses Gesetzeskomplexes rechnerisch ausgehen) mit einem Totalkostenbetrag von 83 Milliarden DM [5]). Umgerechnet stellt sich somit der Gesamtaufwand für die bisher geplanten Notstandsmaßnahmen im Jahresdurchschnitt auf 8,3 Milliarden DM. Außerdem müssen den hier genannten Gesamtaufwendungen von 83 Milliarden noch weitere 1,9 Milliarden DM (ebenfalls „mittlere Schätzung") hinzugerechnet werden, die sich im Rahmen des Zehn-Jahres-Programms der Notstandsplanung an zusätzlichen Steuerausfällen ergeben und als Ausfallsumme im PROGNOS-Gutachten gesondert ausgewiesen sind.

Kostenschätzungen zum Notstandskomplex, die von kommunaler Seite sowie von anderen sachlich interessierten Stellen veröffentlicht wurden, sind von den federführenden Bundesbehörden wiederholt in Frage gestellt worden, obgleich die angezweifelten Berechnungen sich in den Kostenansätzen ausdrücklich im Rahmen der Ausgabenverpflichtungen hielten, die sich aus den einzelnen Notstandsgesetzen und den hierzu bereits ergangenen Verordnungen ergeben; im übrigen wurden sie bislang auch nicht durch amtliche Gegenrechnungen widerlegt. Möglichen Zweifeln dieser Art begegnet das PROGNOS-Gutachten in der Schlußbemerkung mit folgenden Argumenten: „Die hohe Gesamtsumme (des Totalbetrages, hier: 83 Milliarden DM, d. Verf.) kommt nicht dadurch zustande, daß für einzelne Maßnahmen besonders hohe Kosten angesetzt wurden. Vielmehr sind die einzelnen Ansätze, gemessen an den allgemeinen Ermächtigungen des Gesetzes, vorsichtig und ganz generell mit der Unterstellung vorgenommen worden, daß die Pläne der Regierung sich für den ganzen Zeitraum (des den gut-

---

3) Kostenschätzung für die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung im Auftrage der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. durch die PROGNOS AG, Basel/Schweiz. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt/Main 1966.

4) Die finanziellen Auswirkungen aus der Erfüllung der zur Zeit bereits laufenden Notstandsprogramme sind im PROGNOS-Gutachten entsprechend ihrem augenblicklichen Umfang mit 180 Millionen DM jährlich unter der Kennzeichnung „Fortführung der bisherigen Maßnahmen" berücksichtigt. Außerdem wurden diesem Posten der Gesamtschätzung die zusätzlichen Aufwendungen für die „unerledigten" Gesetze (siehe Anmerkung 1)) — „soweit aufgrund des gegenwärtigen Informationsstandes möglich" — nur vorsorglich in Form der pauschalen Steigerung zugerechnet.

5) Nach einem Hinweis der Verfasser des Gutachtens liegen den Kostenberechnungen die Preise von 1964 bzw. 1965 zugrunde; dabei haben die Gutachter auf die Berücksichtigung zukünftiger Preissteigerungen generell verzichtet, hielten jedoch insoweit eine Ausnahme für notwendig, als sie die auf dem Bausektor wahrscheinliche Realkostensteigerung (infolge der naheliegenden unmittelbaren Preisbelebung durch den Schutzbaubedarf) vergleichsweise in die Kostentabelle einarbeiteten. Der zitierte Gesamtaufwand von 83 Milliarden DM berücksichtigt demnach ausschließlich die für den Bausektor kalkulierte Erhöhung der Realkosten.

achtlichen Berechnungen zugrundeliegenden Zehnjahresprogramms, d. Verf.) ... nicht wesentlich erweitern. Die Fülle der kostenverursachenden Einzelvorschriften ist also die eigentliche Ursache dafür, daß selbst bei geringer Ausnutzung des im Gesetz gegebenen Spielraums relativ hohe Gesamtkosten zusammenkommen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß bestimmte Folgekosten der Anlaufprogramme die Gesamtkosten zweifellos erhöhen werden. Sie sind häufig nur wegen des Mangels an brauchbaren Schätzungsgrundlagen nicht in Ansatz gebracht worden."

Wie drastisch sich diese Vorsicht der PROGNOS-Gutachter auf die dargestellten Endsummen ausgewirkt haben dürfte, läßt ein Vergleich mit dem Kostenanschlag ahnen, den Prof. Tamms für die Stadt Düsseldorf im Jahre 1964 angefertigt hat.[6]) Seine fundierten und eingehend erläuterten Kostenermittlungen, die sich allein mit den Maßnahmen des Schutzbaugesetzes befassen und sich auch auf den hierfür erforderlichen Finanzbedarf im gesamten Bundesgebiet erstrecken, faßt Prof. Tamms in folgender Feststellung zusammen: „In 20 Jahren müßten nach dem heutigen Kostenstand (1964, d. Verf.) etwa 200 Milliarden ausgegeben werden, um das Programm des Luftschutzes nach dem Gesetzentwurf durchzuführen." In diesem Teilkostenbetrag für den Ausgabensektor „Schutzbaugesetz" seien, wie Tamms anmerkt, die Folgekosten aller weiteren Notstandsgesetze nicht berücksichtigt, die erforderlich seien, um den Luftschutz wirksam zu machen, z. B. Ausbildung von Luftschutzpersonal, Luftwarndienst, Bereitstellung von Hilfsgeräten, Unterhaltung von Lebensmittelvorräten und Vorräten an Medikamenten, Verwaltungskosten für bauliche Luftschutzmaßnahmen.

Wenn eine ernstzunehmende Untersuchung, wie sie die Stadt Düsseldorf mit dem Gutachten von Prof. Tamms vorlegte, allein schon für die nackten Kosten aus dem inzwischen allerdings veränderten Schutzbaugesetz den astronomisch anmutenden Betrag von 200 Milliarden DM veranschlagt, so muß daraus der Schluß gezogen werden, daß eine Verwirklichung der gesamten Notstandsplanung mindestens zu einer volkswirtschaftlich kaum tragbaren Kosteneskalation tendiert. Einen Ausblick auf solche Expansionstendenzen der Kosten für die Zivilschutzplanung vermitteln auch die abschließenden Erläuterungen des PROGNOS-Gutachtens, in denen es heißt: „Im ganzen gesehen wird durch die Versorgemaßnahmen, die wir dieser Untersuchung zugrundegelegt haben, nur ein Bruchteil des mit der Notstandsplanung angestrebten Schutzes der Zivilbevölkerung realisiert. Insofern umfassen die geschätzten Kosten auch nur einen Bruchteil des für den Schutz der Zivilbevölkerung notwendigen Gesamtaufwands." Nach Ansicht der Gutachter drängen sich in diesem Zusammenhang zwei Bereiche für eine Erweiterung der Zivilschutzprogramme schon vor Ablauf des veranschlagten Zehnjahreszeitraums auf: Dies sind „einmal die Vorratshaltung aufgrund der Sicherstellungsgesetze ..., zum anderen der öffentliche Schutzbau und der bauliche Betriebsschutz, die in den vorliegenden Programmen nur in äußerst geringem Maße berücksichtigt wurden."

Man sollte auch nicht außer acht lassen, daß die mit dem Vollzug der Gesetze beauftragten Behörden weitgehend ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Bei der bekannten Neigung unserer Behörden, die ihnen übertragenen Aufgaben möglichst vollkommen zu erfüllen und folglich das gesetzlich vorgeschriebene Minimum an Maßnahmen zu überschreiten, ist daher eher mit einer

---

6) Untersuchung der Stadt Düsseldorf im Auftrage des Deutschen Städtetages über die im Entwurf des Schutzbaugesetzes von 1962 genannten Kosten, Juni 1964, in: Kostenheft zum Memorandum Ziviler Bevölkerungsschutz heute. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Frankfurt/Main, Juli 1964.

Ausweitung als mit einer Minderung der Kosten zu rechnen. Mit den Notstandsgesetzen würde voraussichtlich ein Ausgabenmechanismus in Gang gesetzt werden, der dann schwerlich unter Kontrolle zu halten sein dürfte. In der Regel sind Einsparungen, wenn die Apparatur der gesetzlichen Maßnahmen einmal angelaufen ist, kaum mehr möglich.

Bei der Betrachtung einiger mit der Anwendung der Notstandsgesetze verknüpfter Sekundärbelastungen in noch unbekannter Höhe darf auch folgende ökonomische Tatsache nicht unbeachtet bleiben: Unproduktive Aufwendungen, wie sie der Einsatz von Mitteln für den Zivilschutz der Natur nach darstellen, gehen auf Kosten von Investitionen, die das Sozialprodukt erhöhen, und verengen zudem den finanziellen Spielraum für gemeinschaftswichtige, zukunftssichernde Aufwendungen beispielsweise auf den Gebieten der Infrastruktur, der Städtesanierung, der wirtschaftlichen Investitionen, der sozialen Sicherung, der Bildung, Erziehung, Forschung und Kultur, des Gesundheitswesens und des Sports.

Das Interesse am Kostenproblem der Notstandsgesetzgebung reicht also weit über den Personen- und Instanzenkreis hinaus, der sich aus professionellen Gründen bereits damit befaßt. Dies war Anstoß genug dazu, die im PROGNOS-Gutachten entwickelten Globalzahlen für das Bundesgebiet durch konsequente Weiterrechnung auf kommunale Maße zu reduzieren. Denn, wer auch immer nach dem Wortlaut der Gesetze, mit jeweils unterschiedlichen Beteiligungsquoten betroffen, als „Kostenträger" figuriert (die öffentlichen Hände wie Bund, Länder und Gemeinden, die Privatwirtschaft und der Bürger selbst): soweit nicht bereits unmittelbar zu den Kosten herangezogen, wird der einzelne Staatsbürger jedenfalls mittelbar die notwendigen Beträge aufbringen müssen, sei es nun, daß die zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Hand zu Steuererhöhungen und Leistungsminderungen bei Bund, Ländern und Gemeinden führen oder daß die Belastung der gewerblichen Wirtschaft wie üblich auf die Verbraucherpreise abgewälzt wird. Letzten Endes werden die Kostenfolgen immer wieder die Bevölkerung treffen und in den Rathäusern der Gemeinden und Städte am ehesten negative Wirkungen auslösen. Im übrigen sind überdimensionale Größen globaler Milliardensummen wenig geeignet, zur Urteilsbildung über den realen Kostenumfang beizutragen und die notwendige Diskussion über diesen kritischen Punkt in der Öffentlichkeit zu fördern, so daß sich schon aus diesem Grunde die Aufgabe stellt, den Totalaufwand in die besser überschaubare Größenordnung kommunaler Teilbeträge aufzugliedern.

Dies ist in der folgenden tabellarischen Kostenaufstellung geschehen, indem für den in Frage kommenden nächsten Zeitraum der Notstandsplanung (1968 bis 1977) auf der Basis der „mittleren Schätzung" des Gesamtaufwands gemäß PROGNOS-Untersuchung der Aufwand von 8,3 Milliarden DM für ein Jahr und der Aufwand von 83 Milliarden DM für zehn Jahre auf die Einwohnerzahlen von Städten und Gemeinden ab 5000 umgerechnet wurden.[7]) Die Einwohnerzahlen von Städten und Gemeinden — wie auch die Bevölkerungszahl für das Bundesgebiet ohne Westberlin — (Stand vom 31. 12. 1964) wurden dem „Statistischen

[7]) Das für die Aufstellung der Tabelle angewandte Verfahren einer schematisch-rechnerischen Umlage der Gesamtkosten auf kommunale Bevölkerungszahlen führt naturgemäß auch zu einer schematischen Kostenübersicht. Bei der Durchführung der Notstandsgesetzgebung würden sich unter Umständen gewisse Kostenverschiebungen ergeben, die sich jedoch im einzelnen einer Vorausschau entziehen; denkbar wäre beispielsweise, daß die Kosten für bauliche Maßnahmen aus dem Schutzbaugesetz in ländlichen Gebieten eine andere Höhe erreichten als in Ballungsgebieten. Ferner hat die tabellarische Übersicht die Möglichkeit außer Betracht gelassen, daß in den Anlaufjahren z. B. aus technischen oder etatpolitischen Gründen geringere, in späteren Jahren entsprechend höhere Beträge aufgewandt werden; dies ist für die Frage nach der effektiven Kostenlast jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Bericht" des Statistischen Bundesamtes, Reihe 1, I 1966, Mainz, entnommen. Für das Bundesgebiet (ohne Westberlin) wies die Statistik 1964 56 387 300 Einwohner aus. Somit ergibt sich folgende Ausgangsrechnung: Der Jahresaufwand der Notstandsgesetze für das Bundesgebiet (ohne Westberlin) beläuft sich, umgelegt auf 1000 Einwohner einer Gemeinde, auf (8,3 Milliarden DM dividiert durch 56 387 300 multipliziert mit 1000 gleich) 147 000 DM jährlich.[8])

Ort	Einwohner	Kosten in DM 1 Jahr	10 Jahre
Aachen, Stadt	175 964	25 866 708	258 667 080
Aalen, Stadt	33 761	4 962 867	49 628 670
Abensberg, Stadt	5 079	746 613	7 466 130
Achern, Stadt	7 374	1 083 978	10 839 780
Achim, Stadt	8 661	1 273 167	12 731 670
Ahaus, Stadt	10 212	1 501 164	15 011 640
Ahlem	10 343	1 520 421	15 204 210
Ahlen, Stadt	43 807	6 439 629	64 396 290
Ahrensbök	7 135	1 048 845	10 488 450
Ahrensburg, Stadt	22 938	3 371 886	33 718 860
Ahrweiler, Stadt	8 939	1 314 033	13 140 330
Aichach, Stadt	6 322	929 334	9 293 340
Ainring	5 538	814 086	8 140 860
Aldenhoven	6 449	948 003	9 480 030
Alfeld (Leine), Stadt	12 959	1 904 973	19 049 730
Alfter	5 208	765 576	7 655 760
Alsdorf, Stadt	32 374	4 758 978	47 589 780
Alsfeld, Stadt	10 368	1 524 096	15 240 960
Altdorf b. Nürnberg, Stadt	6 092	895 524	8 955 240
Altena, Stadt	23 795	3 497 865	34 978 650
Altenberge	5 130	754 110	7 541 100
Altenbögge-Bönen	15 516	2 280 852	22 808 520
Altendorf	6 817	1 002 099	10 020 990
Altenerding	6 350	933 450	9 334 500
Altenesch	6 886	1 012 242	10 122 420
Altenkessel	9 002	1 323 294	13 232 940
Altlünen	12 952	1 903 944	19 039 440
Altötting, Stadt	9 488	1 394 736	13 947 360
Alzenau i. Ufr., Stadt	5 452	801 444	8 014 440
Alzey, Stadt	12 199	1 793 253	17 932 530
Amberg, Stadt	41 779	6 141 513	61 415 130
Amern	5 228	768 516	7 685 160
Ammeloe	8 047	1 182 909	11 829 090
Andernach, Stadt	21 440	3 151 680	31 516 800
Annweiler am Trifels, Stadt	6 114	898 758	8 987 580
Anrath	8 656	1 272 432	12 724 320
Ansbach, Stadt	32 097	4 718 259	47 182 590
Apen	8 028	1 180 116	11 801 160
Appen	5 099	749 553	7 495 530
Arnsberg, Stadt	22 304	3 278 688	32 786 880
Arolsen, Stadt	5 802	852 894	8 528 940

8) Demnach entfallen 147 DM jährlich auf den Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik (ohne Westberlin), die zur Finanzierung der Maßnahmen aus der Notstandsgesetzgebung aufzubringen wären. Nach Angaben der PROGNOS-Untersuchung wird für Zivilschutzzwecke in der Bundesrepublik schon jetzt ein Pro-Kopf-Betrag von jährlich rund 10 DM ausgegeben. Im Vergleich (vgl. Nachwort zum PROGNOS-Gutachten) mit den Zivilschutzaufwendungen, die aus den Budgets des westlichen Auslandes ersichtlich sind, liegt die Bundesrepublik heute bereits mit ihrem Kostenaufwand in der Spitzengruppe. Selbst in jenen Vergleichsländern, die einen relativ hohen Zivilschutzaufwand für erforderlich halten, belaufen sich die hierfür ausgewiesenen Ausgaben auf nicht mehr als 10 DM pro Kopf und Jahr; so nämlich in der Schweiz und in den meisten skandinavischen Ländern. Nicht zu dieser Spitzengruppe zählt dagegen Finnland, dessen entsprechende Jahresausgaben nur Bruchteile einer Deutschen Mark betragen. Alle übrigen Länder wenden für diesen Ausgabenposten nicht mehr als 5 DM pro Kopf und Jahr auf; darunter die USA (bei einem Jahresaufwand von insgesamt rund 100 Millionen Dollar) umgerechnet nur 2 DM und Frankreich sogar nur 0,50 DM pro Kopf und Jahr.

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Arzberg, Stadt	6 385	938 595	9 385 950
Aschaffenburg, Stadt	55 415	8 146 005	81 460 050
Ascheberg	5 826	856 422	8 564 220
Aschendorf (Ems), Stadt	5 159	758 373	7 583 730
Asperg, Stadt	10 487	1 541 589	15 415 890
Aßlar	6 265	920 955	9 209 550
Attendorn-Land	8 791	1 292 277	12 922 770
Attendorn, Stadt	12 082	1 776 054	17 760 540
Auerbach i. d. Opf., Stadt	5 806	853 482	8 534 820
Augsburg, Stadt	209 906	30 856 182	308 561 820
Augustdorf	6 048	889 056	8 890 560
Aulendorf, Stadt	5 062	744 114	7 441 140
Aurich (Ostfriesland), Stadt	12 600	1 852 200	18 522 000
Avenwedde	9 155	1 345 785	13 457 850
Babenhausen, Stadt	5 696	837 312	8 373 120
Backnang, Stadt	26 409	3 882 123	38 821 230
Bad Aibling, Stadt	7 631	1 121 757	11 217 570
Bad Bergzabern, Stadt	5 677	834 519	8 345 190
Bad Bramstedt, Stadt	7 203	1 058 841	10 588 410
Bad Driburg (Westfalen), Stadt	8 593	1 263 171	12 631 710
Bad Dürkheim, Stadt	12 655	1 860 285	18 602 850
Bad Ems, Stadt	9 708	1 427 076	14 270 760
Bad Friedrichshall, Stadt	9 545	1 403 115	14 031 150
Bad Gandersheim, Stadt	5 977	878 619	8 786 190
Bad Godesberg, Stadt	68 808	10 114 776	101 147 760
Bad Harzburg, Stadt	11 347	1 668 009	16 680 090
Bad Hersfeld, Stadt	23 295	3 424 365	34 243 650
Bad Hönningen	5 863	861 861	8 618 610
Bad Homburg v. d. H., Stadt	38 454	5 652 738	56 527 380
Bad Honnef am Rhein, Stadt	16 104	2 367 288	23 672 880
Bad Kissingen, Stadt	12 787	1 879 689	18 796 890
Bad Kreuznach, Stadt	36 054	5 299 938	52 999 380
Bad Lauterberg i. Harz, Stadt	10 287	1 512 189	15 121 890
Bad Lippspringe, Stadt	9 280	1 364 160	13 641 600
Bad Mergentheim, Stadt	12 110	1 780 170	17 801 700
Bad Münster am Deister, Stadt	7 940	1 167 180	11 671 800
Bad Nauheim, Stadt	14 399	2 116 653	21 166 530
Bad Nenndorf	5 465	803 355	8 033 550
Bad Neuenahr, Stadt	9 692	1 424 724	14 247 240
Bad Neustadt a. d. Saale, Stadt	8 850	1 300 950	13 009 500
Bad Oeynhausen, Stadt	13 994	2 057 118	20 571 180
Bad Oldesloe, Stadt	16 752	2 462 544	24 625 440
Bad Orb, Stadt	7 485	1 110 295	11 102 950
Bad Pyrmont, Stadt	14 744	2 167 368	21 673 680
Bad Reichenhall, Stadt	14 074	2 068 878	20 688 780
Bad Sachsa, Stadt	5 658	831 726	8 317 260
Bad Salzdetfurth, Stadt	6 691	983 577	9 835 770
Bad Salzuflen, Stadt	16 661	2 449 167	24 491 670
Bad Schwalbach, Stadt	6 064	891 408	8 914 080
Bad Schwartau, Stadt	15 910	2 338 770	23 387 700
Bad Segeberg, Stadt	12 347	1 815 009	18 150 090
Bad Soden am Taunus, Stadt	8 540	1 255 380	12 553 800
Bad Sooden-Allendorf, Stadt	6 621	973 287	9 732 870
Bad Tölz, Stadt	12 152	1 786 344	17 863 440
Bad Vilbell, Stadt	16 807	2 470 629	24 706 290
Bad Waldsee, Stadt	7 104	1 044 288	10 442 880
Bad Wildungen, Stadt	11 397	1 675 359	16 753 590
Bad Wimpfen, Stadt	5 647	830 109	8 301 090
Bad Windshein, Stadt	8 041	1 182 027	11 820 270
Bad Wörishofen, Stadt	7 823	1 149 981	11 499 810
Baden-Baden, Stadt	39 514	5 808 558	58 085 580
Baesweiler	14 290	2 100 630	21 006 300
Baiersbronn	10 063	1 479 261	14 792 610

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Balingen, Stadt	12 622	1 855 434	18 554 340
Bamberg, Stadt	73 130	10 750 110	107 501 100
Bardenberg	6 364	935 508	9 355 080
Bargteheide	6 568	965 496	9 654 960
Barmstedt, Stadt	8 111	1 192 317	11 923 170
Barsinghausen	12 894	1 895 418	18 954 180
Barßel	7 722	1 135 134	11 351 340
Bassum, Stadt	6 506	956 382	9 563 820
Bayreuth, Stadt	62 562	9 196 614	91 966 140
Bebra, Stadt	7 536	1 107 792	11 077 920
Beckum, Stadt	21 289	3 129 483	31 294 830
Bedburg, Stadt	8 987	1 321 089	13 210 890
Belecke, Stadt	5 482	805 854	8 058 540
Bellheim	5 895	866 565	8 665 650
Bendorf, Stadt	14 547	2 138 409	21 384 090
Bensberg, Stadt	35 766	5 257 602	52 576 020
Bensheim, Stadt	25 331	3 723 657	37 236 570
Bentheim, Stadt	6 687	982 989	9 829 890
Berenbostel	7 988	1 174 236	11 742 360
Bergen, Stadt	5 406	794 682	7 946 820
Bergen-Enkheim	11 565	1 700 055	17 000 550
Berghausen	5 046	741 762	7 417 620
Bergheim (Erft), Stadt	9 305	1 367 835	13 678 350
Bergisch Gladbach, Stadt	45 769	6 728 043	67 280 430
Bergkamen	13 723	2 017 281	20 172 810
Bergneustadt, Stadt	10 939	1 608 033	16 080 330
Berkheim	5 464	803 208	8 032 080
Berleburg, Stadt	6 447	947 709	9 477 090
Berne	6 265	920 955	9 209 550
Bernhausen	7 789	1 144 983	11 449 830
Bernkastel-Kues, Stadt	5 690	836 430	8 364 300
Besigheim, Stadt	7 293	1 072 071	10 720 710
Betzdorf, Stadt	10 294	1 513 218	15 132 180
Beuel, Stadt	33 992	4 996 824	49 969 240
Bevensen, Stadt	5 554	816 438	8 164 380
Beverungen, Stadt	5 314	781 158	7 811 580
Bexbach	9 598	1 410 906	14 109 060
Biberach an der Riß, Stadt	23 708	3 485 076	34 850 760
Biblis	5 431	798 357	7 983 570
Biebesheim	5 164	759 108	7 591 080
Biedenkopf, Stadt	7 297	1 072 659	10 726 590
Bielefeld, Stadt	169 849	24 967 803	249 678 030
Bielstein (Rheinland)	9 457	1 390 179	13 901 790
Bietigheim	5 186	762 342	7 623 420
Bietigheim, Stadt	18 885	2 776 095	27 760 950
Bingen, Stadt	20 555	3 021 585	30 215 850
Birkenfeld	6 576	966 672	9 666 720
Birkenfeld, Stadt	6 229	915 663	9 156 630
Birkesdorf	7 387	1 085 889	10 858 890
Bischofsheim	10 327	1 518 069	15 180 690
Bischofsheim	5 962	876 414	8 764 140
Bischofswiesen	7 365	1 082 655	10 826 550
Bissingen an der Enz	8 897	1 307 859	13 078 590
Bitburg, Stadt	7 726	1 135 722	11 357 220
Blaubeuren, Stadt	8 234	1 210 398	12 103 980
Blieskastel, Stadt	6 330	930 510	9 305 100
Blomberg, Stadt	7 116	1 046 052	10 460 520
Blumberg, Stadt	6 109	898 023	8 980 230
Bobingen, Markt	8 531	1 254 057	12 540 570
Bocholt, Stadt	46 639	6 855 933	68 559 330
Bochum, Stadt	357 513	52 554 411	525 544 110
Bockhorn	7 421	1 090 887	10 908 870
Bockum-Hövel, Stadt	24 977	3 671 619	36 716 190
Böblingen, Stadt	29 014	4 265 058	42 650 580

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Bonn, Stadt	141 893	20 858 271	208 582 710
Boppard, Stadt	8 860	1 302 420	13 024 200
Bordesholm	6 023	885 381	8 853 810
Borghorst, Stadt	16 222	2 384 634	23 846 340
Bork	6 599	970 053	9 700 530
Borken, Stadt	13 296	1 954 512	19 545 120
Borkum, Stadt	5 195	763 665	7 636 650
Bornheim	13 011	1 912 617	19 126 170
Bottrop, Stadt	112 709	16 568 223	165 682 230
Bous/Saar	7 741	1 137 927	11 379 270
Brackwede, Stadt	26 717	3 927 399	39 273 990
Bracke	6 593	969 171	9 691 710
Bracke (Unterweser), Stadt	18 313	2 692 011	26 920 110
Brakel, Stadt	7 025	1 032 675	10 326 750
Bramsche, Stadt	10 560	1 552 320	15 523 200
Brand	9 853	1 448 398	14 483 980
Braunlage, Stadt	5 930	871 710	8 717 100
Braunschweig, Stadt	238 537	35 064 939	350 649 390
Brauweiler	9 651	1 418 697	14 186 970
Brebach-Feschingen	7 847	1 153 509	11 535 090
Breckerfeld, Stadt	5 636	828 492	8 284 920
Breisach am Rhein, Stadt	5 405	794 535	7 945 350
Bremen, Stadt	587 941	86 427 327	**864 273 270**
Bremerhaven, Stadt	144 680	21 267 960	212 679 600
Bremervörde, Stadt	9 403	1 382 241	13 822 410
Bretten, Stadt	10 546	1 550 262	15 502 620
Breyell	9 212	1 354 164	13 541 640
Brilon, Stadt	13 495	1 983 765	19 837 650
Broichweiden	9 341	1 373 127	13 731 270
Bruchköbel	6 300	926 100	9 261 000
Bruchsal, Stadt	24 515	3 603 705	36 037 050
Bruckmühl, Markt	7 420	1 090 740	10 907 400
Brückenau, Stadt	5 500	808 500	8 085 000
Brüggen	5 349	786 303	**7 863 030**
Brühl	8 828	1 297 716	12 977 160
Brühl, Stadt	39 209	5 763 723	57 637 230
Brunsbüttelkoog, Stadt	8 813	1 295 511	12 955 110
Buchen (Odenwald), Stadt	5 252	772 044	7 720 440
Buchholz in der Nordheide, Stadt	10 629	1 562 463	15 624 630
Buchloe, Stadt	5 975	878 325	8 783 250
Budenheim	6 396	940 212	9 402 120
Bückeburg, Stadt	13 038	1 916 586	19 165 860
Büdelsdorf	10 314	1 516 158	15 161 580
Büderich	4 607	677 229	6 772 290
Büdingen, Stadt	6 728	989 016	9 890 160
Bühl, Stadt	9 449	1 389 003	13 890 030
Bühlertal	8 266	1 215 102	12 151 020
Bünde, Stadt	10 552	1 551 144	15 511 440
Bündheim	7 391	1 086 477	10 864 770
Büren, Stadt	5 903	867 741	8 677 410
Bürstadt	11 940	1 755 180	17 551 800
Büttgen	8 507	1 250 529	12 505 290
Burg (Fehmarn), Stadt	5 464	803 208	8 032 080
Burgau, Stadt	5 704	838 488	8 384 880
Burgdorf, Stadt	14 818	2 178 246	21 782 460
Burghausen, Stadt	13 770	2 024 190	20 241 900
Burglengenfeld, Stadt	8 589	1 262 583	12 625 830
Burgsteinfurt, Stadt	12 259	1 802 073	18 020 730
Burscheid, Stadt	15 005	2 205 735	22 057 350
Buschhütten	5 373	789 831	7 898 310
Butzbach, Stadt	10 105	1 485 435	14 854 350
Buxtehude, Stadt	18 321	2 693 187	26 931 870

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Calw, Stadt	11 605	1 705 935	17 059 350
Castrop-Rauxel, Stadt	87 413	12 849 711	128 497 110
Celle, Stadt	58 825	8 647 275	86 472 750
Cham, Stadt	9 402	1 382 094	13 820 940
Clausthal-Zellerfeld, Bergst.	15 483	2 276 001	22 760 010
Cloppenburg, Stadt	16 527	2 429 469	24 294 690
Coburg, Stadt	42 927	6 310 269	63 102 690
Cochem, Stadt	7 306	1 073 982	10 739 820
Coesfeld, Stadt	21 084	3 099 348	30 993 480
Crailsheim, Stadt	15 111	2 221 317	22 213 170
Cuxhaven, Stadt	45 744	6 724 368	67 243 680
Dachau, Stadt	30 244	4 445 868	44 458 680
Dahl	5 341	785 127	7 851 270
Damme	9 938	1 460 886	14 608 860
Darmstadt, Stadt	139 052	20 440 644	204 406 440
Datteln, Stadt	32 926	4 840 122	48 401 220
Deggendorf, Stadt	18 461	2 713 767	27 137 670
Delbrück, Stadt	5 018	746 907	7 469 070
Delmenhorst, Stadt	61 057	8 975 379	89 753 790
Denkendorf	7 810	1 148 070	11 480 700
Denklingen	7 097	1 043 259	10 432 590
Detmold, Stadt	29 584	4 348 848	43 488 480
Dettingen an der Erms	6 604	970 788	9 707 880
Dieburg, Stadt	10 318	1 516 746	15 167 460
Diepholz, Stadt	11 853	1 742 391	17 423 910
Dießen am Ammersee, Markt	5 032	737 904	7 379 040
Dietzenbach	8 299	1 219 953	12 199 530
Diez, Stadt	10 509	1 544 823	15 448 230
Diefferten	5 288	777 336	7 773 360
Dillenburg, Stadt	10 551	1 550 997	15 509 970
Dillingen a. d. Donau, Stadt	11 312	1 662 864	16 628 640
Dillingen/Saar, Stadt	18 055	2 654 085	26 540 850
Dingolfing, Stadt	10 819	1 590 393	15 903 930
Dinkelsbühl, Stadt	8 067	1 185 849	11 858 490
Dinklage	7 757	1 140 279	11 402 790
Dinslaken, Stadt	48 973	7 199 031	71 990 310
Ditzingen	10 753	1 580 691	15 806 910
Döffingen	2 772	407 484	4 074 840
Dörningheim, Stadt	11 173	1 642 431	16 424 310
Donaueschingen, Stadt	11 238	1 651 986	16 519 860
Donauwörth, Stadt	10 747	1 579 809	15 798 090
Donzdorf	6 362	935 214	9 352 140
Dormagen	18 714	2 750 958	27 509 580
Dorsten, Stadt	38 265	5 624 955	56 249 550
Dortmund, Stadt	654 551	96 218 997	962 189 970
Dossenheim	7 450	1 095 150	10 951 500
Dreieichenhain, Stadt	5 875	863 625	8 636 250
Drochtersen	5 511	810 117	8 101 170
Drolshagen-Land	5 671	833 637	8 336 370
Duderstadt, Stadt	10 813	1 589 511	15 895 110
Dudweiler, Stadt	30 349	4 461 303	44 613 030
Dülken, Stadt	21 448	3 152 856	31 528 560
Dülmen, Kirchspiel	5 906	868 181	8 681 810
Dülmen, Stadt	18 731	2 753 457	27 534 570
Düren, Stadt	53 093	7 804 671	78 046 710
Düsseldorf, Stadt	699 220	102 785 340	1 027 853 400
Duisburg, Stadt	492 068	72 333 996	723 339 960
Duisdorf	12 689	1 865 283	18 652 830
Durmersheim	7 340	1 078 980	10 789 800
Eberbach, Stadt	13 476	1 980 972	19 809 720
Ebersbach an der Fils	9 551	1 403 997	14 039 970
Ebersberg, Stadt	5 260	773 220	7 732 200

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Ebingen, Stadt	21 302	3 131 394	31 313 940
Echterdingen	7 280	1 070 160	10 701 600
Eckenhagen	7 841	1 152 627	11 526 270
Eckernförde, Stadt	21 232	3 121 104	31 211 040
Edenkoben, Stadt	6 275	922 425	9 224 250
Edewecht	10 849	1 594 803	15 948 030
Edingen	7 410	1 089 270	10 892 700
Egelsbach	6 557	963 879	9 638 790
Eggenfelden, Stadt	5 979	878 913	8 789 130
Ehingen (Donau), Stadt	11 416	1 678 152	16 781 520
Ehrang	6 195	910 665	9 106 650
Eichstätt, Stadt	10 815	1 589 805	15 898 050
Eidinghausen	5 464	803 208	8 032 080
Eilendorf	12 242	1 799 574	17 995 740
Einbeck, Stadt	18 906	2 779 182	27 791 820
Einfeld	6 393	939 771	9 397 710
Eisenberg (Pfalz), Stadt	6 661	979 167	9 791 670
Eiserfeld	9 800	1 440 600	14 406 000
Eislingen/Fils, Stadt	16 878	2 481 066	24 810 660
Eitorf	13 639	2 004 933	20 049 330
Ellwangen (Jagst), Stadt	13 031	1 915 557	19 155 570
Elm/Saar	5 065	744 555	7 445 550
Elmshorn, Stadt	36 272	5 331 984	53 319 840
Elsdorf (Rhld.)	5 193	763 371	7 633 710
Elsen	5 153	757 491	7 574 910
Elsfleth, Stadt	6 607	971 229	9 712 290
Elspe	10 029	1 474 263	14 742 630
Eltville am Rhein, Stadt	7 364	1 082 508	10 825 080
Elversberg	10 103	1 485 141	14 851 410
Elz	6 271	921 837	9 218 370
Elze, Stadt	6 013	883 911	8 839 110
Emden, Stadt	46 209	6 792 723	67 927 230
Emmendingen, Stadt	14 514	2 133 558	21 335 580
Emmerich, Stadt	17 848	2 623 656	26 236 560
Empelde	5 980	879 060	8 790 600
Emsdetten, Stadt	26 684	3 922 548	39 225 480
Emsteck	6 837	1 005 039	10 050 390
Engelskirchen	7 941	1 167 327	11 673 270
Enger, Stadt	5 833	857 451	8 574 510
Engers, Stadt	5 346	785 862	7 858 620
Eningen unter Achalm	7 447	1 094 709	10 947 090
Ennepetal, Stadt	33 940	4 989 180	49 891 800
Enningerloh	9 636	1 416 492	14 164 920
Enningloh	8 216	1 207 752	12 077 520
Ensdorf	7 325	1 076 775	10 767 750
Epe	11 037	1 622 439	16 224 390
Eppelborn	5 293	778 071	7 780 710
Eppelheim	9 491	1 395 177	13 951 770
Eppingen, Stadt	5 894	866 418	8 664 180
Erbach, Stadt	5 979	878 913	8 789 130
Erding, Stadt	11 789	1 732 983	17 329 830
Erkelenz, Stadt	12 217	1 795 899	17 958 990
Erkrath	16 295	2 395 365	23 953 650
Erlangen, Stadt	76 500	11 245 500	112 455 000
Erlenbach a. Main, Markt	5 799	852 453	8 524 530
Erwitte, Stadt	5 273	775 131	7 751 310
Erzhausen	5 020	737 940	7 379 400
Eschach	6 059	890 673	8 906 730
Eschborn	5 930	871 710	8 717 100
Eschwege, Stadt	23 133	3 400 551	34 005 510
Eschweiler, Stadt	40 306	5 924 982	59 249 820
Espelkamp, Stadt	11 586	1 703 142	17 031 420
Essen (Oldenburg)	7 175	1 054 725	10 547 250
Essen, Stadt	727 988	107 014 236	1 070 142 360

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Eßlingen am Neckar, Stadt	83 038	12 206 586	122 065 860
Ettlingen, Stadt	20 761	3 051 867	30 518 670
Euskirchen, Stadt	21 434	3 150 798	31 507 980
Eutin, Stadt	17 516	2 574 852	25 748 520
Eutingen	6 439	946 533	9 465 330
Fallersleben, Stadt	8 417	1 237 299	12 372 990
Fallingbostel, Stadt	5 542	814 674	8 146 740
Faurndau	6 378	937 566	9 375 660
Fellbach, Stadt	27 034	3 973 998	39 739 980
Feucht, Markt	8 351	1 227 597	12 275 970
Feuchtwangen, Stadt	5 421	796 887	7 968 870
Finthen	5 385	791 595	7 915 950
Fischbach b. Nürnberg	10 408	1 529 976	15 299 760
Flensburg, Stadt	96 248	14 148 456	141 484 560
Flörsheim, Stadt	9 926	1 459 122	14 591 220
Forchheim	6 569	965 643	9 656 430
Forchheim, Stadt	21 326	3 134 922	31 349 220
Frankenberg-Eder, Stadt	9 166	1 347 402	13 474 020
Frankenthal (Pfalz), Stadt	36 455	5 358 885	53 588 850
Frankfurt am Main, Stadt	688 108	101 151 876	1 011 518 760
Frechen, Stadt	28 686	4 216 842	42 168 420
Freiburg im Breisgau, Stadt	152 320	22 391 040	223 910 400
Freilassing, Stadt	10 097	1 484 259	14 842 590
Freising, Stadt	29 437	4 327 239	43 272 390
Freudenstadt, Stadt	14 231	2 091 957	20 919 570
Freyung, Stadt	5 130	754 110	7 541 100
Friedberg, Stadt	17 876	2 627 772	26 277 720
Friedberg, Stadt	116 555	1 713 285	17 132 850
Friedrichsgabe	5 193	763 371	7 633 710
Friedrichshafen, Stadt	39 623	5 824 581	58 245 810
Friedrichsthal	14 434	2 121 798	21 217 980
Friesoythe, Stadt	5 670	833 490	8 334 900
Fritzlar, Stadt	8 791	1 292 277	12 922 770
Fröndenberg, Stadt	9 100	1 337 700	13 377 000
Fürstenau, Stadt	5 311	780 717	7 807 170
Fürstenfeldbruck, Stadt	19 592	2 880 024	28 800 240
Fürth, Stadt	96 644	14 206 668	142 066 680
Füssen, Stadt	10 702	1 573 194	15 731 940
Fulda, Stadt	44 730	6 575 310	65 753 100
Furth i. Wald, Stadt	8 173	1 201 431	12 014 310
Furtwangen, Stadt	8 173	1 201 431	12 014 310
Gadderbaum	9 724	1 429 428	14 294 280
Gaggenau, Stadt	13 612	2 000 964	20 009 640
Ganderkesee	16 631	2 444 757	24 447 570
Garbsen	5 498	808 206	8 082 060
Garching a. d. Alz	5 944	873 768	8 737 680
Garching b. München	5 664	832 608	8 326 080
Garmisch-Partenkirchen, Markt	27 252	4 006 044	40 060 440
Garrel	6 904	1 014 888	10 148 880
Garstedt	16 793	2 468 571	24 685 710
Gaustadt	5 018	737 646	7 376 460
Gauting	12 079	1 775 613	17 756 130
Geesthacht, Stadt	21 949	3 226 503	32 265 030
Gehrden, Stadt	7 591	1 115 877	11 158 770
Geilenkirchen, Stadt	9 344	1 373 568	13 735 680
Geisenheim, Stadt	8 164	1 200 108	12 001 080
Geislingen a. d. Steige, Stadt	25 802	3 792 894	37 928 940
Geisweid	15 948	2 344 356	23 443 560
Geldern, Stadt	10 337	1 519 539	15 195 390
Gelnhausen, Stadt	7 853	1 154 391	11 543 910
Gelsenkirchen, Stadt	375 861	55 251 567	552 515 670
Gengenbach, Stadt	6 348	933 156	9 331 560

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Georgsmarienhütte	6 983	1 026 501	10 265 010
Geretsried	10 594	1 557 318	15 573 180
Gerlingen, Stadt	16 056	2 360 232	23 602 320
Germerling	9 275	1 363 425	13 634 250
Germersheim, Stadt	7 688	1 130 136	11 301 360
Gernsbach, Stadt	6 937	1 019 739	10 197 390
Gernsheim, Stadt	7 268	1 068 396	10 683 960
Gerolzhofen, Stadt	5 879	864 213	8 642 130
Gerstetten	5 167	759 549	7 595 490
Gersthofen, Markt	12 828	1 885 715	18 857 150
Gersweiler	9 213	1 354 311	13 543 110
Gescher	6 257	919 779	9 197 790
Geseke, Stadt	123 171	1 818 537	18 185 370
Gevelsberg, Stadt	31 837	4 680 039	46 800 390
Giengen a. d. Brenz, Stadt	12 961	1 905 267	19 052 670
Gießen, Universitätsstadt	71 116	10 454 052	104 540 520
Gifhorn, Stadt	19 716	2 898 252	28 982 520
Gilching	6 415	943 005	9 430 050
Gimborn	8 256	1 213 632	12 136 320
Ginsheim, Gustavsburg	13 920	2 046 240	20 462 400
Gladbeck, Stadt	83 201	12 230 547	122 305 470
Glinde	7 546	1 109 262	11 092 620
Glücksburg (Ostsee), Stadt	7 254	1 066 338	10 663 380
Glückstadt, Stadt	13 943	2 049 621	20 496 210
Goch, Stadt	15 993	2 350 971	23 509 710
Göggingen, Markt	15 489	2 276 883	22 768 830
Göppingen, Stadt	47 468	6 977 796	69 777 960
Göttingen, Stadt	109 856	16 148 832	161 488 320
Gohfeld	15 258	2 242 926	22 429 260
Goldbach	7 294	1 072 218	10 722 180
Goslar, Stadt	40 869	6 007 743	60 077 430
Gottmadingen	5 790	851 130	8 511 300
Gräfelfing	12 122	1 781 934	17 819 340
Grafenwöhr, Stadt	5 425	797 475	7 974 750
Grafing b. München, Stadt	6 692	983 724	9 837 240
Grefrath b. Krefeld	7 411	1 089 417	10 894 170
Grenzach	5 639	828 933	8 289 330
Gressenich	8 808	1 294 776	12 947 760
Greven, Stadt	24 842	3 651 774	36 517 740
Grevenbroich, Stadt	25 108	3 690 876	36 908 760
Grevenbrück	5 078	746 466	7 464 660
Griesheim, Stadt	14 831	2 180 157	21 801 570
Gröbenzell	7 475	1 098 825	10 988 250
Grötzingen	5 819	855 393	8 553 930
Gronau (Leine), Stadt	5 374	789 978	7 899 780
Gronau (Westf,), Stadt	26 291	3 864 777	38 647 770
Großauheim, Stadt	12 352	1 815 744	18 157 440
Großenkneten	10 817	1 590 099	15 900 990
Groß-Gerau, Stadt	12 898	1 896 006	18 960 060
Großhansdorf	6 714	986 958	9 869 580
Großkrotzenburg	5 075	746 025	7 460 250
Großostheim, Markt	7 647	1 124 109	11 241 090
Groß Reken	8 147	1 197 609	11 976 090
Großsachsenheim, Stadt	5 434	798 798	7 987 980
Groß-Umstadt, Stadt	7 594	1 116 318	11 163 180
Groß-Zimmern	7 416	1 090 152	10 901 520
Grünstadt, Stadt	8 388	1 233 036	12 330 360
Grünwald	8 169	1 200 843	12 008 430
Güdingen	6 022	885 234	8 852 340
Günzburg, Stadt	12 384	1 820 448	18 204 480
Gütersloh, Stadt	53 978	7 934 766	79 347 660
Gummersbach, Stadt	32 872	4 832 184	48 321 840
Gundelfingen (Donau), Stadt	5 358	787 626	7 876 260
Gunzenhausen, Stadt	9 548	1 403 556	14 035 560

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Gustorf	6 647	977 109	9 771 090
Haan, Stadt	19 304	2 837 688	28 376 880
Haar	12 675	1 863 225	18 632 250
Haaren	7 067	1 038 849	10 388 490
Hadamar, Stadt	6 253	919 191	9 191 910
Hagen, Stadt	200 986	29 544 942	295 449 420
Hainstadt	5 434	798 798	7 987 980
Halle (Westf.), Stadt	7 774	1 142 778	11 427 780
Hallstadt, Stadt	5 508	809 676	8 096 760
Halstenbek	7 869	1 156 743	11 567 430
Haltern, Kirchspiel	5 696	837 312	8 373 120
Haltern, Stadt	14 935	2 195 445	21 954 450
Halver	14 843	2 181 921	21 819 210
Hamburg, Freie und Hansestadt	1 857 431	273 042 357	2 730 423 570
Hameln, Stadt	48 877	7 184 919	71 849 190
Hamm	13 055	1 919 085	19 190 850
Hamm, Stadt	71 467	10 505 649	105 056 490
Hammelburg, Stadt	7 008	1 030 176	10 301 760
Hanau am Main, Stadt	50 141	7 370 727	73 707 270
Hangelar	6 771	995 337	9 953 370
Hannover, Landeshauptstadt	562 932	82 751 004	827 510 040
Haren (Ems)	6 649	977 403	9 774 030
Harkheide	14 145	2 079 315	20 793 150
Harlingerode	5 778	849 366	8 493 660
Harrislee	5 636	828 492	8 284 920
Harsewinkel, Stadt	8 686	1 276 842	12 768 420
Haselünne, Stadt	5 556	816 732	8 167 320
Haslach im Kinzigtal, Stadt	5 519	811 293	8 112 930
Haßfurt, Stadt	6 909	1 015 623	10 156 230
Haßlinghausen	7 460	1 096 620	10 966 200
Haßloch	16 204	2 381 988	23 819 880
Hatten	7 019	1 031 793	10 317 930
Hattersheim	8 405	1 235 535	12 355 350
Hattingen, Stadt	31 458	4 624 326	46 243 260
Hau	7 446	1 094 562	10 945 620
Haunstetten, Stadt	19 537	2 871 939	28 719 390
Hausen	7 316	1 075 452	10 754 520
Hausham	7 132	1 048 404	10 484 040
Havelse	6 350	933 450	9 334 500
Hechingen, Stadt	10 060	1 478 820	14 788 200
Hechtsheim	6 841	1 055 627	10 056 270
Heddesheim	6 761	993 867	9 938 670
Heepen	8 441	1 240 827	12 408 270
Heeren-Werve	9 289	1 365 483	13 654 830
Heessen, Stadt	17 467	2 567 649	25 676 490
Heide, Stadt	20 285	2 981 895	29 818 950
Heidelberg, Stadt	124 765	18 340 455	183 404 550
Heidenheim a. d. Brenz, Stadt	50 293	7 393 071	73 930 710
Heidesheim a. Rhein	5 532	813 204	8 132 040
Heikendorf	6 410	942 270	9 422 700
Heilbronn, Stadt	17 888	2 629 536	26 295 360
Herdorf	7 538	1 108 086	11 080 860
Herford, Stadt	55 397	8 143 359	81 433 590
Hermeskeil	5 591	821 877	8 218 770
Herne, Stadt	109 083	16 035 201	160 352 010
Herrenberg, Stadt	10 053	1 477 791	14 777 910
Herringen	14 789	2 173 983	21 739 830
Hersbruck, Stadt	8 134	1 195 698	11 956 980
Herten, Stadt	52 536	7 722 792	77 227 920
Herxheim bei Landau/Pfalz	6 935	1 019 445	10 194 450
Herzberg a. Harz, Stadt	11 675	1 716 225	17 162 250
Herzebrock	6 554	963 438	9 634 380
Herzogenaurach, Stadt	11 117	1 634 199	16 341 990

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Herzogenrath, Stadt	9 264	1 361 808	13 618 080
Hesel	7 913	1 163 211	11 632 110
Hess.-Lichtenau, Stadt	7 119	1 046 493	10 464 930
Haubach, Stadt	5 415	796 005	7 960 050
Heuchelheim	4 751	698 397	6 983 970
Heusenstamm, Stadt	8 370	1 230 390	12 303 900
Heusweiler	7 112	1 045 464	10 454 640
Hilden, Stadt	43 702	6 424 194	64 241 940
Hildesheim, Stadt	99 434	14 616 798	146 167 980
Hiltrup	11 168	1 641 696	16 416 960
Himmelsthür	6 006	882 882	8 828 820
Hochdahl	7 556	1 110 732	11 107 320
Hochheim a. M., Stadt	9 067	1 332 849	13 328 490
Hochneukirch	6 410	942 270	9 422 700
Hockenheim, Stadt	14 414	2 118 858	21 188 580
Höchberg	5 863	861 861	8 618 610
Höchstadt a. d. Aisch, Stadt	5 139	755 433	7 554 330
Höhr-Grenzhausen, Stadt	8 533	1 254 351	12 543 510
Hoengen	15 419	2 266 593	22 665 930
Hösbach	6 094	895 818	8 958 180
Hövelhof	8 410	1 236 270	12 362 700
Höxter, Stadt	15 400	2 263 800	22 638 000
Hof, Stadt	55 469	8 153 943	81 539 430
Hofgeismar, Stadt	8 348	1 227 156	12 271 560
Hofheim a. Ts., Stadt	16 057	2 360 379	23 603 790
Hohen Limburg, Stadt	26 788	3 937 836	39 378 360
Hohenlockstedt	5 379	790 713	7 907 130
Holzen	5 695	837 165	8 371 650
Holzgerlingen	6 219	914 193	9 141 930
Holzhausen	5 866	862 302	8 623 020
Holzheim	6 422	944 034	9 440 340
Holzminden, Stadt	22 716	3 339 252	33 392 520
Holzwickede	10 311	1 515 717	15 157 170
Homberg (Bez. Kassel), Stadt	7 149	1 050 903	10 509 030
Homberg (Niederrhein), Stadt	36 245	5 328 015	53 280 150
Homburg, Stadt	31 636	4 650 492	46 504 920
Horn, Stadt	5 914	869 358	8 693 580
Horrem	7 963	1 170 561	11 705 610
Hostenbach	5 869	862 743	8 627 430
Hude (Oldenburg)	8 077	1 187 319	11 873 190
Hüchelhofen	5 068	744 996	7 449 960
Hückelhoven-Ratheim	24 308	3 573 276	35 732 760
Hückeswagen, Stadt	14 366	2 111 802	21 118 020
Hüls	12 915	1 898 505	18 985 050
Hülscheid	5 046	741 762	7 417 620
Hülzweiler	5 535	813 645	8 136 450
Hünfeld, Stadt	7 131	1 048 257	10 482 570
Hünxe	5 817	855 099	8 550 990
Hürth	48 831	7 178 157	71 781 570
Husum, Stadt	24 596	3 615 612	36 156 120
Ibbenbüren-Land	21 940	3 225 180	32 251 800
Idar-Oberstein, Stadt	30 180	4 436 460	44 364 600
Idstein, Stadt	8 453	1 242 591	12 425 910
Iggelheim	5 147	756 609	7 566 090
Ihringhausen	5 171	760 137	7 601 370
Illertissen, Stadt	7 045	1 035 615	10 356 150
Illingen	5 752	845 544	8 455 440
Ilvesheim	6 396	940 212	9 402 120
Immenstadt i. Allgäu, Stadt	10 675	1 569 225	15 692 250
Ingelheim a. Rhein, Stadt	17 322	2 546 334	25 463 340
Ingolstadt, Stadt	67 703	9 952 341	99 523 410
Iserlohn, Stadt	57 145	8 400 315	84 003 150
Ismaning	6 689	983 283	9 832 830

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Isny, Stadt	7 473	1 098 531	10 985 310
Itzehoe, Stadt	36 821	5 412 687	54 126 870
Jever, Stadt	10 028	1 474 116	14 741 160
Jöllenbeck	9 210	1 353 870	13 538 700
Jüchen	5 623	826 581	8 265 810
Jügesheim	6 495	954 765	9 547 650
Jülich, Stadt	17 326	2 546 922	25 469 220
Kaarst	8 686	1 276 842	12 768 420
Kahl a. Main	7 183	1 055 901	10 559 010
Kaiserslautern, Stadt	86 214	12 673 458	126 734 580
Kaldenkirchen, Stadt	8 520	1 252 440	12 524 400
Kaltenkirchen	5 257	772 779	7 727 790
Kamen, Stadt	21 593	3 174 171	31 741 710
Kamp-Lintfort, Stadt	37 013	5 440 911	54 409 110
Kandel, Stadt	6 019	884 793	8 847 930
Kapellen	10 916	1 604 652	16 046 520
Karlsfeld	8 082	1 188 054	11 880 540
Karlsruhe, Stadt	252 201	37 073 547	370 735 470
Karlstadt, Stadt	6 241	917 427	9 174 270
Kassel, Stadt	213 796	31 428 012	314 280 120
Kaufbeuren, Stadt	37 663	5 536 461	55 364 610
Kehl, Stadt	14 599	2 146 053	21 460 530
Kelheim, Stadt	11 849	1 741 803	17 418 030
Kelkheim, Stadt	13 303	1 955 541	19 555 410
Kellen	6 541	961 527	9 615 270
Kellinghusen, Stadt	7 462	1 096 914	10 969 140
Kelsterbach, Stadt	12 362	1 817 214	18 172 140
Kempen (Niederrhein), Stadt	13 432	1 974 504	19 745 040
Kempten (Allgäu), Stadt	44 006	6 468 882	64 688 820
Kerpen, Stadt	8 286	1 218 042	12 180 420
Ketsch	7 423	1 091 181	10 911 810
Kettwig, Stadt	17 479	2 569 413	25 694 130
Kevelaer, Stadt	12 096	1 778 112	17 781 120
Kiel, Stadt	270 442	39 754 974	397 549 740
Kierspe	11 577	1 701 819	17 018 190
Kirchen-Wehbach (Sieg)	7 337	1 078 539	10 785 390
Kirchhain, Stadt	6 232	916 104	9 161 040
Kirchheim unter Teck, Stadt	26 886	3 952 242	39 522 420
Kirchheimbolanden, Stadt	5 344	785 568	7 855 680
Kirchhellen	10 250	1 506 750	15 067 500
Kirchhundem	10 630	1 562 610	15 626 100
Kirchseeon, Markt	5 213	766 311	7 663 110
Kirchweyhe	7 282	1 070 454	10 704 540
Kirn, Stadt	9 472	1 392 384	13 923 840
Kirrlach	7 515	1 104 705	11 047 050
Kissing	5 510	809 970	8 099 700
Kitzingen, Stadt	18 343	2 696 421	26 964 210
Klarenthal	5 772	848 484	8 484 840
Klein-Auheim	6 374	936 978	9 369 780
Kleinostheim	5 091	748 377	7 483 770
Kleve, Stadt	22 257	3 271 779	32 717 790
Klüppelberg	6 920	1 017 240	10 172 400
Koblenz, Stadt	101 835	14 969 745	149 697 450
Köllerbach	7 517	1 104 999	11 049 990
Köln, Stadt	847 971	124 651 737	1 246 517 370
Köngen	6 819	1 002 393	10 023 930
Königsbrunn	9 351	1 374 597	13 745 970
Königslutter a. Elm, Stadt	8 627	1 268 169	12 681 690
Königstein i. Ts. Stadt	8 148	1 197 756	11 977 560
Königswinter, Stadt	6 093	895 671	8 956 710
Kohlscheid	15 193	2 233 371	22 333 710
Kolbermoor, Stadt	8 627	1 268 169	12 681 690

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Konstanz, Stadt	56 701	8 335 047	83 350 470
Konz, Stadt	7 194	1 057 518	10 575 180
Korb, Stadt	6 463	950 061	9 500 610
Korbach, Stadt	16 360	2 404 920	24 049 200
Kornelimünster	7 184	1 056 048	10 560 480
Korntal, Stadt	8 836	1 298 892	12 988 920
Kornwestheim, Stadt	27 956	4 109 532	41 095 320
Korschenbroich	7 781	1 143 807	11 438 070
Krailling	5 468	803 796	8 037 960
Kranenburg	5 504	809 088	8 090 880
Krefeld, Stadt	219 135	32 212 845	322 128 450
Kreßbronn am Bodensee	5 373	789 831	7 898 310
Kreuztal	5 790	851 130	8 511 300
Kriftel	5 778	849 366	8 493 660
Kronach, Stadt	10 266	1 509 102	15 091 020
Kronberg (Taunus), Stadt	7 458	1 096 326	10 963 260
Kronshagen	10 837	1 593 039	15 930 390
Krumbach (Schwaben), Stadt	8 474	1 245 678	12 456 780
Künzelsau, Stadt	8 184	1 203 048	12 030 480
Kürten	5 198	764 106	7 641 060
Kulmbach, Stadt	22 926	3 370 122	33 701 220
Kusel, Stadt	5 785	850 395	8 503 950
Laasphe, Stadt	5 656	831 432	8 314 320
Laatzen	10 257	1 507 779	15 077 790
Ladenburg, Stadt	8 454	1 242 738	12 427 380
Lage, Stadt	13 172	1 936 284	19 362 840
Lahr, Stadt	23 104	3 396 288	33 962 880
Laichingen, Stadt	5 058	743 526	7 435 260
Lambrecht (Pfalz), Stadt	5 228	768 516	7 685 160
Lampertheim, Stadt	21 242	3 122 574	31 225 740
Landau a. d. Isar, Stadt	6 311	927 717	9 277 170
Landau i. d. Pfalz, Stadt	30 238	4 444 986	44 449 860
Landsberg a. Lech, Stadt	14 632	2 150 904	21 509 040
Landshut, Stadt	50 729	7 457 163	74 571 630
Landstuhl, Stadt	9 435	1 386 945	13 869 450
Landsweiler-Reden	5 890	865 830	8 658 300
Langelsheim, Stadt	6 495	954 765	9 547 650
Langen	5 270	774 690	7 746 900
Langenau, Stadt	8 393	1 233 771	12 337 710
Langenberg, Stadt	15 641	2 299 227	22 992 270
Langenfeld (Rhld.), Stadt	37 880	5 568 360	55 683 600
Langenhagen, Stadt	34 094	5 011 818	50 118 180
Langenselbold	8 939	1 314 033	13 140 330
Lank-Latum	7 663	1 126 461	11 264 610
Lastrup	5 085	747 495	7 474 950
Lauda, Stadt	5 179	761 313	7 613 130
Lauenburg/Elbe, Stadt	11 123	1 635 081	16 350 810
Lauf a. d. Pegnitz, Stadt	14 627	2 150 169	21 501 690
Lauffen am Neckar, Stadt	9 013	1 324 911	13 249 110
Lauingen (Donau), Stadt	9 029	1 327 263	13 272 630
Laupheim, Stadt	9 916	1 457 652	14 576 520
Laurensberg	8 554	1 257 438	12 574 380
Lauterbach, Stadt	9 793	1 439 571	14 395 710
Lebach	7 270	1 068 690	10 686 900
Lechenich, Stadt	5 856	860 832	8 608 320
Leck	5 348	786 156	7 861 560
Leer (Ostfriesland), Stadt	20 109	2 956 023	29 560 230
Leeste	7 273	1 069 131	10 691 310
Lehrte, Stadt	21 674	3 186 078	31 860 780
Leichlingen (Rhld.), Stadt	15 951	2 344 797	23 447 970
Leimen	8 178	1 202 166	12 021 660
Leinfelden, Stadt	9 682	1 423 254	14 232 540
Leipheim, Stadt	5 987	880 089	8 800 890

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Lemgo, Stadt	22 038	3 239 586	32 395 860
Lendringsen	12 056	1 772 232	17 722 320
Lengerich, Stadt	21 354	3 139 038	31 390 380
Lenggries	6 286	924 042	9 240 420
Lengsdorf	7 218	1 061 046	10 610 460
Leonberg, Stadt	23 499	3 454 353	34 543 530
Letmathe, Stadt	26 471	3 891 237	38 912 370
Letter	10 749	1 580 103	15 801 030
Leutkirch, Stadt	8 511	1 251 117	12 511 170
Leverkusen, Stadt	102 896	15 125 712	151 257 120
Liblar	8 368	1 230 096	12 300 960
Lichtenfels, Stadt	11 111	1 633 317	16 333 170
Lieberhausen	5 225	768 075	7 680 750
Lienen	6 699	984 753	9 847 530
Liesborn	5 565	818 055	8 180 550
Lielienthal	7 108	1 044 876	10 448 760
Limburg a. d. Lahn, Stadt	15 378	2 260 566	22 605 660
Limburgerhof	7 431	1 092 357	10 923 570
Lindau (Bodensee), Stadt	25 995	3 821 265	38 212 650
Lindenberg i. Allgäu, Stadt	9 770	1 436 190	14 361 900
Lindlar	11 992	1 762 824	17 628 240
Lingen (Ems), Stadt	3 500	514 500	5 145 000
Lintorf	9 512	1 398 264	13 982 640
Linz am Rhein, Stadt	6 408	941 976	9 419 760
Lippstadt, Stadt	39 349	5 784 303	57 843 030
Lobberich, Stadt	10 311	1 515 717	15 157 170
Löhne	5 729	842 163	8 421 630
Lörrach, Stadt	30 874	4 538 478	45 384 780
Lövenich	22 761	3 345 867	33 458 670
Loga	5 663	832 461	8 324 610
Lohfelden	7 342	1 079 274	10 792 740
Lohne (Oldenburg), Stadt	13 904	2 043 888	20 438 880
Lohr a. Main, Stadt	11 238	1 651 986	16 519 860
Lollar	5 067	744 849	7 448 490
Lorch, Stadt	5 903	867 741	8 677 410
Lorsch, Stadt	9 638	1 416 786	14 167 860
Ludweiler/Warndt	7 652	1 124 844	11 248 440
Ludwigsburg, Stadt	75 580	11 110 260	111 102 600
Ludwigshafen a. Rhein, Stadt	174 643	25 672 521	256 725 210
Lübbecke, Stadt	10 867	1 597 449	15 974 490
Lübeck, Hansestadt	238 526	35 063 322	350 633 220
Lüchow, Stadt	5 967	877 149	8 771 490
Lüdenscheid, Land	22 578	3 318 966	33 189 660
Lüdenscheid, Stadt	58 870	8 653 890	86 538 900
Lüdinghausen, Land	2 659	390 873	3 908 730
Lüdinghausen, Stadt	9 842	1 446 774	14 467 740
Lügde, Stadt	5 408	794 976	7 949 760
Lüneburg, Stadt	60 933	8 957 151	89 571 510
Lünen, Stadt	72 447	10 649 709	106 497 090
Lütjenburg, Stadt	5 570	818 790	8 187 900
Magstadt	5 868	862 596	8 625 960
Maichingen	5 838	858 186	8 581 860
Mainburg, Stadt	5 890	865 830	8 658 300
Mainz, Stadt	141 432	20 790 504	207 905 040
Maisach	5 961	876 267	8 762 670
Malente	9 238	1 357 986	13 579 860
Malsch	8 063	1 185 261	11 852 610
Manching	6 062	891 114	8 911 140
Mannheim, Stadt	323 444	47 546 268	475 462 680
Marbach am Neckar, Stadt	9 706	1 426 782	14 267 820
Marburg a. d. Lahn, Stadt	48 347	7 107 009	71 070 090
Marienheide	8 600	1 264 200	12 642 000
Markdorf, Stadt	5 365	788 655	7 886 550

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Markgröningen, Stadt	7 949	1 168 503	11 685 030
Marktheidenfeld, Stadt	5 641	829 227	8 292 270
Marktoberdorf, Stadt	9 395	1 381 065	13 810 650
Marktredwitz, Stadt	15 198	2 234 106	22 341 060
Markt Schwaben, Markt	5 883	864 801	8 648 010
Marl, Stadt	74 693	10 979 871	109 798 710
Marne, Stadt	5 196	763 812	7 638 120
Massen	9 480	1 393 560	13 935 600
Materborn	5 024	738 528	7 385 280
Maxhütte-Haidhof, Stadt	6 145	903 315	9 033 150
Mayen, Stadt	18 569	2 729 643	27 296 430
Mechernich	6 141	902 727	9 027 270
Meckenbeuren	5 840	858 480	8 584 800
Meinerzhagen, Stadt	11 999	1 763 853	17 638 530
Meldorf, Stadt	7 979	1 172 913	**11 729 130**
Melle, Stadt	8 960	1 317 120	13 171 200
Melsungen, Stadt	8 879	1 305 213	13 052 130
Memmingen, Stadt	32 568	4 787 496	47 874 960
Menden (Rhld.)	7 943	1 167 621	11 676 210
Mengen, Stadt	5 222	767 634	7 676 340
Mennighüffen	7 498	1 102 206	11 022 060
Meppen, Stadt	15 773	2 318 631	23 186 310
Merchweiler	7 126	1 047 522	10 475 220
Mering, Markt	6 392	939 624	9 396 240
Merkstein	15 307	2 250 129	22 501 290
Merzig, Stadt	11 815	1 736 805	17 368 050
Meschede, Stadt	13 929	2 047 563	20 475 630
Mesum	5 049	742 203	7 422 030
Mettingen	9 525	1 400 175	14 001 750
Mettmann, Stadt	26 958	3 962 826	39 628 260
Metzingen, Stadt	12 356	1 816 332	18 163 320
Michelstadt, Stadt	6 614	972 258	9 722 580
Miesbach, Stadt	5 055	743 085	7 430 850
Miltenberg, Stadt	8 083	1 188 201	11 882 010
Mindelheim, Stadt	9 562	1 405 614	14 056 140
Minden, Stadt	50 168	7 374 696	73 746 960
Misburg, Stadt	17 194	2 527 518	25 275 180
Mittenwald, Markt	9 532	1 401 204	14 012 040
Mitterteich, Stadt	6 417	943 299	9 432 990
Mölln, Stadt	14 107	2 073 729	20 737 290
Mönchengladbach, Stadt	153 679	22 590 813	225 908 130
Mörfelden	9 960	1 464 120	14 641 200
Moers, Stadt	48 986	7 200 942	72 009 420
Mörsch	6 388	939 036	9 390 360
Mössingen	7 614	1 126 872	11 268 720
Monheim, Stadt	20 028	2 944 116	29 441 160
Montabaur, Stadt	5 988	880 236	8 802 360
Moosburg a. d. Isar, Stadt	10 780	1 584 660	15 846 600
Morsbach	7 923	1 164 681	11 646 810
Mosbach, Stadt	12 423	1 826 181	18 261 810
Much	7 168	1 053 696	10 536 960
Mudersbach	6 212	913 164	9 131 640
Mühlacker, Stadt	12 541	1 843 527	18 435 270
Mühldorf a. Inn, Stadt	11 040	1 622 880	16 228 800
Mühlheim a. Main, Stadt	18 987	2 791 089	27 910 890
Mülheim	6 704	985 488	9 854 880
Mülheim a. d. Ruhr, Stadt	191 941	28 215 327	282 153 270
Mülheim, Stadt	7 069	1 039 143	10 391 430
Münchberg, Stadt	10 743	1 579 221	15 792 210
München, Stadt	1 192 614	175 314 258	1 753 142 580
Münchingen	5 644	829 668	8 296 680
Münden, Stadt	19 689	2 894 283	28 942 830
Münster	6 224	914 928	9 149 280
Münster (Westf.), Stadt	194 374	28 572 978	285 729 780

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Munster	13 368	1 965 096	19 650 960
Murnau i. OB., Markt	7 089	1 042 083	10 420 830
Murrhardt, Stadt	10 209	1 500 723	15 007 230
Mutterstadt	8 471	1 245 237	12 452 370
Nachrodt-Wiblingwerde	6 212	913 164	9 131 640
Nagold, Stadt	11 660	1 714 020	17 140 200
Naila, Stadt	6 789	997 983	9 979 830
Nauheim	5 598	822 906	8 229 060
Neckargemünd, Stadt	7 852	1 154 244	11 542 440
Neckarsulm, Stadt	16 854	2 477 538	24 775 380
Neheim-Hüsten, Stadt	35 099	5 159 553	51 595 530
Nellingen auf den Fildern	9 762	1 435 014	14 350 140
Neubeckum	9 347	1 374 009	13 740 090
Neuburg a. d. Donau, Stadt	17 516	2 574 852	25 748 520
Neuendettelsau	5 488	806 736	8 067 360
Neuenkirchen	9 090	1 336 230	13 362 300
Neuenrade, Stadt	6 077	893 319	8 933 190
Neuhausen auf den Fildern	7 069	1 039 143	10 391 430
Neu-Isenburg, Stadt	32 103	4 719 141	47 191 410
Neukirchen-Vlyun	22 186	3 261 342	32 613 420
Neumarkt i. d. Opf., Stadt	17 269	2 538 543	25 385 430
Neumünster, Stadt	75 223	11 057 781	110 577 810
Neunkirchen/Saar, Stadt	46 003	6 762 441	67 624 410
Neuötting, Stadt	5 910	868 770	8 687 700
Neureut (Baden)	11 935	1 754 445	17 544 450
Neusäß	5 127	753 669	7 536 690
Neuß, Stadt	1.8 163	15 899 961	158 999 610
Neustadt a. Rübenb., Stadt	10 350	1 521 450	15 214 500
Neustadt a. d. Aisch, Stadt	8 771	1 289 337	12 893 370
Neustadt a. d. Waldnaab, Stadt	5 566	818 202	8 182 020
Neustadt a. d. Weinstraße, Stadt	30 504	4 484 088	44 840 880
Neustadt b. Coburg, Stadt	12 565	1 847 055	18 470 550
Neustadt i. Schwarzwald, Stadt	7 792	1 145 424	11 454 240
Neustadt i. Holstein, Stadt	15 231	2 238 957	22 389 570
Neustadt, Stadt	5 707	838 929	8 389 290
Neutraubling	5 350	786 450	7 864 500
Neu-Ulm, Stadt	25 472	3 744 384	37 443 840
Neuwied, Stadt	27 106	3 984 582	39 845 820
Neu Wulmstorf	6 009	883 323	8 833 230
Neviges, Stadt	21 743	3 196 221	31 962 210
Niebüll, Stadt	6 419	943 593	9 435 930
Niederbiber-Segendorf	6 137	902 139	9 021 390
Nieder-Eschbach	5 830	857 010	8 570 100
Niederkrüchten	5 519	811 293	8 112 930
Niederlahnstein, Stadt	8 118	1 193 346	11 933 460
Niedermarsberg, Stadt	9 786	1 438 542	14 385 420
Niedermendig, Stadt	5 174	760 578	7 605 780
Nieder-Ramstadt	5 691	836 577	8 365 770
Nieder-Roden	5 612	824 964	8 249 640
Niederschelden	6 566	965 202	9 652 020
Niefern	5 995	881 265	8 812 650
Nienburg (Weser), Stadt	22 414	3 294 858	32 948 580
Nierstein	5 495	807 765	8 077 650
Nievenheim	6 265	920 955	9 209 550
Norden, Stadt	16 298	2 395 806	23 958 060
Nördlingen, Stadt	14 183	2 084 901	20 849 010
Nordenham, Stadt	27 020	3 971 940	39 719 400
Norderney, Stadt	7 862	1 155 714	11 557 140
Nordhorn, Stadt	41 083	6 039 201	60 392 010
Nordwalde	6 689	983 283	9 832 830
Norf	5 536	813 792	8 137 920
Northeim, Stadt	19 659	2 889 873	28 898 730
Nortorf, Stadt	5 838	858 186	8 581 860

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Nottuln	5 967	877 149	8 771 490
Nümbrecht	5 586	821 142	8 211 420
Nürnberg, Stadt	469 132	68 962 404	689 624 040
Nürtingen, Stadt	20 756	3 051 132	30 511 320
Nußloch	6 923	1 017 681	10 176 810
Oberaden	12 460	1 831 620	18 316 200
Oberasbach	9 999	1 469 853	14 698 530
Oberaußem-Fortuna	6 489	953 883	9 538 830
Oberbruch	6 315	928 305	9 283 050
Oberhaching	6 525	959 175	9 591 750
Oberhausen	5 864	862 008	8 620 080
Oberhausen, Stadt	259 777	38 187 219	381 872 190
Oberkassel (Siegkreis)	5 526	812 322	8 123 220
Oberkaufingen	6 407	941 829	9 418 290
Oberkirch, Stadt	8 081	1 187 907	11 879 070
Oberkochen	8 510	1 250 970	12 509 700
Oberkotzau, Markt	5 019	737 793	7 377 930
Oberlahnstein, Stadt	12 306	1 808 982	18 089 820
Obernbeck	6 364	935 508	9 355 080
Oberndorf a. Neckar, Stadt	7 600	1 117 200	11 172 000
Obernkirchen, Stadt	7 569	1 112 643	11 126 430
Oberpleis	8 050	1 183 350	11 833 500
Ober-Ramstadt, Stadt	8 016	1 178 352	11 783 520
Ober-Roden	7 760	1 140 720	11 407 200
Oberschleißheim	8 110	1 192 170	11 921 700
Oberstdorf, Markt	8 812	1 295 364	12 953 640
Obertshausen	6 853	1 007 391	10 073 910
Oberursel (Taunus), Stadt	24 246	3 564 162	35 641 620
Obrighoven-Lackhausen	5 671	833 637	8 336 370
Ochsenfurt, Stadt	7 656	1 125 432	11 254 320
Ochtrup, Stadt	13 854	2 036 538	20 365 380
Odenthal	10 075	1 481 025	14 810 250
Oedt	5 800	852 600	8 526 000
Öhringen, Stadt	10 957	1 610 679	16 106 790
Oelde, Stadt	14 404	2 117 388	21 173 880
Oer-Erkenschwick, Stadt	24 150	3 550 050	35 500 500
Oerlinghausen, Stadt	6 006	882 882	8 828 820
Oesede	8 956	1 316 532	13 165 320
Östringen	5 092	748 524	7 485 240
Oeventrop (Sauerland)	5 615	825 405	8 254 050
Offenbach a. Main, Stadt	116 918	17 186 946	171 869 460
Offenburg, Stadt	29 695	4 365 165	43 651 650
Oftersheim	7 932	1 166 004	11 660 040
Oker, Stadt	8 888	1 306 536	13 065 360
Olching	6 874	1 010 478	10 104 780
Oldenburg (Holstein), Stadt	10 022	1 473 234	14 732 340
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	127 437	18 733 239	187 332 390
Olpe, Stadt	13 492	1 983 324	19 833 240
Onstmettingen	5 133	754 551	7 545 510
Opladen, Stadt	38 093	5 559 671	55 596 710
Oppenheim, Stadt	5 365	788 655	7 886 550
Osnabrück, Stadt	142 213	20 905 311	209 053 110
Osterath	10 449	1 536 003	15 360 030
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	14 208	2 088 576	20 885 760
Osterode am Harz, Stadt	16 861	2 478 567	24 785 670
Osthofen	6 314	928 158	9 281 580
Otterndorf, Stadt	6 551	962 997	9 629 970
Ottobrunn	9 625	1 414 875	14 148 750
Ottweiler, Stadt	9 734	1 430 898	14 308 980
Overath	13 098	1 925 406	19 254 060
Paderborn, Stadt	58 074	8 536 878	85 368 780
Papenburg, Stadt	15 712	2 309 664	23 096 640

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Parsdorf	6 349	933 303	9 333 030
Passau, Stadt	31 443	4 622 121	46 221 210
Pegnitz, Stadt	8 827	1 297 569	12 975 690
Peine, Stadt	30 846	4 534 362	45 343 620
Peißenberg i. Obb., Markt	9 429	1 386 063	13 860 630
Peiting, Markt	8 750	1 286 250	12 862 500
Penzberg i. Obb., Stadt	10 439	1 534 533	15 345 330
Petersberg	6 163	905 961	9 059 610
Pfaffenhofen a. d. Ilm, Stadt	9 230	1 356 810	13 568 100
Pfalzel	5 571	818 937	8 189 370
Pfarrkirchen, Stadt	5 704	838 488	8 384 880
Pfeddersheim, Stadt	5 299	778 953	7 789 530
Pforzheim, Stadt	86 372	12 696 684	126 966 840
Pfronten	6 238	916 986	9 169 860
Pfuhl	5 035	740 145	7 401 450
Pfullendorf, Stadt	5 847	859 509	8 595 090
Pfullingen, Stadt	14 423	2 120 181	21 201 810
Pfungstadt, Stadt	14 860	2 184 420	21 844 200
Philippsburg, Stadt	5 553	816 291	8 162 910
Pinneberg, Stadt	31 846	4 681 362	46 813 620
Pirmasens, Stadt	52 140	7 664 580	76 645 800
Planegg	5 845	859 215	8 592 150
Plankstadt	8 764	1 288 308	12 883 080
Plattling, Stadt	8 867	1 303 449	13 034 490
Plettenberg, Stadt	29 453	4 329 591	43 295 910
Plochingen, Stadt	11 516	1 692 852	16 928 520
Plön, Stadt	10 863	1 596 861	15 968 610
Plüderhausen	6 158	905 226	9 052 260
Polsum	7 154	1 051 638	10 516 380
Porz am Rhein, Stadt	61 880	9 096 360	90 963 600
Preetz, Stadt	14 164	2 082 108	20 821 080
Prien a. Chiemsee, Markt	5 426	797 622	7 976 220
Püttlingen	14 235	2 092 545	20 925 450
Pulheim	8 992	1 321 824	13 218 240
Pullach i. Isartal	7 400	1 087 800	10 878 000
Quadrath-Ichendorf	5 808	853 776	8 537 760
Quakenbrück, Stadt	7 813	1 148 511	11 485 110
Quelle	6 873	1 010 331	10 103 310
Quickborn	11 526	1 694 322	16 943 220
Quierschied	10 903	1 602 741	16 027 410
Radevormwald, Stadt	21 346	3 137 862	31 378 620
Radolfzell, Stadt	14 661	2 155 167	21 551 670
Ramstein	6 340	931 980	9 319 800
Rastatt, Stadt	25 780	3 789 660	37 896 600
Rastede	15 088	2 217 936	22 179 360
Ratekau	10 474	1 539 678	15 396 780
Ratingen, Stadt	38 217	5 617 899	56 178 990
Ratzeburg, Stadt	11 685	1 717 695	17 176 950
Raunheim	9 157	1 346 079	13 460 790
Ravensburg, Stadt	32 096	4 718 112	47 181 120
Recke	8 140	1 196 580	11 965 800
Recklinghausen, Stadt	128 963	18 957 561	189 575 610
Rees, Stadt	5 691	836 577	8 365 770
Regen, Stadt	7 906	1 162 182	11 621 820
Regensburg, Stadt	124 967	18 370 149	183 701 490
Rehau, Stadt	10 689	1 571 283	15 712 830
Rehme	6 402	941 094	9 410 940
Reichenbach an der Fils	7 528	1 106 616	11 066 160
Reinbek, Stadt	11 905	1 750 035	17 500 350
Reinfeld (Holstein), Stadt	6 225	915 075	9 150 750
Rellingen	7 702	1 132 914	11 321 940
Remagen, Stadt	7 699	1 131 753	11 317 530

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Remscheid, Stadt	131 295	19 300 365	193 003 650
Rendsburg, Stadt	35 325	5 192 775	51 927 750
Renningen	5 890	865 830	8 658 300
Reutlingen, Stadt	72 095	10 597 965	105 979 650
Rheda, Stadt	14 886	2 188 242	21 882 420
Rhede	8 613	1 266 111	12 661 110
Rheinbach, Stadt	8 793	1 292 571	12 925 710
Rheinberg (Rhld.), Stadt	11 242	1 652 574	16 525 740
Rheine links der Ems	5 672	833 784	8 337 840
Rheine, Stadt	47 790	7 025 130	70 251 300
Rheinfelden (Baden), Stadt	15 276	2 245 572	22 455 720
Rheinhausen, Stadt	71 835	10 559 745	105 597 450
Rheinkamp	41 308	6 072 276	60 722 760
Rheydt, Stadt	97 820	14 379 540	143 795 400
Richterich	5 104	750 288	7 502 880
Riedlingen, Stadt	5 674	834 078	8 340 780
Riegelsberg	11 794	1 733 718	17 337 180
Rielasingen	5 599	823 053	8 230 530
Rietberg, Stadt	5 883	864 801	8 648 010
Rimpar, Markt	5 046	741 762	7 417 620
Rinteln, Stadt	10 033	1 474 851	14 748 510
Ritterhude	6 730	989 310	9 893 100
Rodalben, Stadt	7 119	1 046 493	10 464 930
Rodenkirchen (Bez. Köln)	33 475	4 920 825	49 208 250
Rösrath	16 679	2 451 813	24 518 130
Röthenbach a. d. Pegnitz, Stadt	9 992	1 468 824	14 688 240
Rohrbach	7 226	1 062 222	10 622 220
Rommelshausen	7 112	1 045 464	10 454 640
Rosbach	6 417	943 299	9 432 990
Rosenheim, Stadt	32 059	4 712 673	47 126 730
Roßdorf	6 238	916 986	9 169 860
Rotenburg a. d. Fulda, Stadt	8 642	1 270 374	12 703 740
Rotenburg (Hannover), Stadt	15 777	2 319 219	23 192 190
Roth b. Nürnberg, Stadt	11 074	1 627 878	16 278 780
Rothenburg ob der Tauber, Stadt	11 345	1 667 715	16 677 150
Rottenburg am Neckar, Stadt	11 665	1 714 755	17 147 550
Rottweil, Stadt	19 000	2 793 000	27 930 000
Rüdesheim am Rhein, Stadt	7 297	1 072 659	10 726 590
Rülzheim	5 208	765 576	7 655 760
Ründeroth	7 948	1 168 356	11 683 560
Rünthe	6 969	1 024 443	10 244 430
Rüsselsheim, Stadt	49 334	7 252 098	72 520 980
Ruhpolding	5 780	849 660	8 496 600
Ruit	5 398	793 506	7 935 060
Rumeln-Kaldenhausen	11 764	1 729 308	17 293 080
Rutesheim	5 471	804 237	8 042 370
Saarbrücken, Stadt	133 418	19 612 446	196 124 460
Saarburg, Stadt	5 534	813 498	8 134 980
Saarlouis, Stadt	36 451	5 358 297	53 582 970
Saarwellingen	8 682	1 276 254	12 762 540
Säckingen, Stadt	12 227	1 797 369	17 973 690
Salach	6 659	978 873	9 788 730
Salzgitter, Stadt	114 586	16 844 142	168 441 420
Salzkotten, Stadt	5 929	871 563	8 715 630
Sande	7 005	1 029 735	10 297 350
Sandhausen	8 596	1 263 612	12 636 120
Sankt Georgen, Schwarzwald, Stadt	11 315	1 663 305	16 633 050
Sankt Hubert	5 807	853 629	8 536 290
Sankt Ingbert, Stadt	28 788	4.231 836	42 318 360
Sankt Mang	8 695	1 278 165	12 781 650
Sankt Mauritz	7 591	1 115 877	11 158 770
Sankt Tönnis	13 364	1 964 508	19 645 080
Sankt Wendel, Stadt	10 703	1 573 341	15 733 410

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Sarstedt, Stadt	11 215	1 648 605	16 486 050
Saulgau, Stadt	9 735	1 431 045	14 310 450
Schalksmühle	5 428	797 916	7 979 160
Schenefeld	12 022	1 767 234	17 672 340
Schiefbahn	7 567	1 112 349	11 123 490
Schifferstadt, Stadt	16 498	2 425 206	24 252 060
Schiffweiler	6 558	964 026	9 640 260
Schleswig, Stadt	33 260	4 889 220	48 892 200
Schliersee, Markt	6 151	904 197	9 041 970
Schlitz, Stadt	5 032	739 704	7 397 040
Schloß Holte	7 179	1 055 313	10 553 130
Schloß Neuhaus	11 715	1 722 105	17 221 050
Schlüchtern, Kreisstadt	6 023	885 381	8 853 810
Schmalz	7 283	1 070 601	10 706 010
Schmiden	7 029	1 033 263	10 332 630
Schneverdingen	7 704	1 132 488	11 324 880
Schönaich	6 875	1 010 625	10 106 250
Schönholthausen	11 988	1 762 236	17 622 360
Schöningen, Stadt	15 828	2 326 716	23 267 160
Schöppenstedt, Stadt	5 545	815 115	8 151 150
Schötmar, Stadt	9 093	1 336 671	13 366 710
Schongau, Stadt	9 933	1 460 151	14 601 510
Schopfheim, Stadt	8 267	1 215 249	12 152 490
Schorndorf, Stadt	20 612	3 029 964	30 299 640
Schortens	10 953	1 610 091	16 100 910
Schramberg, Stadt	18 529	2 723 763	27 237 630
Schriesheim	7 872	1 157 184	11 571 840
Schrobenhausen, Stadt	8 616	1 266 552	12 665 520
Schüttorf, Stadt	8 276	1 216 572	12 165 720
Schussenried, Stadt	5 555	816 585	8 165 850
Schwabach, Stadt	23 991	3 526 677	35 266 770
Schwabmünchen, Stadt	7 237	1 063 839	10 638 390
Schwäbisch Gmünd, Stadt	39 910	5 866 770	58 667 700
Schwäbisch Hall, Stadt	22 738	3 342 486	33 424 860
Schwaig b. Nürnberg	5 228	768 516	7 685 160
Schwaikheim	6 719	987 693	9 876 930
Schwalbach a. Taunus	5 328	783 216	7 832 160
Schwalbach/Saar	9 073	1 333 731	13 337 310
Schwandorf i. Bay., Stadt	16 149	2 373 903	23 739 030
Schwanewede	6 961	1 023 267	10 232 670
Schwarzenbach a. d. S., Stadt	7 416	1 090 152	10 901 520
Schwarzenbek, Stadt	8 313	1 222 011	12 220 110
Schwarzenfeld, Markt	5 238	769 986	7 699 860
Schweinfurt, Stadt	58 279	8 567 013	85 670 130
Schwelm, Stadt	33 929	4 987 563	49 875 630
Schwenningen a. N., Stadt	32 838	4 827 186	48 271 860
Schwerte, Stadt	24 380	3 583 860	35 838 600
Schwetzingen, Stadt	15 555	2 286 585	22 865 850
Sechtem	9 895	1 454 565	14 545 650
Seeheim	5 427	797 769	7 977 690
Seelze	8 253	1 213 191	12 131 910
Seesen, Stadt	12 983	1 908 501	19 085 010
Sehnde	5 728	842 016	8 420 160
Selb, Stadt	18 870	2 773 890	27 738 900
Seligenstadt, Stadt	10 256	1 507 632	15 076 320
Selm	14 646	2 152 962	21 529 620
Sende	5 064	744 408	7 444 080
Senden	5 327	783 069	7 830 690
Senden, Markt	5 837	858 039	8 580 390
Senne I	15 536	2 283 792	22 837 920
Senne II	16 703	2 455 341	24 553 410
Setterich	6 667	980 049	9 800 490
Siegburg, Stadt	33 935	4 988 445	49 884 450
Siegen, Stadt	49 373	7 257 831	72 578 310

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Sieglar	23 198	3 410 106	34 101 060
Sigmaringen, Stadt	10 465	1 538 355	15 383 550
Simmbach a. Inn, Stadt	7 020	1 031 940	10 319 400
Simmern, Stadt	5 123	753 081	7 530 810
Sindelfingen, Stadt	31 388	4 614 036	46 140 360
Singen (Hohentwiel), Stadt	36 512	5 367 264	53 672 640
Sinnersdorf	5 749	845 103	8 451 030
Sinsheim, Stadt	7 109	1 045 023	10 450 230
Sinzheim	6 117	899 199	8 991 990
Sinzig, Stadt	6 684	982 548	9 825 480
Sobernheim, Stadt	7 260	1 067 220	10 672 200
Soest, Stadt	34 526	5 075 322	50 753 220
Solingen, Stadt	172 797	25 401 159	254 011 590
Soltau, Stadt	14 870	2 185 890	21 858 900
Sonthofen, Stadt	14 591	2 144 877	21 448 770
Sontra, Stadt	5 659	831 873	8 318 730
Spaichingen, Stadt	7 590	1 115 730	11 157 300
Spenge	6 635	975 345	9 753 450
Speyer, Stadt	40 795	5 996 865	59 968 650
Spiesen	6 866	1 009 302	10 093 020
Sprendlingen, Stadt	18 538	2 725 086	27 250 860
Springe, Stadt	11 319	1 663 893	16 638 930
Spreckhövel	9 097	1 337 259	13 372 590
Stade, Stadt	31 366	4 610 802	46 108 020
Stadeln	5 236	769 692	7 696 920
Stadt Allendorf (Kr. Marburg)	14 026	2 061 822	20 618 220
Stadtbergen	7 092	1 042 524	10 425 240
Stadthagen, Stadt	15 995	2 351 265	23 512 650
Stadtlohn, Stadt	4 387	644 889	6 448 890
Stadtoldendorf, Stadt	6 865	1 009 155	10 091 550
Starnberg, Stadt	10 671	1 568 637	15 686 370
Stein b. Nürnberg	8 128	1 194 816	11 948 160
Steinfeld (Oldenburg)	5 985	879 795	8 797 950
Steinhagen	7 973	1 172 031	11 720 310
Steinheim a. Main, Stadt	9 954	1 463 238	14 632 380
Steinheim, Stadt	6 586	968 142	9 681 420
Stephanskirchen	6 987	1 027 089	10 270 890
Stockach, Stadt	6 142	902 874	9 028 740
Stockelsdorf	9 586	1 409 142	14 091 420
Stockstadt, Stadt	6 142	902 874	9 028 740
Stockelsdorf	9 586	1 409 142	14 091 420
Stockstadt a. Main	5 629	827 463	8 274 630
Stockstadt a. Rhein	3 745	550 515	5 505 150
Stolberg (Rhld.), Stadt	38 235	5 620 545	56 205 450
Straelen, Stadt	9 055	1 331 085	13 310 850
Straubing, Stadt	36 743	5 401 221	54 012 210
Stukenbrock	7 731	1 136 457	11 364 570
Stuttgart, Stadt	631 754	92 867 838	928 678 380
Süchteln, Stadt	16 907	2 485 329	24 853 290
Südlengern	5 588	821 436	8 214 360
Süßen	7 708	1 133 076	11 330 760
Sulingen, Stadt	7 644	1 123 668	11 236 680
Sulzbach a. Taunus	5 234	769 398	7 693 980
Sulzbach-Rosenberg, Stadt	19 327	2 841 069	28 410 690
Sulzbach/Saar, Stadt	23 396	3 439 212	34 392 120
Sundern (Sauerland)	8 565	1 259 055	12 590 550
Syke, Stadt	6 718	987 546	9 875 460
Tailfingen, Stadt	15 984	2 349 648	23 496 480
Tauberbischofsheim, Stadt	8 107	1 191 729	11 917 290
Telgte, Kirchspiel	7 407	1 088 829	10 888 290
Tettnang, Stadt	7 732	1 136 604	11 366 040
Tiengen/Hochrhein, Stadt	7 190	1 056 930	10 569 300
Timmendorfer Strand	7 659	1 125 873	11 258 730

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Tirschreuth, Stadt	8 119	1 193 493	11 934 930
Töging a. Inn	7 790	1 145 130	11 451 300
Tornesch	7 312	1 074 864	10 748 640
Traben Trarbach, Stadt	5 463	803 061	8 030 610
Traunreut, Stadt	9 474	1 392 678	13 926 780
Traunstein, Stadt	14 387	2 114 889	21 148 890
Treuchtlingen, Stadt	6 940	1 020 180	10 201 800
Treysa, Stadt	8 452	1 242 444	12 424 440
Triberg i. Schwarzwald, Stadt	6 118	899 346	8 993 460
Trier, Stadt	86 574	12 726 378	127 263 780
Troisdorf, Stadt	17 142	2 519 874	25 198 740
Trossingen, Stadt	9 686	1 423 842	14 238 420
Trostberg, Stadt	7 144	1 050 168	10 501 680
Tübingen, Stadt	52 494	7 716 618	77 166 180
Türnich	13 115	1 927 905	19 279 050
Tuttlingen, Stadt	25 425	3 737 475	37 374 750
Tutzing	5 899	867 153	8 671 530
Twistringen, Stadt	5 828	856 716	8 567 160
Übach-Pallenberg	22 068	3 243 996	32 439 960
Überlingen, Stadt	11 793	1 733 571	17 335 710
Uelzen, Stadt	24 100	3 542 700	35 427 000
Uetersen, Stadt	16 323	2 399 481	23 994 810
Uetze	5 291	777 777	7 777 770
Uhingen	8 476	1 245 972	12 459 720
Ulm, Stadt	93 407	13 730 829	137 308 290
Ummeln	5 411	795 417	7 954 170
Unna, Stadt	31 615	4 647 405	46 474 050
Unterbiberg	6 938	1 019 886	10 198 860
Unterhaching	5 992	880 824	8 808 240
Unterhausen	5 247	771 309	7 713 090
Unterkochen	6 237	916 839	9 168 390
Unterpfaffenhofen	7 136	1 048 992	10 489 920
Unterschleißheim	5 867	862 449	8 624 490
Urach, Stadt	8 719	1 281 693	12 816 930
Urberach	5 930	871 710	8 717 100
Uslar, Stadt	6 702	985 194	9 851 940
Vaihingen a. d. Enz, Stadt	7 070	1 039 290	10 392 900
Valdorf	6 247	918 309	9 183 090
Vallendar, Stadt	6 835	1 004 745	10 047 450
Varel, Land	12 008	1 765 176	17 651 760
Varel, Stadt	12 710	1 868 370	18 683 700
Vechta, Stadt	14 081	2 069 907	20 699 070
Veitshöchheim	5 014	737 058	7 370 580
Velbert, Stadt	54 350	7 989 450	79 894 500
Verden (Aller), Stadt	16 830	2 474 010	24 740 100
Verl	6 094	895 818	8 958 180
Versmold, Stadt	6 501	955 647	9 556 470
Vienenburg, Stadt	6 713	986 811	9 868 110
Viernheim, Stadt	23 162	3 404 814	34 048 140
Viersen, Stadt	42 113	6 190 611	61 906 110
Villingen i. Schwarzwald, Stadt	34 834	5 120 598	51 205 980
Vilsbiburg, Stadt	5 970	877 590	8 775 900
Vilshofen, Stadt	5 882	864 654	8 646 540
Vinnhorst	6 075	893 025	8 930 250
Visbek	6 620	973 140	9 731 400
Vlotho, Stadt	8 307	1 221 129	12 211 290
Vöhringen	9 493	1 395 471	13 954 710
Völklingen, Stadt	42 057	6 182 379	61 823 790
Voerde (Niederrhein)	25 614	3 765 258	37 652 580
Volmarstein	10 238	1 504 986	15 049 860
Vorsfelde, Stadt	8 808	1 294 776	12 947 760
Vorst	5 625	826 875	8 268 750
Vreden, Stadt	7 672	1 127 784	11 277 840

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Wadersloh	5 355	787 185	7 871 850
Wahlstedt	5 620	826 140	8 261 400
Waiblingen, Stadt	23 952	3 520 944	35 209 440
Waldbröl, Stadt	12 233	1 798 251	17 982 510
Waldkirch, Stadt	9 213	1 354 311	13 543 110
Waldkraiburg, Stadt	11 599	2 827 164	28 271 640
Waldniel	8 487	1 247 589	12 475 890
Waldsassen, Stadt	7 564	1 111 908	11 119 080
Waldshut, Stadt	10 717	1 575 399	15 753 990
Walheim	6 157	905 079	9 050 790
Walldorf, Stadt	10 898	1 602 006	16 020 060
Walldürn, Stadt	7 768	1 141 896	11 418 960
Wallerfangen	5 573	819 231	8 192 310
Walsrode, Stadt	13 487	1 982 589	19 825 890
Walsum, Stadt	48 299	7 099 953	70 999 530
Waltrop, Stadt	23 177	3 407 019	34 070 190
Wangen i. Allgäu, Stadt	13 726	2 017 722	20 177 220
Wanne-Eickel, Stadt	108 669	15 974 343	159 743 430
Warburg, Stadt	9 347	1 374 009	13 740 090
Wardenburg	10 302	1 514 394	15 143 940
Warendorf, Stadt	16 516	2 427 852	24 278 520
Warstein, Stadt	9 614	1 413 258	14 132 580
Wasseralfingen, Stadt	11 580	1 702 260	17 022 600
Wasserburg a. Inn, Stadt	6 473	951 531	9 515 310
Wattenscheid, Stadt	81 010	11 908 470	119 084 700
Weddinghofen	7 137	1 049 139	10 491 390
Weener, Stadt	5 575	819 525	8 195 250
Weeze	8 774	1 289 778	12 897 780
Wegberg	13 756	2 022 132	20 221 320
Wehr, Stadt	7 982	1 173 354	11 733 540
Weiden i. d. Opf., Stadt	42 783	6 289 101	62 891 010
Weidenau (Sieg), Stadt	17 313	2 545 011	25 450 110
Weil am Rhein, Stadt	18 150	2 668 050	26 680 500
Weil der Stadt, Stadt	5 123	753 081	7 530 810
Weilburg, Stadt	5 895	866 565	8 665 650
Weilheim a. d. Teck, Stadt	6 095	895 965	8 959 650
Weilheim i. Obb., Stadt	12 993	1 909 971	19 099 710
Weingarten (Baden)	8 064	1 185 408	11 854 080
Weingarten, Stadt	16 720	2 457 840	24 578 400
Weinheim, Stadt	29 066	4 272 702	42 727 020
Weinsberg, Stadt	6 761	993 867	9 938 670
Weißenburg i. Bay., Stadt	14 108	2 073 876	20 738 760
Weißenborn, Stadt	6 393	939 771	9 397 710
Weißenthurm	7 023	1 032 381	10 323 810
Weisweiler	5 738	843 486	8 434 860
Weiterstadt	5 453	801 591	8 015 910
Welper	10 856	1 595 832	15 958 320
Welzheim, Stadt	7 116	1 046 052	10 460 520
Wemmetsweiler	6 336	931 392	9 313 920
Wenden	11 401	1 675 947	16 759 470
Wendlingen a. Neckar, Stadt	11 223	1 649 781	16 497 810
Wengern	5 117	752 199	7 521 990
Wenningen (Deister)	5 511	810 117	8 101 170
Wentorf b. Hamburg	7 727	1 135 869	11 358 690
Werdohl, Stadt	23 384	3 437 448	34 374 480
Werl, Stadt	18 539	2 725 233	27 252 330
Wermelskirchen, Stadt	25 478	3 745 266	37 452 660
Wernau (Neckar)	11 229	1 650 663	16 506 630
Werne a. d. Lippe, Stadt	20 444	3 005 268	30 052 680
Werste	5 156	757 932	7 579 320
Wertheim, Stadt	11 547	1 697 409	16 974 090
Wesel, Stadt	32 589	4 790 583	47 905 830
Wesseling	21 514	3 162 558	31 625 580
Westerholt, Stadt	12 321	1 811 187	18 111 870

Ort	Einwohner	1 Jahr DM	10 Jahre DM
Westerkappeln	8 654	1 272 138	12 721 380
Westerland, Stadt	9 295	1 366 365	13 663 650
Westerstede	15 951	2 344 797	23 447 970
Westhofen, Stadt	5 608	824 376	8 243 760
Wetter (Ruhr), Stadt	12 451	1 830 297	18 302 970
Wettringen	5 712	839 664	8 396 640
Wetzlar, Stadt	37 823	5 559 981	55 599 810
Wevelinghofen, Stadt	6 035	887 145	8 871 450
Wickede	7 225	1 062 075	10 620 750
Wickrath	11 886	1 747 242	17 472 420
Wiebelskirchen	11 031	1 621 557	16 215 570
Wiedenbrück, Stadt	15 134	2 224 698	22 246 980
Wiefelstede	6 311	927 717	9 277 170
Wiehl	10 911	1 603 917	16 039 170
Wiesbaden, Stadt	259 856	38 198 832	381 988 320
Wiescherhöfen	9 815	1 442 805	14 428 050
Wiesental	6 883	1 011 801	10 118 010
Wiesloch, Stadt	15 241	2 240 427	22 404 270
Wiesmoor	6 395	940 065	9 400 650
Wildbad i. Schwarzwald, Stadt	6 579	967 113	9 671 130
Wildeshausen, Stadt	11 104	1 632 288	16 322 880
Wilhelmshafen, Stadt	100 671	14 798 637	147 986 370
Willich	13 527	1 988 469	19 884 690
Windischeschenbach, Stadt	5 169	759 843	7 598 430
Winnenden, Stadt	12 570	1 847 790	18 477 900
Winsen (Luhe), Stadt	11 006	1 617 882	16 178 820
Winz	7 952	1 168 944	11 689 440
Wipperfürth, Stadt	13 626	2 003 022	20 030 220
Wissen	7 019	1 031 793	10 317 930
Witten, Stadt	97 748	14 368 956	143 689 560
Wittingen, Stadt	5 185	762 195	7 621 950
Wittlaer	5 091	748 377	7 483 770
Wittlich, Stadt	9 596	1 410 612	14 106 120
Wittmund, Stadt	6 079	893 613	8 936 130
Witzenhausen, Stadt	7 941	1 167 327	11 673 270
Wolfenbüttel, Stadt	40 337	5 929 539	59 295 390
Wolfhagen, Stadt	6 299	925 953	9 259 530
Wolratshausen, Stadt	7 708	1 133 076	11 330 760
Wolfsburg, Stadt	79 923	11 748 681	117 486 810
Worms, Stadt	63 321	9 308 187	93 081 870
Wülfrath, Stadt	22 362	3 287 214	32 872 140
Würselen, Stadt	20 382	2 996 154	29 961 540
Würzburg, Stadt	121 016	17 789 352	177 893 520
Wunsiedel, Stadt	8 623	1 267 581	12 675 810
Wunstorf, Stadt	15 527	2 282 469	22 824 690
Wuppertal, Stadt	421 842	62 010 774	620 107 740
Wyhlen	5 080	746 760	7 467 600
Xanten, Stadt	6 829	1 003 863	10 038 630
Zetel	6 900	1 014 300	10 143 000
Zeven, Stadt	7 593	1 116 171	11 161 710
Ziegelhausen	8 720	1 281 840	12 818 400
Zirndorf, Stadt	13 950	2 050 650	20 506 500
Zons, Stadt	6 389	939 183	9 391 830
Zülpich, Stadt	5 346	785 862	7 858 620
Zweibrücken, Stadt	33 345	4 901 715	49 017 150
Zwiesel, Stadt	8 274	1 216 278	12 162 780
Zwischenahn	17 791	2 615 277	26 152 770

Fernseh-Spalte

REICHSTAGSBRANDPROZESS

Michael Mansfelds zweiteiliges Dokumentarspiel „Der Reichstagsbrandprozeß", vom Hessischen Rundfunk produziert, erschien mir bar jeder Sensation, gediegen, ja spröde. Hervorzuheben ist die ungeheure Fleißleistung. Aus 10 000 Protokollseiten ein Manuskript von 260 Seiten zu „destillieren", bedarf schon fast der Selbstverleugnung des Autors. Ein Hauptverfahren von drei Monaten Dauer in einem dreistündigen Dokumentarspiel wiedergeben zu wollen, erfordert einen geradezu radikalen Mut zum Weglassen. Von dieser Methode her ist das Projekt anfechtbar. Die politische Aussage des Stückes dürfte kaum zu beanstanden sein. Mansfeld und seine Mitarbeiter, die Redakteure Kreimeier und Rhotert vom Hessischen Rundfunk, konzentrierten sich auf die Tendenz des Prozesses, der Weltöffentlichkeit eine kommunistische Verschwörung zu suggerieren und damit die unmittelbar nach der Brandstiftung einsetzenden Terrormaßnahmen der Nationalsozialisten zu legitimieren. In den Auftritten Görings und Goebbels' (von Werner Kreindl und Heiner Schmidt glaubwürdig stilisiert) enthüllte sich jener blutrünstige Zynismus, den die Mehrheit des deutschen Volkes bis zum Kriegsende nicht wahrhaben wollte. Schon damals (Mansfeld verwendete nur authentische Prozeßunterlagen) mußte sich also jedem, der genau hinzuhören verstand, die verbrecherische Wirklichkeit des Nationalsozialismus offenbaren. Dasselbe gilt für die gesamte Prozeßführung. Paul Walter Jacobs in der Rolle des Senatspräsidenten Bünger demonstrierte die schäbige Unterwerfung der Justiz unter die Absichten der Nazis. Geduldig akzeptierte Bünger die Agitationsreden der nationalsozialistischen Zeugen. Dimitroffs bohrende Fragen und Bemerkungen hingegen konterte er oft aufbrausend. Mehrere Male machte er von seiner Autorität Gebrauch und schloß Dimitroff zeitweilig aus.

Weniger deutlich kam die Fragwürdigkeit des gesamten Zeugenapparates zum Ausdruck. Nicht zu erkennen war das Verhältnis zwischen Angeklagten und Verteidigern. Dimitroff beispielsweise hatte den zum Offizialverteidiger bestellten Dr. Teichert nicht akzeptiert. Sparsam blieben die Hinweise auf die unmittelbar nach der Brandstiftung einsetzenden Terrorakte der Nationalsozialisten.

In der Zeit zwischen dem Reichstagsbrand (27. 2. 33) und der Urteilsverkündung im Prozeß (23. 12. 33) wurde die Macht- und Terrormaschinerie des Nationalsozialismus perfekt installiert und auf Hochtouren gebracht. Es stellt sich die Frage, ob ein gründlicher Dokumentarbericht von gleicher Zeitdauer nicht doch nützlicher gewesen wäre als ein Fernsehspiel, das keinen einzigen neuen Gesichtspunkt vorbrachte. Die Methode, die der Autor wählte, ließ ihm keine andere Wahl, als bis zur Abstraktion hin zu komprimieren. Diese Aufgabe erfüllte er gewiß untadelig. In einem Dokumentarbericht aber wären Kausalbeziehungen sichtbar geworden, die wirklichen Machtverhältnisse, die gesellschaftspolitische Situation. Der Londoner Gegenprozeß unter Vorsitz des königlich-britischen Justizrats Dr. D. N. Pritt und unter Beteiligung zahlreicher Emigranten hätte einbezogen werden können. Auslassungen wesentlicher Vorkommnisse (beispielsweise die Ermordung wichtiger SA-Zeugen anläßlich des Röhmputsches, die sofortige Inhaftierung der Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff nach dem Freispruch durch das Reichsgericht u. v. a.) wären vermieden worden. Aber das ließe sich ja nachholen. Vielleicht entdeckt doch noch eine der Länderanstalten der ARD ihr Interesse für diesen Stoff, zumal Johannes van der Lubbe, der Bruder des hingerichteten angeblichen Brandstifters, am Westberliner Kammergericht einen Antrag auf Überprüfung des Urteils von 1933 gestellt hat. Es handelt sich zwar nur um ein nichtöffentliches „Beschlußverfahren". Aber vielleicht ergeben sich bei dieser Gelegenheit doch neue Aspekte.

E. H. Wahl

Die politische Satire

VON EINEM, DER AUSZOG ...

In einer Stadt lebten zwei Brüder. Davon war der älteste klug und gescheit und schickte sich nicht einfach in alles, was die Regierung befahl. Der jüngste aber war dumm, konnte nichts begreifen oder lernen, und wenn die Leute ihn sahen, sprachen sie: „Mit dem wird das Militär wenig Last haben."

Wenn nun etwas zu tun war, etwa zu wählen oder eine Unterschrift zu leisten, so mußte es der ältere alle Zeit ausrichten: Hieß man ihn aber, dem Zivilschutzkorps beizutreten, auf den Friedhof, den Truppenübungsplatz, in die Kaserne oder sonst einen schaurigen Ort zu gehen, so antwortete er wohl: „Ach nein, ich gehe nicht dahin, es gruselt mir!" Denn er befürchtete einiges. Oder wenn abends beim Feuer Geschichten erzählt wurden, wobei einem die Haut schaudert, von der Formierten Gesellschaft, den Schubladengesetzen oder gar dem Krieg im fernen Vietnam, so erbleichten die Zuhörer manchmal und sprachen: „Ach, es gruselt mir." Der jüngste aber — Michel hieß er — saß in der Ecke, hörte das mit an und konnte nicht begreifen, was es heißen sollte.

„Wie macht ihr das nur", fragte er die andern, „daß es euch immer so schön gruselt?" „Ei, das sollst du bald lernen", antworteten diese und nahmen ihn mit ins Kino um die Ecke, wo gerade „Afrika addio" lief. Aber auch das half nichts. Michel lachte, wie die andern Leute im Kino, am lautesten, wenn die Neger so komische Verrenkungen machten und dann tot waren. Das Gruseln jedoch lernte er nicht, denn er war — wie gesagt — einfältig und dachte bei sich: „Wenn die hohen Herrn in Wiesbaden ein Prädikat geben, wirds schon gut sein." Die andern aber sprachen untereinander: „Warte nur, Bürschchen, du sollst das Gruseln schon lernen!" — und schickten ihn zum Sing out. Michel aber, der ja ein Dummbart war, kam mit blitzenden Augen zurück und sprach: „Ihr seid mir rechte Lehrer, wolltet mich das Gruseln lehren, und ich habe nur gelernt, wie das Sterben doch so schön positiv ist." Und als er die zweifelnden Blicke der andern sah, fügte er schnell hinzu: „Vorausgesetzt, man tut es für den Westen." Da gruselte es wieder nur den andern. Und sie sprachen zu sich: „Er ist dümmer, als wir dachten. Sollte er vielleicht gar mit der NPD sympathisieren?"

Der ältere Bruder aber sagte zu Michel: „Ich sehe schon, es hilft nur noch eins: geh nach Bonn und sieh dir das Gruselkabinett des Dr. Kiesinger an, dann wirst du das Fürchten schon lernen." Also machte sich Michel auf und wanderte frohgemut gen Bonn. Da waren sie nun alle im Gruselkabinett, der Schröder und der Hassel, der Wehner und der Lücke. Michel aber erstarrte vor Ehrfurcht und Bewunderung, und das Gruseln wollte sich nicht einstellen. Nur in der Schreckenskammer wurde ihm etwas unbehaglich, denn da stand ein wilder Mann, mit Namen Strauß, der kann manchen schon das Fürchten lehren. Gerade in diesem Augenblick aber machten alle Gruselkabinetts-Mitglieder miteinander den Mund auf und sprachen in wohltönenden Worten von Frieden und Entspannung. „Potztausend", dachte Michel, „da haben sie mich aber zuhause schön verladen. Wer sollte hier wohl das Gruseln lernen?"

Schon wollte er sich auf den Heimweg machen, da hörte er aus dem Kabinett vielfältiges Geschrei. Die Herren protestierten gemeinsam lautstark gegen den Atomsperrvertrag. Da fiel es Michel wie Schuppen von den Augen. Denn selbst der Dümmste mußte nun erkennen, woher der Wind wirklich wehte. „Warum wollen sie wohl den Vertrag nicht?" überlegte er in seinem Innern. Und schon lief es ihm eiskalt über den Rücken. „Oh, wie gruselt mir, wie gruselt mir!" — rief er aus, und damit hatte er auch völlig recht. Fortan war Michel ein wachsamer Staatsbürger, und jedes Jahr zu Ostern unterschrieb er einen Aufruf, weil es ihm nötig schien.

PS: Leider haben nur Märchen einen so positiven Schluß. Der wirkliche Michel hat das Fürchten noch immer nicht gelernt und glaubt der BILD-Zeitung bis an sein jähes Ende.

Dietrich Kittner

Bücher

Aus Deutschlands guter Tradition

Walter Grab, Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten Französischen Republik. Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band XXI. Hans Christians Verlag, Hamburg 1966, 275 S., 24 DM.

Wie weit „demokratische Strömungen" in Deutschland heute wirksam und vorhanden sind, kann der interessierte Zeitgenosse durch vielfältige Informationen erfahren. Wieweit dies früher der Fall war, ist den meisten von uns kaum oder gar nicht bekannt — Historiker nicht ausgenommen. Demokratische Traditionen hält man gemeinhin entweder für nicht existierend, nach dem alten apologetisch-selbstanklagenden Slogan „Wir Deutschen sind so unpolitisch!", oder man argwöhnt irgendeine „Tendenz", sobald der Versuch unternommen wird, derartige Traditionen aufzuspüren (als ob dies ein Nachteil sei und es überhaupt ohne „Tendenz" ginge!)

Die Untersuchung Walter Grabs über demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der Französischen Revolution behandelt ein in der Bundesrepublik noch wenig bearbeitetes Gebiet. Grab bemüht sich um eine möglichst breite Darstellung aller „demokratischen" Kräfte, d. h. für den betreffenden Zeitraum derjenigen Kräfte, die mit den Ideen der Französischen Revolution sympathisierten und — zum Teil in der Hoffnung auf französische Hilfe — eine Veränderung der sozialen und politischen Mißstände erstrebten. Dazu gehörten vor allem Schriftsteller und Publizisten, die großenteils von Beruf Advokaten, Lehrer, Ärzte waren, ferner sozial benachteiligte Gruppen wie die „unehrlichen" Schauspieler und die Juden. Dazu zählten aber auch Angehörige der armen, teilweise bereits verelendenden Volksschichten, über die freilich nur spärliches Quellenmaterial vorhanden ist.

Ohne auf Einzelheiten und Aktionen näher einzugehen, seien hier nur kurz die wichtigsten Formen demokratischer Agitation genannt — sie zeigen zum großen Teil starke Anklänge an diejenigen in Frankreich und im französisch besetzten Mainz: Im Vordergrund steht die literarische Kritik in periodischen Schriften, die der Zensur wegen oft rasch zugrunde gingen oder ihren Namen wechseln mußten, in Flugschriften und anonymen Broschüren, sogar in allegorisch-satirischen Romanen und Theaterstücken. Zur Zeit des Vormarsches der Revolutionsheere 1792/93 und auch noch einmal während der ersten napoleonischen Erfolge in Italien entstanden demokratische Zirkel und Klubs, so eine die Gleichheit und religiöse Toleranz übende und fördernde Freimaurer-„Winkelloge" in Hamburg, ein Jakobinerklub in Altona und ein „Patriotischer Klub" in Kiel, später eine „Philanthropische Gesellschaft" in Hamburg. Die relative Meinungsfreiheit der Hansestadt und des dänischen Altona sowie die Politik Hamburgs, die zwischen der Rücksicht auf das Reich und Preußen einerseits und auf seine Handelsinteressen mit Frankreich andererseits lavieren mußte, duldete, wenn auch nur vorübergehend und mit Einschränkungen, solche Veröffentlichungen und Vereinigungen. Unterstützt wurden die demokratischen Aktivitäten in Hamburg und Altona von den jeweiligen französischen Gesandten, bis sie, nachdem sie immer schwächer geworden waren, 1799 mit Napoleons völliger Machtübernahme vorläufig endeten.

Daneben ereigneten sich in den neunziger Jahren vereinzelte, nicht organisierte Volksaufstände, vor allem von armen Bevölkerungsgruppen gegen die durch große Lebensmittelausfuhren — besonders nach Frankreich — verursachte Teuerung sowie von Handwerksburschen gegen den Zwang der Zünfte. Irgendwelche Verbindungen zwischen diesen und den demokratischen Publizisten sind offenbar nicht nachweisbar. Der Verfasser ist jedoch bestrebt, die Personen, Zirkel, Gruppen und ihre Aktionen stets mit dem sozialen und ökonomischen Hintergrund ihrer Zeit und Umgebung zusammen zu sehen und so ein besseres Verstehen zu ermöglichen.

Für das Scheitern dieser äußerst vielfältigen, in sich differenzierten Bestrebungen führt Grab verschiedene Ursachen an: das Fehlen eines geistigen und politischen Zentrums in Deutschland; die verfassungs-

rechtliche und religiöse Zersplitterung der Partikularstaaten; die Funktions- und Verantwortungslosigkeit des Adels; das obrigkeitshörige Denken der Lutheraner und die weitgehend feindliche Haltung der beiden großen Konfessionen gegenüber der Aufklärung sowie die enge Verbindung von „Thron und Altar"; das Fehlen einer breiten bürgerlichen Schicht sowie eines städtischen Proletariats (Paris hatte ca. 600 000, Berlin 120 000, Hamburg 100 000, Frankfurt und München je 35 000 Einwohner!); die mangelnde Zusammenarbeit der gebildeten Demokraten untereinander; die konservative Gegenpropaganda, die vor allem vom preußischen Gesandten betrieben wurde, und die Zensur; die wachsende Ablehnung der Jakobinerherrschaft und der französischen Okkupationspraktiken am Rhein durch die deutsche Bevölkerung; schließlich die Resignation der demokratischen Publizisten selbst, die sich in ihrer Hoffnung auf eine Revolutionierung und Neugestaltung des Reiches durch die Revolutionsarmeen immer mehr betrogen sahen.

Das Buch stützt sich auf gründliche und umfangreiche Quellenstudien. Die übersichtliche Gliederung, das Namensregister am Schluß und eine klare Sprache ermöglichen rasches Zurechtfinden und Verstehen. Die „Tendenz" der Arbeit liegt weniger in der Beurteilung der vorgeführten Forschungsergebnisse — obwohl meines Erachtens zuweilen die demokratische Passion des Verfassers die Ereignisse zu sehr für sich zu interpretieren sucht —, als in der Auswahl des Stoffes, die ja jeder Historiker zu treffen hat und die bei uns immer noch weitgehend nach konservativen Gesichtspunkten erfolgt. Bezeichnend ist beispielsweise die Tatsache, daß ein Großteil der zitierten neueren Forschungen auf diesem Gebiet in der DDR erschienen ist. Es wäre zu wünschen, daß dieses Buch über Hamburg hinaus bekannt würde und z. B. im Geschichtsunterricht Verwendung fände, damit dort anstelle des romantisch-nationalen Pathos der „Befreiungskriege" und ihrer Helden, die immerhin eine jahrzehntelange Reaktion einleiteten, auch einmal wirkliche Demokraten genannt werden, von denen es zwar auch damals keineswegs wimmelte, die aber doch in eine Tradition gehören, deren unsere junge Demokratie sich bewußt werden sollte.

Ursula Margetts, M. A.,
Greasby/Großbritannien

Wirtschaftsplanung im Westen

National Economic Development Council: Englands Wirtschaftsprojektion. Berlin Verlag 1964. 268 S., Balacron-Bd., 20,— DM.

Francois Perroux: Frankreichs Wirtschaftsprojektion (Der Vierte Französische Plan). Berlin Verlag 1964. 206 S., Balacron-Bd., 15,— DM.

Ingvar Svennilson: Schwedens Wirtschaftsprojektion. Berlin Verlag 1965. 224 S., Balacron-Bd., 17,50 DM.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in mehreren Ländern Westeuropas, unter ihnen Frankreich und England, mittel- und langfristige Wirtschaftspläne aufgestellt, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen. Äußerer Anlaß war nicht selten die amerikanische Hilfe durch den Marshall-Plan. Während in Westdeutschland, unter der Ägide Erhards, für zwei Jahrzehnte die Planung als kommunistisch verketzert wurde, entwickelten Wirtschaftstheoretiker und -politiker jener westlichen Staaten ein differenziertes Instrumentarium kapitalistischer Planung, welches Bewegung in die erstarrten Lehrbuchkategorien, hie freie Marktwirtschaft, da zentrale Verwaltungswirtschaft, brachte. Mit dem Ende der „Epoche Erhard" ist auch in der Bundesrepublik die Illusion von der interventionsfreien Selbstregulierung der spätkapitalistischen Wirtschaft gefallen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der bundesdeutschen Großen Koalition wird, ihren bisherigen Äußerungen zufolge, von diesem Instrumentarium dankbar Gebrauch machen. Die von ihr in Umlauf gesetzten Termini „Lohnleitlinien", „konzertierte Aktion" und „kontrollierte Expansion" lassen daran keinen Zweifel.

Solche Termini künden vom Ende der offiziellen Planungsphobie, vermitteln indes noch keine Vorstellung von den Eigenarten kapitalistischer Planung. Zu präzisen Einsichten in Modelle westlicher Planung können dagegen die ersten Bände der Reihe „Staatliche Planungen" des Berlin-Verlages verhelfen. Es handelt sich bei diesen Büchern leider nicht um Synopsen der bisher in den betreffenden Ländern praktizierten Planung, sondern um Planungsbeispiele, um konkrete Wirtschaftspläne, deren Analysen und Zwischenbilanzen.

Der Band „Frankreichs Wirtschaftsprojektion" ist eine Analyse und Kritik des

IV. Französischen Wirtschaftsplans; der Band „Schwedens Wirtschaftsprojektion" bringt die Übersetzung eines Berichtes des Projektionskomitees im schwedischen Finanzministerium über Schwedens Wirtschaft in den Jahren 1961 bis 1965 und einer offiziellen Denkschrift über langfristige Planung; der Band „Englands Wirtschaftsprojektion" schließlich vereinigt die ersten Veröffentlichungen der 1962 von der englischen Regierung gegründeten volkswirtschaftlichen Entwicklungskommission.

Den drei Planstudien gemeinsam ist die Periode ihrer Projektionen — etwa 1961 bis 1966 — und ihre Orientierung am volkswirtschaftlichen Wachstum: das von ihnen gesteckte Ziel ist die Sicherung oder Erhöhung einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 4 Prozent (England, Schweden) bis 5,5 Prozent (Frankreich).

Im Gegensatz zu sozialistischen Wirtschaftsplänen, deren Autorität und Verbindlichkeit außer Frage stehen, ist die Planung kapitalistischer Provenienz eher eine aufgrund von Befragungen, statistischen Analysen und Hochrechnungen zustandegekommene Vorausschau (Projektion) der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung, die tendenziell den Charakter der selffulfilling prophecy annimmt. Die Programmierung oder Planifikation kennt unterschiedliche Grade der Verbindlichkeit. Während sie dem Staat eine Richtschnur seiner Wirtschaftspolitik und einen Verteilungsschlüssel der öffentlichen Investitionen an die Hand gibt, ist sie für den einzelnen Unternehmer unverbindliche Prognose, mit der er jedoch in der Regel seine Investitions- und Rationalisierungsentscheidungen abstimmt. Indem die Unternehmer, welche gewöhnlich am Zustandekommen der Projektion mitgewirkt haben, sich an ihr orientieren, bewirken sie die Erfüllung der Planziele. Die Planung bezieht sich vornehmlich auf die für das ökonomische Wachstum entscheidenden Faktoren. Dabei handelt es sich primär um das Volumen und die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials sowie um die Nutzbarmachung des technischen Fortschritts durch Rationalisierungen und Neu-Investitionen; und sekundär um den Ausgleich der Zahlungsbilanz und die Limitierung des Zuwachses an monetärem Einkommen (Incomes Policy), um die inflationären Tendenzen einzudämmen.

Laurens van der Post

Rußland, Antlitz aus vielen Gesichtern

2. Auflage
419 Seiten, Leinen DM 26,–
Paperbackausgabe DM 16,–

Warum hat dieses Buch wachsenden Erfolg?
Weil es unverfälscht Fakten bringt.

A. E. Fontenay

Vor der Wende

Skizzen zum Wandel des politischen Weltbildes

159 Seiten, Paperback DM 8,50
Ein politisches Buch über die unpolitischen Deutschen. Eine bestechende Analyse der letzten drei Generationen.

Henssel Verlag Berlin

Die schwedische hat unter den drei Planstudien noch am ehesten den Charakter der bloßen Extrapolation. „Wie die schwedischen Planungskommissionen die langfristige Entwicklung einschätzen, weicht in bestimmter Hinsicht von den in anderen Ländern üblichen Methoden ab. Deren Fünf- bis Zehnjahres-Pläne bedeuten in manchen Fällen Entscheidungen der Regierung, daß eine bestimmte Entwicklung stattfinden wird. Die schwedischen Projektionen gehen davon aus, daß die Führung des Wirtschaftssystems äußerst dezentralisiert ist und daß die Entwicklung also von einer Folge getrennter Entscheidungen von Individuen, Privatfirmen, lokalen und staatlichen Behörden abhängt. Die Projektion muß daher weitgehend den Charakter einer Voraussage haben, die die Pläne und Tendenzen dieser Wirtschaftseinheit reflektiert" (S. 30 f). Selbst die Wirtschaftspolitik geht noch als bloße Annahme in die Projektion ein: die Planungskommission extrapoliert ein wirtschaftliches Programm der Regierung, an das diese nicht gebunden ist.

Im Gegensatz zur schwedischen Projektion hat die französische Planifikation Planziele aufgestellt, die für den öffentlichen

Sektor imperativen Charakter haben. Der hohe Anteil der öffentlichen Investitionen (über 50 Prozent) und eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen und selektiven Finanzierungshilfen machen die Erfüllung der Planziele wahrscheinlich.

Die britische Planung hat sich unter der Labour-Regierung von dem schwedischen Muster gelöst und sich mehr in Richtung der französischen Planifikation bewegt. Die vorliegenden Pläne des „National Economic Development Council" sind Dokumente einer bereits überwundenen Planungsphase. Labours Wirtschaftsplanung für die Jahre 1964 bis 1970 ist in dem vom Wirtschaftsministerium aufgestellten „National Plan" niedergelegt.

Für alle drei Planungsvarianten gilt indes, was F. Perroux am französischen Plan kritisiert, nämlich „daß der Plan keines der wesentlichen Machtverhältnisse bedroht, die den Kapitalismus ausmachen. Die Arbeiterschaft übt keinen ausschlaggebenden Einfluß aus, nicht einmal auf die Wahl der Mittel" (S. 167). Neokapitalistische Planung zielt, bei sozialen Zugeständnissen an die ökonomisch Schwächeren, auf die Stabilisierung des bestehenden Herrschaftssystems, jedoch nicht auf dessen Transformation in eine soziale Mitbestimmungs-Demokratie.

Walther Müller-Jentsch

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz Wiesbrock. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 300 S., kart. 24,— DM (Politische Psychologie, Bd. 6). — Neuaufgelegt wurde Band 3: Vorurteile, ihre Erforschung und Bekämpfung. Mit einer Einführung von Helmut v. Bracken (120 S., kart. 9,— DM).

Asari Polikarov, Moderne Physik — Weltbild und Denkstil. Kurzer Umriß der Wechselbeziehungen von Physik und Philosophie. Manz Verlag, München, 99 S., kart. 9,80 DM (Marxismus der Gegenwart). — In der gleichen Reihe, die von Asari Polikarov (Bulgarien) unter Mitwirkung von Autoren aus Frankreich, Cuba, Rumänien, der Sowjetunion, den USA, Polen, Großbritannien, der DDR, Polen, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei herausgegeben wird, sind weiter erschienen: Oleg Manič, Ende und Auflösung der Nation. Eine soziologische Studie (76 S., kart. 9,80 DM); Asari Polikarov, Philosophische Probleme der Physik der Elementarteilchen (116 S., kart. 9,80 DM).

Michael Oakeshott, Rationalismus in der Politik. Aus dem Englischen von Klaus Streifthau. Luchterhand Verlag, Neuwied, 362 S., Ln. 32,— DM (Politica/Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft/Bd. 25).

Thomas Ellwein, Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 226 S., Ln. 19,80 DM (Politik — Regierung — Verwaltung, Bd. 1).

Geschichte und Zeitgeschichte

Walter G. Armando, Geschichte Portugals. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 348 S., 16 Kunstdrucktafeln, Genealogien und Karten, Ln. 28,— DM.

Michael Balfour, Der Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit. Propyläen Verlag, Berlin, 556 S., 21 Abb., Ln. 28,50 DM.

Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867—1914. Vom Autor durchgesehene Übersetzung aus dem Englischen von Jutta und Theodor A. Knust. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 312 S. mit Tabellen, Paperback 17,80 DM. — Der Oxforder Historiker folgt den Spuren einer Entwicklung, die schließlich in die Todeslager und Gaskammern des Nationalsozialismus führte. Aus einer Analyse der „historischen Wurzeln" leitet Pulzer seine These ab: der neu entstehende „politische Antisemitismus" sei nicht vergleichbar den früheren sporadischen Judenverfolgungen. Vielmehr handele es sich hier um das Produkt

kultureller Stagnation und sozialer Not und damit um ein Synonym für die Krankheitserscheinungen der liberalen Gesellschaft.

Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925—1930. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XII, 380 S., br. 31,20 DM (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 6). — Behandelt die innerparteilichen Auseinandersetzungen von der Neugründung der NSDAP bis zur Abspaltung der „Strasser-Gruppe".

Werner Johe, Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtssprechung 1933—1945, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 260 S., Ln. 20,— DM (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. V).

Völkischer Beobachter. Herausgegeben von Hildegard v. Kotze und Sonja Noller. Scherz Verlag, München, 208 S., davon 178 Faks., Ln. 24,80 DM. — Ein „Facsimile Querschnitt" durch die Jahrgänge des Organs der NSDAP.

Wilhelm Niemöller, Neuanfang 1945. Zur Biographie Martin Niemöllers nach seinen Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahre 1945. Stimme-Verlag, Frankfurt, 136 S., kart. 9,80 DM (Reihe „Antworten", Bd. 16). — Dieses Buch ist D. Martin Niemöller zum 75. Geburtstag am 14. Januar 1967 gewidmet. Beiträge im Anhang würdigen seine Tätigkeit als Kirchenpräsident (von Wolfgang Sucker) und Leiter des Kirchlichen Außenamtes (Adolf Wischmann).

Aktuelle Themen

June R. Bingham, U Thant. Eine Biographie. Econ Verlag, Düsseldorf, 280 S., Ln. 20,— DM. — Die erste Biographie des burmesischen Politikers und UN-Generalsekretärs in deutscher Sprache.

Arthur M. Schlesinger, Das bittere Erbe. Vietnam — Prüfstein der Demokratie. Scherz Verlag, München, 144 S., Ln. 14,80 DM. — Eine kritische Untersuchung der amerikanischen Vietnampolitik.

Viersprachen-Länderverzeichnis (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch). Langenscheidt Verlag, Berlin, 48 S., br. 2,80 DM (Sonderdruck aus „Lebende Sprachen"). — Das übersichtlich geordnete Register enthält in alphabetischer Reihenfolge sowohl die vollständigen Bezeichnungen als auch die gebräuchlichen Kurzformen aller Staaten der Erde und der von ihnen abhängigen Territorien und Kolonialgebiete in den genannten vier Sprachen nach dem Stand vom 1. März 1966.

Stimmen zur Zeit

In dieser Reihe erscheint Ende März:

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik

Mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Dokumenten

ca. 110 Seiten glanzkart. 6,90 DM

Pahl-Rugenstein Verlag

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

Wenige Tage vor dem Wiederbeginn der Achtzehn-Staaten-Abrüstungskonferenz am 21. Februar ist durch Zeitungsberichte der Entwurf eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen bekannt geworden. Der — bisher nicht offiziell bestätigte — Text fand Verbreitung in mehreren in- und ausländischen Blättern; dem folgenden Abdruck liegt eine Vorlage aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 20. II. 1967 zugrunde. Die Fassung des Artikels III, über den nach den gleichen Berichten während der amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche noch keine Einigung erzielt worden sein soll, ist der Wochenzeitung „Die Zeit" (Nr. 7/1967) entnommen. *D. Red.*

ARTIKEL I — Jede Atommacht, die an diesem Vertrag teilnimmt, verpflichtet sich, keinem Empfänger, wer es auch immer sein mag, Atomwaffen oder andere atomare Sprengsätze oder die Kontrolle über solche Waffen oder Sprengsätze direkt oder indirekt zu übergeben und keinem atomfreien Land irgendwie behilflich zu sein, es zu ermutigen oder zu veranlassen, Atomwaffen oder andere Atomsprengmittel herzustellen oder sonstwie zu beschaffen.

ARTIKEL II — Jedes atomfreie Land, das an diesem Vertrag teilnimmt, verpflichtet sich, von keinem Überträger, wer es auch sein mag, Atomwaffen oder andere atomare Sprengmittel oder die Kontrolle über solche Waffen oder Sprengstoffe direkt oder indirekt anzunehmen, keine Atomwaffen oder andere atomare Sprengsätze herzustellen oder zu erwerben und keinerlei Hilfe zu suchen oder anzunehmen, um Atomwaffen oder andere atomare Sprengsätze herzustellen.

ARTIKEL III — Jeder kernwaffenlose Partnerstaat dieses Vertrages verpflichtet sich, die Überwachung der Internationalen Atomenergiebehörde für alle seine friedlichen nuklearen Unternehmungen so bald wie möglich zu akzeptieren. Jeder kernwaffenlose Partnerstaat dieses Vertrages verpflichtet sich, keinem anderen kernwaffenlosen Staat Zugang zu spaltbarem Material oder Spezial-Ausrüstungen oder nichtnuklearem Material für die Verarbeitung oder Anwendung von spaltbarem Material oder die Produktion von spaltbarem Material für friedliche Zwecke zu verschaffen, es sei denn, solche Materialien oder Ausrüstung unterlägen solcher Kontrolle.

ARTIKEL IV — 1. Jeder Vertragspartner darf Zusatzanträge zu diesem Vertrag stellen. Der Text jeglichen vorgeschlagenen Zusatzantrags soll den Verwahrungsmächten unterbreitet werden, die ihn an alle Vertragspartner weiterleiten sollen. Wenn von einem Drittel oder mehr der Vertragspartner darum gebeten worden ist, sollen die Verwahrungsmächte eine Konferenz einberufen, zu welcher sie alle Vertragspartner einladen sollen, um einen solchen Zusatzantrag zu beraten.

2. Jeder Zusatzantrag zu diesem Vertrag muß von einer Mehrheit der Stimmen aller Vertragsteilnehmer angenommen werden, einschließlich der Stimmen aller Atommächte, die an diesem Vertrag teilnehmen Der Zusatzantrag soll für alle Vertragspartner in Kraft treten nach Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente durch eine Mehrheit aller Parteien, einschließlich der Ratifizierungsdokumente aller Atommächte, die an diesem Vertrag teilnehmen.

3. Fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrages soll eine Konferenz in Genf/Schweiz stattfinden, um die Wirkung des Vertrages zu überprüfen mit dem Ziel, sicherzustellen, daß alle die Zwecke und Bestimmungen des Vertrages realisiert werden.

ARTIKEL V — 1. Dieser Vertrag soll allen Staaten zur Unterzeichnung offen sein. Jeder Staat, der den Vertrag nicht vor seinem Inkrafttreten unterzeichnet, kann ihm in Übereinstimmung mit Paragraph 3 dieses Artikels jederzeit beitreten.

2. Dieser Vertrag soll der Ratifizierung durch unterzeichnende Staaten unterliegen; Ratifizierungsdokumente und Beitrittsdokumente sollen bei den Regierungen von ... hinterlegt werden, die hiermit zu Verwahrungsmächten ernannt werden.

3. Dieser Vertrag soll in Kraft treten nach Ratifizierung durch alle Atommächte, die diesen Vertrag unterzeichnen, und ... andere Unterzeichner dieses Vertrages und der Hinterlegung ihrer Ratifizierungsdokumente.

4. Für Staaten, deren Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumente nach Inkrafttreten dieses Vertrages hinterlegt werden, soll er in Kraft treten mit dem Datum der Hinterlegung ihrer Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumente.

5. Die Verwahrungsmächte sollen alle unterzeichnenden und beitretenden Staaten prompt über das Datum jeder Unterschrift, das Datum der Hinterlegung jedes Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumentes, das Datum des Inkrafttretens dieses Vertrages und das Datum des Empfangs jeglicher Bitten um Einberufung einer Konferenz oder über andere Anzeigen unterrichten.

6. Dieser Vertrag soll von den verwahrenden Regierungen registriert werden gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

ARTIKEL VI — Dieser Vertrag soll von unbegrenzter Gültigkeit sein. Jeder Vertragspartner hat in Ausübung seiner nationalen Souveränität das Recht, von dem Vertrag zurückzutreten, wenn er zu der Überzeugung kommt, daß außerordentliche Umstände, die in Beziehung stehen zu dem Gegenstand dieses Vertrages, die höchsten Interessen seines Landes gefährden. Er soll drei Monate in voraus allen anderen Vertragspartnern und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seinen Rücktritt vom Vertrag ankündigen. Eine solche Ankündigung soll eine Erklärung enthalten über die außerordentlichen Umstände, die er als Gefährdung seiner höchsten Interessen ansieht.

ARTIKEL VII — Dieser Vertrag, dessen englische, russische, französische, spanische und chinesische Texte in gleichem Maße authentisch sind, soll in den Archiven der Verwahrungsmächte hinterlegt werden. Ordnungsgemäß beglaubigte Kopien dieses Vertrages werden von den Verwahrungsmächten an die Regierungen der unterzeichnenden und beitretenden Staaten übermittelt.

Dokumente zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien

Kommuniqué über den Besuch des rumänischen Außenministers Manescu in Bonn

Auf Einladung des Bundesministers des Auswärtigen, Willy Brandt, stattete der Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien, Corneliu Manescu, der Bundesrepublik Deutschland vom 30. Januar bis 3. Februar 1967 einen offiziellen Besuch ab. Während seines Aufenthaltes in Bonn am 30. und 31. Januar wurde der rumänische Außenminister von Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger empfangen. Am 1. Februar wird der rumänische Außenminister Köln und Düsseldorf, am 2. Februar München besuchen. Er wird mit den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landes Bayern zusammentreffen.

Der Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, und der Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien, Corneliu Manescu, führten Gespräche über den Stand und die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien sowie über internationale Fragen von gemeinsamem Interesse. Beide Seiten brachten ihre Genugtuung über die günstige Entwicklung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen ihren Ländern zum Ausdruck. Sie unterstrichen, daß sie die vielfältige Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern weiter pflegen und vertiefen werden.

In diesem Geiste sind die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien übereingekommen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und diplomatische Vertreter im Range von außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern auszutauschen. Beide Seiten sind überzeugt, daß dies zur Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien im Interesse beider Länder beitragen und damit dem Frieden und der Sicherheit, der dauerhaften Verständigung und dem friedlichen Zusammenleben der Völker Europas sowie der internationalen Entspannung dienen wird.

Erklärung Bundeskanzler Kiesingers vor dem Deutschen Bundestag am 1. Februar 1967

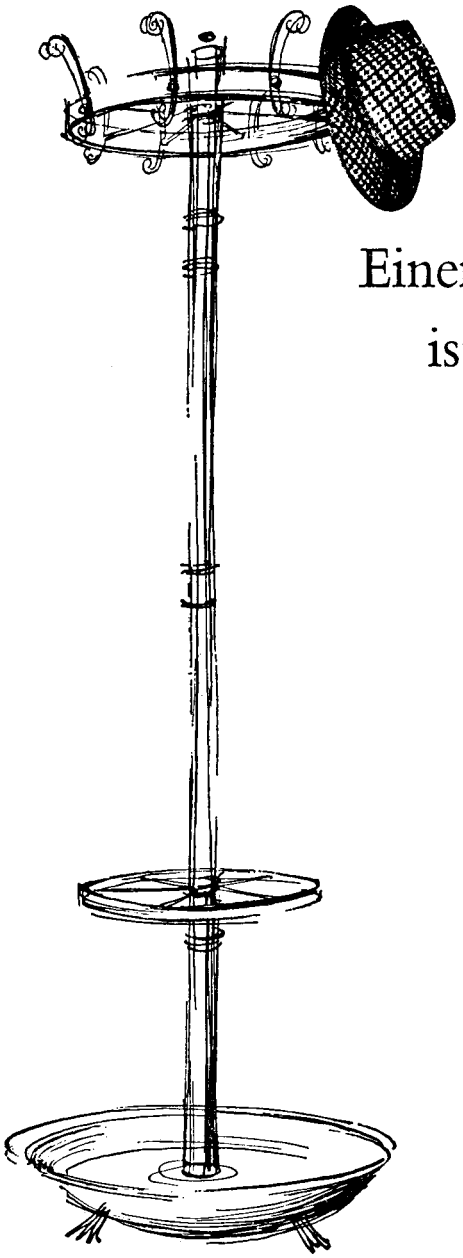
Die Gespräche sind offen, sachlich und aufrichtig geführt worden. Außenminister Manescu hat den Bundesaußenminister zu einem offiziellen Besuch in der Sozialistischen Republik Rumänien eingeladen. Der Bundesaußenminister hat die Einladung dankend angenommen. Ein Termin wird auf diplomatischem Weg vereinbart werden.

Am 13. Dezember 1966 habe ich vor diesem Hohen Hause erklärt, daß die Bundesregierung den Wunsch hat, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Gestern haben die Bundesregierung und die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vereinbart, diplomatische Vertreter im Range von außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern auszutauschen, und darüber ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Dieser Entschluß, der gegen niemanden gerichtet ist, soll nach dem Willen der beiden Regierungen dem Frieden und der Sicherheit, dem dauerhaften Verständnis und dem friedlichen Zusammenleben der Völker Europas und der internationalen Entspannung dienen. Wir wollen mit unseren osteuropäischen Nachbarn Beziehungen unterhalten, die unsere wechselseitigen und gemeinsamen Interessen fördern. Ohne das Verständnis und die Mitwirkung der osteuropäischen Staaten kann die europäische Teilung nicht überwunden werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sozialistischen Republik Rumänien bedeutet keine Änderung des — auch in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wiederholten — deutschen Rechtsstandpunktes, daß die Bundesregierung allein berechtigt und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Wir vertrauen darauf, daß diese unsere unveränderte Haltung in gleicher Weise wie bisher verstanden und gewürdigt wird. Ich bin überzeugt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien von allen Staaten der Welt als ein Beitrag zur Sicherung des Friedens gewertet wird. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen um die Besserung ihrer Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn fortsetzen.

Erklärung der rumänischen Regierung vom 2. Februar 1967

In Verbindung mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland ist die rumänische Nachrichtenagentur Agerpres ermächtigt, folgendes zu erklären:

In Übereinstimmung mit der konsequenten Friedenspolitik, der Förderung der internationalen Zusammenarbeit, tritt Rumänien aktiv für die Entwicklung von Verbindungen auf wirtschaftlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und politisch-diplomatischem Gebiet mit



Einer
ist immer der Erste

die anderen kommen nach.
Einer gibt immer den Ton an,
die anderen stimmen ein.
Einer bildet immer die Meinung,
die anderen übernehmen sie.

Auf vielen Gebieten
sind Leser
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
die Ersten,
die Tonangebenden,
die Meinungbildenden,

im Betrieb,
in der Gesellschaft,
auf Reisen,
bei der Erholung,
in der ganzen Lebensführung.

Wer die Leser
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
anspricht,
erreicht auch die Vielen,
die sich nach ihnen richten.

FÜR ANZEIGEN DIE **Frankfurter Allgemeine**
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

allen Ländern ein, ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung. Die Verstärkung der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit, die Stärkung der politischen Beziehungen zwischen allen Staaten einschließlich der Herstellung normaler Beziehungen zu beiden deutschen Staaten — unterstrichen in der Deklaration über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa, angenommen von den sozialistischen Ländern, die an der Beratung in Bukarest im Juli 1966 teilgenommen haben —, stellt einen der bedeutendsten Schritte zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten dar. In diesem Geist hat die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Range von Botschaftern abgeschlossen. Dieser Akt, der sich auf normale diplomatische Verhältnisse zwischen beiden Ländern stützt, ist das Resultat ihrer wirtschaftlichen, technischen, kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen. Er bedeutet einen Schritt vorwärts zur Entwicklung gegenseitigen Verständnisses und dient den Interessen beider Partner. Zu gleicher Zeit unterstützt er die Entstehung eines Klimas des Vertrauens und der Annäherung zwischen den europäischen Staaten und entspricht den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens.

Im Zusammenhang mit der Erklärung, die der Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 1. Februar dieses Jahres im Bundestag abgegeben hat, erachtet es die rumänische Regierung für notwendig, erneut ihre wohlbekannte Position zu versichern, gemäß der eine der fundamentalsten Realitäten, die in Europa als Folge des II. Weltkrieges und der anschließenden Entwicklung entstanden, die Existenz der beiden deutschen Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, ist. Die Anerkennung dieser Realität ist eine der Voraussetzungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern und der Verbesserung der politischen Atmosphäre auf unserem Kontinent. Nach Überzeugung der rumänischen Regierung bedeutet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zur Festigung der Sicherheit auf unserem Kontinent, zur internationalen Entspannung und zur Entwicklung von günstigen Bedingungen für den Frieden.

Erklärung des Arbeitsausschusses „Notstand der Demokratie" zum Stand der Notstandsdiskussion

Zu Pressemeldungen über eine „Entrümpelung" der Pläne für eine Notstandsverfassung erklärt der Arbeitsausschuß „Notstand der Demokratie":

Die nun endlich auch in Gespräche zwischen den Koalitionsparteien vorgedrungene Einsicht, daß die vorgesehenen Notstandsregelungen im Widerspruch zu Entspannungsmaßnahmen stehen, ist zu begrüßen.

Besonders die bereits vom 4. Bundestag verabschiedeten sieben Notstandsgesetze, welche die allgemeine Militarisierung des Zivillebens zur Folge hätten, werden auch vom westlichen wie vom östlichen Ausland als weitere entspannungsstörende Aufrüstungsmaßnahme empfunden.

Der Ausschuß erinnert daher an die vom Kongreß „Notstand der Demokratie" im Oktober vorigen Jahres aufgestellte Forderung, diese Gesetze aufzuheben, die zudem verfassungswidrig sind.

Ehe die „Entrümpelung" glaubhaft werden kann, müssen auch die bereits an die Länder- und Gemeindebehörden verteilten geheimen Notverordnungen öffentlich zurückgezogen werden.

Solange das Innenministerium immer nur Verbesserungen und neue Entwürfe ankündigt, wie es das seit Beginn der Legislaturperiode des 5. Deutschen Bundestages fortlaufend tut, können seine Verlautbarungen nur als Versuche verstanden werden, die Wachsamkeit der Bürger einzuschläfern.

Das gilt auch für die neuerdings von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei vorgetragene These, daß mit dem Perfektionismus der bisherigen Pläne Schluß gemacht, diese „entfeinert" werden sollten.

Der Ausschuß fordert alle Bürger zu erhöhter Wachsamkeit auf, da eine textlich verkürzte Grundgesetzänderung die Rückkehr zu den ersten gescheiterten Plänen des damaligen Innenministers Schröder bedeuten könnte, der mit allgemeinen Ermächtigungsparagraphen nach dem Vorbild des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung den Notstand zur „Stunde der Exekutive" machen wollte.

Frankfurt/Main, den 15. Februar 1967

Stellungnahmen von Professoren zur Affäre Lübke/Faßbinder

Öffentliche Erklärung von Professoren der Pädagogischen Hochschule Hannover

Die unterzeichneten Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten der Pädagogischen Hochschule Hannover nehmen zur Kenntnis:

Der Herr Bundespräsident hat laut Pressemeldungen und telefonischer Bestätigung seines Pressereferenten in Übereinstimmung mit dem Bundesaußen- und Bundesinnenministerium verhindert, daß das französische Unterrichtsministerium eine der Professorin Klara-Marie Faßbinder zugedachte akademische Ehrung (die Verleihung des Ordens „Palmes Académiques" durch den französischen Staatspräsidenten) verwirklichen konnte. Die zugedachte Ehrung sollte eine dichterische Übersetzungsleistung Frau Prof. Faßbinders aus dem Jahre 1937 (Paul Claudel) würdigen.

Wir fragen den Herrn Bundespräsidenten, welche Gründe ihn zu diesem Schritt bewogen haben.

Wir erinnern:

Im Jahre 1958 verhinderte die sowjetische Regierung die Annahme des Literatur-Nobelpreises durch den Schriftsteller Boris Pasternak.

Wir erinnern:

Im Jahre 1935 verhinderte die nationalsozialistische Regierung die Annahme des Friedens-Nobelpreises durch den Publizisten Carl von Ossietzky.

gez. Professor Hans Otto — Prof. Dr. Ing. Siegfried Knoke — Prof. Dr. phil. Horst Ruprecht — Dozent Dr. Walter Henze — Dozent Dr. Gottfried Rahn — Karlheinz Hellwig (Päd.-Ass.) — K. O. Müller, Ass. — Reinhold Krull, Ass. — K. Aschersleben, Ass. — Prof. Dr. Karl Ernst Nipkow — R. Wettig, Ass. — Dozent Dr. Karlheinz Schott — Prof. Dr. Hans Wittig — Prof. Dr. Erich Strauß — Prof. Dr. Gustav Heckmann — Dozent Dr. Klages — Dieter Sajak, Ass. — Prof. Dr. R. Proksch — Dr. Mischke — Prof. Dr. K. Gerth — Prof. Dr. Heinrich Schneider — Prof. Dr. Ulrich Becker.

Hannover, den 17. Januar 1967

Schreiben des Vorsitzenden der Deutschen Paul-Claudel-Gesellschaft an den Bundespräsidenten

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Verschiedenen Presseorganen habe ich zu meiner Bestürzung entnommen, daß Frau Professor Dr. Klara Faßbinder die Annahme des französischen Ordens Palmes Académiques verweigert worden ist.

Als derzeitiger Vorsitzender der Deutschen Paul-Claudel-Gesellschaft bedaure ich diese Entscheidung sehr, weiß ich doch, welch hohe Verdienste sich Frau Faßbinder in Deutschland seit Jahrzehnten um die Übersetzung, Erklärung und Verbreitung des dichterischen Schaffens von Paul Claudel erworben hat. Durch diese Mittlerschaft hat sie auch wesentlich zur Intensivierung der deutsch-französischen Geistes- und Literaturbeziehungen beigetragen. Sie ist auch von Anfang an ein tätiges Mitglied unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß die Zentenarfeiern der Geburt Claudels in Frankreich 1968 große, von weltweitem Interesse getragene Veranstaltungen bringen werden und sich auch deutsche Bühnen und die Deutsche Paul-Claudel-Gesellschaft rüsten, das Andenken des großen Dichters in würdiger Weise zu begehen, befürchten wir schädliche Auswirkungen der oben genannten Entscheidung auf die deutsch-französischen Kulturbeziehungen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Fall Klara Faßbinder einer erneuten Überprüfung unterzogen werden könnte.

Ich verbleibe, hochverehrter Herr Bundespräsident, Ihr ergebenster

Tübingen, den 21. Januar 1967 gez. Prof. Dr. Dr. h. c. Julius Wilhelm

Briefe von Prof. Dr. Fritz Paepcke an den Bundespräsidenten

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Als Geschäftsführer der Deutschen Sektion der Vereinigung der Ordensmitglieder der „Palmes Académiques", deren Insignien ich selbst aufgrund des französischen Erlasses vom 21. Oktober 1964 trage, erlaube ich mir, Ihnen eine Angelegenheit vorzutragen, die Gegenstand meiner Sorge und meiner größten Bestürzung geworden ist.

Ich habe aus der Presse erfahren, daß Sie als Träger der deutschen Souveränität Ihre Zustimmung zu der Verleihung des Ordens der „Palmes Académiques" an Frau Professor Dr. Klara Marie Faßbinder versagt haben.

Als Romanist ist mir bekannt, daß Frau Faßbinder zur Bereinigung deutsch-französischer Klischeevorstellungen und Mißverständnisse wesentlich beigetragen hat. Als Übersetzerin und Interpretin des Oeuvres von Paul Claudel (1868—1955) und Romain Rolland (1866—1944) hat sie seit Jahrzehnten unbestrittene Verdienste, die eine auszeichnende Würdigung gerechtfertigt erscheinen lassen. Nachdem nun von einem kompetenten französischen Gremium durch die Ordensverleihung der „Palmes Académiques" diese Verdienste um die Verbreitung der französischen Kultur bestätigt worden sind, könnten doch wohl nur ganz ungewöhnliche Umstände die Versagung der Genehmigung, den Orden anzunehmen, rechtfertigen, zumal eine offizielle Begründung bisher nicht gegeben wurde.

Unter den obwaltenden Umständen bleibt mir wie anderen deutschen Staatsbürgern nur übrig, über die Gründe eines solchen außerordentlichen Schrittes zu rätseln. Die in verschiedenen Presseorganen angestellte Spekulation über die Tätigkeit von Frau Professor

Faßbinder im Rahmen der Deutschen Friedens-Union, die Anlaß für diesen Schritt sein soll, erscheint mir angesichts der fundamentalen Prinzipien unseres Staates (beispielsweise Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes), aber auch im Hinblick darauf, daß die Deutsche Friedens-Union keine verbotene politische Partei ist, so abwegig, daß ich mir kaum vorstellen kann, wie diese Gründe tatsächlich ausschlaggebend gewesen sein könnten.

Angesichts der Beunruhigung, die ich bei französischen Freunden und deutschen Kollegen feststellen konnte, möchte ich die höfliche und dringende Bitte aussprechen, die Gründe, die zur Versagung der Genehmigung geführt haben, nochmals überprüfen und gegebenenfalls durch eine allgemein zugängliche Verlautbarung eindeutig Klarheit schaffen zu wollen.

Ich habe mir erlaubt, eine Abschrift dieses Schreibens dem Ersten Vorsitzenden der Deutschen Sektion der Vereinigung der Ordensmitglieder der „Palmes Académiques", Herrn Dr. Fritz Schenk, Ludwigsburg, vorzulegen.

Mit freundlichen Empfehlungen Ihr sehr ergebener

Heidelberg, den 21. Januar 1967 (gez.) Prof. Dr. Fritz Paepcke

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

In Anbetracht der Petition, die ich Ihnen mit meinem Schreiben vom 21. Januar im Namen der Träger der Insignien des Ordens der „Palmes Académiques" vorgetragen habe, erlaube ich mir heute erneut die höfliche und zugleich dringende Bitte, uns über den Stand der Ordensverleihung an Frau Professor Dr. Klara Marie Faßbinder aufzuklären und damit den Spekulationen in der Öffentlichkeit ein Ende zu setzen.

Nach Kenntnisnahme vieler persönlicher Zuschriften und zahlreicher Äußerungen verantwortungsbewußter Publizisten meinen wir, Sie noch einmal bitten zu dürfen, Ihre Entscheidung in dieser Angelegenheit zu revidieren. Denn auch Sie werden kaum überhört haben, wie in allen Äußerungen, die in den vergangenen Wochen in dieser Sache bekannt geworden sind, die Klage erhoben wird, daß an die Stelle allgemeiner Aufklärung und überzeugender Argumente unsachlich und ungerecht erscheinende Diffamierungen sowie der lastende Komplex eines ‚wishful thinking' getreten sind. Unüberhörbar wird die Frage, ob die Provokation, die die Versagung der Ordensgenehmigung in der deutschen und französischen Öffentlichkeit bereits hervorgerufen hat, nicht die besondere Weise der Autorität, die mit Ihrem Amt verbunden ist, aufs äußerste strapaziert.

So scheint es höchst legitim und in politischer Sicht nicht unwichtig zu sein, wenn die Bitte um die Darstellung Ihrer Begründung mit dem Hinweis auf die Autorität Ihres Amtes verbunden wird, die durch eine sachgerechte und stichhaltige Aufklärung der Öffentlichkeit keinen Schaden leidet, sondern nur gewinnen kann. Der Formalismus, der indes bisher ausschließlich praktiziert wurde, fängt ja niemals die Konkretion einer Sache ein, und damit ist eine solche Formalstruktur auch nicht gleichzusetzen mit der Identität von Autorität und Sache, um die es hier ausschließlich gehen sollte.

Mit freundlichen Empfehlungen Ihr sehr ergebener

Heidelberg, den 11. Februar 1967 (gez.) Prof. Dr. Fritz Paepcke

Schreiben von Professoren und Dozenten der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Bonn, an den Bundespräsidenten

Sehr verehrter Herr Bundespräsident!

Die unterzeichneten Professoren und Dozenten der Abteilung Bonn der Pädagogischen Hochschule Rheinland haben wie viele andere Bürger unseres Staates mit Bestürzung von der Entscheidung Kenntnis genommen, durch die Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, unserer Kollegin Frau Professor Dr. Klara Marie Faßbinder die Annahme des Ordens „Palmes Académiques", der ihr von dem Präsidenten der Republik Frankreich verliehen worden war, untersagt haben.

Wir halten es mit dem Geist und der Ordnung einer freiheitlichen Demokratie für unvereinbar, daß einem unbescholtenen Staatsbürger, dem im befreundeten Ausland eine öffentliche Ehrung zuteil wird, die Annahme des Ehrenzeichens ohne Angabe von Gründen verboten wird.

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhange an den beschämenden Fall des deutschen Nobelpreisträgers Carl von Ossietzky.

Frau Professor Dr. Faßbinder war bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1955 Mitglied des Lehrkörpers der damaligen Pädagogischen Akademie Bonn. Integrität und ein unerschrockenes, in unserem Lande seltenes Eintreten für die eigene Überzeugung haben dieser Kollegin eine bleibende Anerkennung auch bei denen gesichert, die eine andere politische Meinung vertraten.

Wir bitten Sie daher, sehr verehrter Herr Bundespräsident, mit dem Gewicht unserer durch die persönliche Zusammenarbeit begründeten Schätzung von Frau Professor Dr. Faßbinder, Ihre Entscheidung zu überprüfen und diesem Lande das Bewußtsein zurückzugeben, daß in ihm die Meinungsfreiheit nicht nur proklamiert, sondern auch honoriert, zumindest aber respektiert wird.

Wir werden uns erlauben, dieses Schreiben in einer angemessenen Frist nach seiner Absendung der Presse zur Veröffentlichung zu übergeben.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

gez. Prof. Dr. Jürgen Rausch — Prof. Dr. Peter Thielen — Prof. Dr. Max Josef Hillebrand — Prof. Dr. Herbert Lattke — Prof. Dr. Robert Hürtgen — Prof. Dr. Wolfgang Dennert — Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian — Prof. Dr. Alfons Schorb — Prof. Dr. Wilfried Buch — Dozent Friedrich Münch — Dozentin Ursula Cygan — Prof. Dr. Hans Schorer — Prof. Dr. Walter Stahlschmidt — Prof. Dr. Gerhard Steindorf — Prof. Dr. Friedrich Holtmeier — Prof. D. Dr. Heinz Robert Schlette — Dozent Dr. Philipp Eggers — Dozentin Dr. Annette Kuhn — Prof. Dr. Winfried Sibbing — Dozentin Gertrud Ertl — Dozent Dr. Karl Bozek — Prof. Bernhard Bierbaum — Prof. Dr. Günther Koch — Dozent Dr. Karlheinz Daniels — Prof. Dr. Wolfgang Böhm.

Bonn, den 30. Januar 1967

Stellungnahme des französischen katholischen Historikers Prof. Jacques Madaule

Frau Professor Faßbinder hat mehr als jeder andere für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet getan. Daher glaubte die französische Regierung, sie mit den Akademischen Palmen auszeichnen zu müssen. Könnte die pazifistische Aktivität Frau Faßbinders ein im übrigen unbestrittenes Verdienst auslöschen? Glauben die deutschen Behörden, auf diese Art der französisch-deutschen Annäherung zu dienen?

Die neue, von einem ehemaligen Nazi geleitete Bundesregierung versichert einerseits, die Beziehungen mit dem Osten normalisieren zu wollen, aber anderseits zögert sie nicht, eine pazifistische Kämpferin unter dem Vorwand prokommunistischer Handlungen zu bestrafen. Nun kann ich bezeugen, daß Frau Faßbinder, die ich seit langem kenne, nicht Kommunistin ist, aber daß sie 1959 vor einer Versammlung der Friedensbewegung in Warschau den Mut besaß, zu sagen, daß Deutschland mit einem Verzicht auf die Ostgebiete ein schweres Opfer bringen würde. Tatsächlich gehörte Mut dazu, sich in Polen, vor einer solchen Zuhörerschaft, derart auszudrücken. Frau Faßbinder ist nicht nur eine pazifistische Katholikin, sie ist auch eine Patriotin, die ihr Land liebt und es, wenn notwendig, zu verkünden weiß.

Alle französischen Freunde von Klara Faßbinder, von den Katholiken bis zu den Pazifisten (das sind häufig die gleichen), die Mitglieder der Paul-Claudel-Gesellschaft, alle, die eine echte Annäherung zwischen dem französischen und deutschen Volk wünschen, sind entrüstet angesichts der Haltung des Präsidenten Lübke.

Es handelt sich um eine Geste des Kalten Krieges, die ein Zeugnis dafür ist, daß Deutschland noch schlecht geheilt ist von seinen blutigen Träumen und selbst von seinem Totalitarismus. Diese Ärgerlichkeit, die sich so vielen anderen hinzufügt, ist nicht nur schändlich. Sie ist dumm, und von der Dummheit läßt sich leider nichts erhoffen!

„Le Monde" vom 4. Februar 1967

Erklärung des Konsistoriums der Christian-Albrechts-Universität in Kiel

Das Konsistorium der Christian-Albrechts-Universität hat mit Bedauern von den Pressemitteilungen Kenntnis genommen, nach denen der Herr Bundespräsident der Kollegin Professor Dr. Faßbinder die Annahme der ihr vom Präsidenten der Französischen Republik zuerkannten Auszeichnung der „Palmes Académiques" versagt hat. Eine offizielle Begründung dieser nach § 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen vom 26. 7. 1957 getroffenen Ermessensentscheidung liegt trotz der Anfrage im Bundestag und der Beunruhigung der Öffentlichkeit bisher nicht vor.

Das Konsistorium gibt der Sorge darüber Ausdruck, daß für die Entscheidung des Herrn Bundespräsidenten nichtrelevante Erwägungen, die sich auf die politische Einstellung von Frau Professor Faßbinder beziehen, maßgebend gewesen sind. Sollte dies zutreffen — und andere Gründe sind nicht ersichtlich —, so bedeutet dies einen unzulässigen Eingriff der Staatsgewalt in die Bewertung wissenschaftlicher und literarischer Leistungen und zugleich einen Akt der Unfreundlichkeit gegenüber einer mit der Bundesrepublik verbündeten Nation.

Der Herr Bundespräsident wird daher gebeten, seine Entscheidung entweder zu begründen oder sie zu revidieren.

Kiel, den 10. Februar 1967

Im Namen des Konsistoriums
Professor Dr. K. D. Erdmann
Rektor der Universität Kiel

Stellungnahme des Erziehungswissenschaftlichen Seminars und der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg zum Fall Faßbinder

Die Professoren und Mitarbeiter des Erziehungswissenschaftlichen Seminars und der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg — darunter ein Träger des Ordens „Palmes Académiques" — erklären sich mit der von der Pädagogischen Hochschule Rheinland (Bonn) an den Herrn Bundespräsidenten gerichteten Bitte in Sachen Ordensverleihung an Frau Professor Faßbinder solidarisch. Sie geben sich nicht mit der Stellungnahme des Bundespräsidialamtes vom 10. Februar 1967 zufrieden, dringen vielmehr nach wie vor auf eine Revision der getroffenen Entscheidung.

Sie fordern alle Pädagogen der Bundesrepublik — insbesondere der Universitätsseminare, der Pädagogischen Hochschulen und der Fachverbände — auf, sich diesem Schritt anzuschließen.

Eine demokratische Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, bei einem so diskriminierenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte eines Bürgers der Bundesrepublik eine hinreichende Begründung für diese Entscheidung zu erhalten.

gez. Prof. Froese, Klafki, Seidelmann und Mitarbeiter

Marburg, den 14. Februar 1967.

Erklärung der „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V."

Der Vorstand der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. (VDW) hat mit Besorgnis die Pressemitteilungen über die Stellungnahme des Herrn Bundespräsidenten im Falle der Frau Professor Dr. Faßbinder zur Kenntnis genommen. Danach ist der französischen Regierung auf ihre Anfrage mitgeteilt worden, daß der Herr Bundespräsident sich nicht in der Lage sehen würde, Frau Faßbinder die nach deutschem Recht erforderliche Genehmigung zur Annahme des Ordens der „Palmes Académiques" zu geben, dessen Verleihung ihr vom Präsidenten der Französischen Republik zugedacht war.

Wenn der Präsident der Französischen Republik Frau Faßbinder wegen ihrer wissenschaftlich-literarischen Arbeiten, die der Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern dienen, diese Auszeichnung zu verleihen beabsichtigt, so dürfte es nicht die Aufgabe irgend einer deutschen Instanz sein, dies zu verhindern.

Eine vorherige Anfrage einer ausländischen Regierung soll deren Staatsoberhaupt vor der Peinlichkeit bewahren, daß eine von ihm vollzogene Auszeichnung von deren Empfänger aufgrund eines Hindernisses, das in dessen Heimatland liegt, nicht angenommen werden kann. Sie soll ferner unter befreundeten Nationen dem anderen Staatsoberhaupt, dessen Stellungnahme zu der beabsichtigten Verleihung erbeten wird, ersparen, die Annahme einer bereits ausgesprochenen Verleihung durch den Empfänger formell versagen zu müssen. Die vorherige Anfrage und deren Beantwortung entspricht also den Regeln einer internationalen Courtoisie.

Aber der Inhalt der in solchem Falle zu erteilenden Antwort richtet sich nicht mehr nur hiernach, sondern ist an die Rechtsregeln gebunden, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland für denjenigen Akt gelten, über den sich diese Antwort ausspricht. Daß der Herr Bundespräsident sich nicht in der Lage sehen werde, Frau Faßbinder die Annahme einer etwa vollzogenen Verleihung der „Palmes Académiques" zu genehmigen, darf also nur geantwortet werden, wenn eine solche Ablehnung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutsch-

In der Gruppe neuartiger,
ungewöhnlicher Großbildbände
erscheint in diesem Frühjahr bei

NAGEL

das erste Farbbild-Werk über
die Kostbarkeiten
der Hauptstadt Sowjetrußlands

DIE KUNSTSCHÄTZE
MOSKAUS

von Wladimir Tschernow
216 Seiten, 272 Abbildungen auf Tafeln,
davon 144 in vierfarbigen Wiedergaben,
Format 26 x 34 cm, Ganzleinen, DM 115.–.

Paläste, Kirchen und Klöster,
Kreml und Moskwa
Puschkin-Museum, Tretjakow-Galerie,
Straßen und Plätze des alten Moskau
klingen in diesem Band zusammen
zu einem strahlenden Akkord
osteuropäischer Kultur.

NAGEL VERLAG GMBH · 8 MÜNCHEN 42

land erlaubt ist. Der Herr Bundespräsident ist in einem solchen Fall nicht selbst Verleihungsorgan; er hat nicht dieselbe Freiheit seiner Entscheidung wie bei seinen eigenen Ordensverleihungen. Die Versagung seiner Genehmigung dürfte vielmehr mangels anderer Vorschrift nur entsprechend den besonderen Gründen erlaubt sein, die ihn ermächtigen, eine von ihm selbst verliehene Auszeichnung ausnahmsweise zu widerrufen. Das Vorliegen eines solchen Grundes ist nicht ersichtlich, es ist auch nicht geltend gemacht worden, obwohl die Beunruhigung der Öffentlichkeit und insbesondere die Anfrage im Bundestag hinreichend Anlaß gegeben hätten, ihn geltend zu machen, wenn er vorläge. So wird die Annahme unvermeidbar, daß politische Gründe maßgebend waren. Dies wird bekräftigt durch eine in der Presse mitgeteilte Erklärung des Düsseldorfer Innenministeriums, die auf „beim Landesverfassungsschutz vorliegende Aufzeichnungen über Frau Prof. Faßbinder" hinweist, die „offenkundige Tatsachen" enthalten. Sollten diese Argumente maßgebend sein, so vermöchte der Vorstand der VDW hierin nur eine unzulässige Verquickung der Bewertung wissenschaftlich-literarischer Leistungen mit sachfremden Erwägungen zu erblicken. Sie wöge um so schwerer, als es sich nicht um eine nur innerdeutsche Angelegenheit handelt, wie bei der Verleihung einer deutschen Auszeichnung, sondern zugleich um die Desavouierung eines ausländischen Staatsoberhauptes.

Diese ist auch ungeachtet der rechtlichen Beurteilung geeignet, das internationale Ansehen unseres Staates zu schädigen. Die von dem Staatsoberhaupt der Französischen Republik vorgenommene Bewertung wissenschaftlich-literarischer Arbeiten wie der der Frau Faßbinder, die selbst die kulturellen Bande zwischen den beiden Völkern stärkt, sollte vielmehr mit freudiger Dankbarkeit, nicht mit Kritik aufgenommen werden.

Der Vorstand der VDW hatte gehofft, die Nachprüfung des gesamten Vorganges würde dazu führen, daß der Herr Bundespräsident sich der Absicht des Präsidenten der Französischen Republik nicht länger entgegenstelle, vielmehr die Frage seiner eigenen Billigung oder Mißbilligung der politischen Haltung und Tätigkeit der Frau Faßbinder von der hier zu entscheidenden Frage trennen würde.

Der Vorstand der VDW bittet noch einmal den Herrn Bundespräsidenten dringend, die Angelegenheit zu überprüfen und eine etwaige Fehlentscheidung — wo und wie sie auch entstanden sein möge — souverän zu korrigieren.

Der Vorstand der VDW: Prof. Dr. Glubrecht, Hannover — Prof. Dr. Drath, Karlsruhe — Prof. Dr. Kliefoth, Kiel — Prof. Dr. Frhr. v. Weizsäcker, Hamburg — Prof. Dr. Wolf, Heidelberg

Hamburg, den 15. Februar 1967

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Bemerkungen

Prof. Dr. Francis D. Wormuth, geboren 1909 in Port Leyden/N. Y., studierte an der Cornell University; seit 1948 ist er als Professor für Politische Wissenschaften an der University of Utah, Salt Lake City, tätig; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: The Origins of Modern Constitutionalism, New York 1949; Class Struggle, Bloomington/Indiana 1949.

Edgar Weick, geboren 1936 in Karlsbad, studiert in Frankfurt/Main Geschichte und Politische Wissenschaften. (Anfragen zu der in seinem Bericht behandelten Konferenz und Bitten um Arbeitsmaterial werden von Herrn cand. phil. Edgar Weick, 6 Frankfurt/Main, Teplitz-Schönauer Straße 2, beantwortet.)

Dr. Eckart Heimendahl, geboren 1925 in Krefeld, studierte Philosophie und Kunstgeschichte in Marburg und Hamburg. 1955—1958 Assistent am UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg, anschließend bis 1961 Assistent bei Prof. C. F. v. Weizsäcker mit Forschungsauftrag der Max-Planck-Gesellschaft; 1961—1963 Referent beim Wissenschaftsrat in Köln; seit 1965 Cheflektor und Redakteur für wissenschaftliche Sendungen bei Radio Bremen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a.: Fortschritt ohne Vernunft? — Wissenschaft und Gesellschaft im technischen Zeitalter, Freiburg 1964; Dialog des Abendlandes — Physik und Philosophie, München 1966.

Karsten D. Voigt, geboren 1941 in Elmshorn, studierte Geschichte, Germanistik, Nordistik in Hamburg, Kopenhagen und Frankfurt/M; dissertiert über „Die Politik der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in den Jahren 1940—1945".

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin, geboren 1923 in München, studierte in München und war anschließend an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, am Institut für Europäische Geschichte in Mainz und am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen tätig; 1962 habilitierte er sich in Mittlerer und Neuerer Geschichte an der Universität Göttingen; seit 1964 lehrt er als Ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Darmstadt. Zahlreiche Veröffentlichungen; u. a. erscheinen demnächst eine Arbeit über das Ende des Alten Reiches 1776—1806 und ein Buch über das moderne Papsttum.

Dr. jur. Stanislaw Schimitzek, geboren 1895, studierte in Wien und Krakau; 1918 trat er in den polnischen diplomatischen Dienst ein und bekleidete verschiedene Posten im Ausland, insbesondere in Prag, Paris, Berlin; lange Zeit war im Außenministerium Leiter der deutschen Abteilung; zu Anfang des Zweiten Weltkrieges erfüllte er Aufgaben, die mit den Vorbereitungen zur Schaffung der polnischen Armee in Frankreich zusammenhingen; nach 1940 Bevollmächtigter der polnischen Exilregierung für soziale Fragen in Lissabon. Im Anschluß an seine Rückkehr nach Polen arbeitete er im Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete und war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Auslandsabteilung der Presseagentur West.

Der Beitrag „Was kosten die Notstandsgesetze? — Kostentabelle für Gemeindegrößen ab 5000 Einwohner" erscheint demnächst in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 5,70 DM.

Dem im Postabonnement vertriebenen Teil der Auflage liegt eine Mitteilung des Verlags bei.

40-1800 Manfred Dontsch
Am Hammerkloth 171

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.

Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon

Dr. Wilfried Daim, Wien
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann

Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel

Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Fiaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs

Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab, Tel-Aviv
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün

Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher

Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka

Prof. D. Hans Joachim Iwand †

Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones

Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch

Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli

Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier, Zürich
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch, Paris
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi

Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz

Reinhard Opitz

Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling

Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila

Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell

Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Kurt Steinhaus
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki, Warschau

Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović, Belgrad
Prof. Dr. Gregori Tunkin

Prof. Dr. John E. Ullmann

Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel

H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff

Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Bemerkungen

Prof. Dr. Francis D. Wormuth, geboren 1909 in Port Leyden/N. Y., studierte an der Cornell University; seit 1948 ist er als Professor für Politische Wissenschaften an der University of Utah, Salt Lake City, tätig; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: The Origins of Modern Constitutionalism, New York 1949; Class Struggle, Bloomington/Indiana 1949.

Edgar Weick, geboren 1936 in Karlsbad, studiert in Frankfurt/Main Geschichte und Politische Wissenschaften. (Anfragen zu der in seinem Bericht behandelten Konferenz und Bitten um Arbeitsmaterial werden von Herrn cand. phil. Edgar Weick, 6 Frankfurt/Main, Teplitz-Schönauer Straße 2, beantwortet.)

Dr. Eckart Heimendahl, geboren 1925 in Krefeld, studierte Philosophie und Kunstgeschichte in Marburg und Hamburg. 1955—1958 Assistent am UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg, anschließend bis 1961 Assistent bei Prof. C. F. v. Weizsäcker mit Forschungsauftrag der Max-Planck-Gesellschaft; 1961—1963 Referent beim Wissenschaftsrat in Köln; seit 1965 Cheflektor und Redakteur für wissenschaftliche Sendungen bei Radio Bremen. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen u. a.: Fortschritt ohne Vernunft? — Wissenschaft und Gesellschaft im technischen Zeitalter, Freiburg 1964; Dialog des Abendlandes — Physik und Philosophie, München 1966.

Karsten D. Voigt, geboren 1941 in Elmshorn, studierte Geschichte, Germanistik, Nordistik in Hamburg, Kopenhagen und Frankfurt/M; dissertiert über „Die Politik der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in den Jahren 1940—1945".

Prof. Dr. Karl Otmar Frhr. v. Aretin, geboren 1923 in München, studierte in München und war anschließend an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, am Institut für Europäische Geschichte in Mainz und am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen tätig; 1962 habilitierte er sich in Mittlerer und Neuerer Geschichte an der Universität Göttingen; seit 1964 lehrt er als Ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Darmstadt. Zahlreiche Veröffentlichungen; u. a. erscheinen demnächst eine Arbeit über das Ende des Alten Reiches 1776—1806 und ein Buch über das moderne Papsttum.

Dr. jur. Stanislaw Schimitzek, geboren 1895, studierte in Wien und Krakau; 1918 trat er in den polnischen diplomatischen Dienst ein und bekleidete verschiedene Posten im Ausland, insbesondere in Prag, Paris, Berlin; lange Zeit war im Außenministerium Leiter der deutschen Abteilung; zu Anfang des Zweiten Weltkrieges erfüllte er Aufgaben, die mit den Vorbereitungen zur Schaffung der polnischen Armee in Frankreich zusammenhingen; nach 1940 Bevollmächtigter der polnischen Exilregierung für soziale Fragen in Lissabon. Im Anschluß an seine Rückkehr nach Polen arbeitete er im Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete und war bis zu seiner Pensionierung Leiter der Auslandsabteilung der Presseagentur West.

Der Beitrag „Was kosten die Notstandsgesetze? — Kostentabelle für Gemeindegrößen ab 5000 Einwohner" erscheint demnächst in der Reihe „Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein Verlags zum Preis von 5,70 DM.

Dem im Postabonnement vertriebenen Teil der Auflage liegt eine Mitteilung des Verlags bei.